D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 110
Mai '79 DM 2,–
11. Jahrgang

links
Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

In dieser Ausgabe

herrschte uns die Reaktor-Katastrophe von Harrisburg den Schwerpunkt auf. Allem Anschein nach ist es mehr einem glücklichen Zufall als der viel beschworenen technisch-wissenschaftlichen Beherrschbarkeit der Atomkraftwerke zu verdanken, daß der in greifbare Nähe gerückte Super-GAU noch einmal ausblieb. Das von amtlicher Seite bereits seit Jahrzehnten angestimmte Beschwichtigungslied von der Reaktor-Sicherheits-Philosophie, während der Katastrophe kurz ins Stocken gekommen, wird inzwischen lauter als zuvor weitergesungen, um die sich häufenden kritischen Fragen zu überstimmen. Klaus Traube kommt zum nicht eben optimistischen Schluß, es bestehe "wenig Aussicht, daß Harrisburg zu einer angemessenen Revision der Reaktor-Sicherheits-Philosophie führt. Zu mächtige Interessen der Politik und Wirtschaft stehen auf dem Spiel." (Spiegel vom 16. April 1979.)

Um den Zusammenhang zwischen handfesten Interessen und der Entwicklung einer in ihrem Destruktionspotential unbeschreiblichen Technologie wird es uns verstärkt zu tun sein müssen. Jener "zivilisierende Einfluß", den Marx einmal der historischen Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise zuschrieb, ist im Spätkapitalismus längst ins Gegenteil umgeschlagen. Dies muß Anlaß sein, die Diskussion um die Dialektik der Aufklärung und die Probleme der modernen naturwissenschaftlichen Theorie und Praxis wieder aufzunehmen, die lange Zeit auch in der Linken von einem unreflektierten Fortschrittsfetischismus verschüttet war, der sich mechanisch der Entwicklung der Produktivkräfte anvertraute. Die Anstrengung zur Wiederaufnahme dieser Diskussion vermag auch jenem Rückfall in Nostalgie, naturschwärmerische Fortschrittsfeindlichkeit, Waldursprünglichkeit und Irrationalismus Einhalt zu gebieten, der hier und da bereits zu beobachten ist und vor dem auch die Linke nicht gefeit ist.

Daß jetzt bisher geheimgehaltene Atomkatastrophen aus den Ländern des "real existierenden Sozialismus" bekannt werden, bestätigt unsere Kritik an diesem. Das darf uns indessen nicht den Zusammenhang vernebeln, der hierzulande zwischen mächtigen Profitinteressen und der Gleichgültigkeit gegenüber Verlusten an "Menschenmaterial" besteht. Anti-AKW-Bewegung und Antikapitalismus sind nicht zu trennen.

Zur gleichen Zeit wie die Katastrophe in Harrisburg fand in Hannover eine der größten Protestdemonstrationen der deutschen Nachkriegsgeschichte statt, die den Herrschenden in diesem Land vor Augen führte, daß sich das Bewußtsein der Bevölkerung zu verändern beginnt. Hannover und Harrisburg dürften der herrschenden Denunziations- und Kriminalisierungspraxis der "Atomkraft-Nein danke"-Opposition gegenüber ein vorläufiges Ende bereitet haben – die Atom-Lobby jedoch ist damit noch keineswegs besiegt. In der vorliegenden Ausgabe beschreiben Rainer Stange die Tage von Harrisburg, Jan Thing das Gorleben-Hearing und Volkhard Brandes die Demonstration von Hannover. Eva Senghaas-Knobloch erinnert daran, daß die atomare Technologie auch im militärischen Bereich nach politischen Alternativen zum wahnsinnigen Weiterrüsten verlangt und stellt die Frage, warum die sozialistische Linke dies weitgehend ausgeblendet hat; was umso merkwürdiger ist, als der Kampf gegen die Wiederaufrüstung und gegen den Atomtod historisch älter ist als die Anti-AKW-Bewegung.

"links"-Redaktion

Das Photo täuscht. Denn auf seiner Lateinamerika-Reise ging es Kanzler Schmidt nicht um die Interessen derer, in deren Gewand er hier schlüpfte. Perus Sozialreformer qualifizierte er als "idiotisch" ab, einem brasilianischen Metallarbeiterführer bescheinigte er: "kein ökonomisches Wissen", ein brasilianischer Bischof, der sich für die Ausgebeuteten und Entrechteten seines Landes engagiert, erhielt die Zensur: "wie ein Jungsozialist ... schrecklich naiv". Laut Staatssekretär Bölling will Kanzler Schmidt, "auch wenn er reist, immer richtige Politik machen, etwas verändern" (vgl. "Spiegel" vom 16. April 1979).

In Hamburg verstarb kürzlich der Journalist und Literaturwissenschaftler Alfred Kantorowicz. Er war einer der letzten Überlebenden der Internationalen Brigaden des Spanischen Bürgerkriegs, KPD-Mitglied und im französischen Exil Generalsekretär des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, der unter anderem das berühmte Braunbuch über den Reichstagsbrand herausgab. Nach dem Krieg ging er in die DDR, kehrte ihr aber nach dem Ungarn-Aufstand enttäuscht den Rücken. Seite 17

Gespräch mit einer Genossin

Seite 11

In einem Gespräch berichtet Sonja Tesch von ihren politischen Erfahrungen. Sie ist in einem antifaschistischen Elternhaus aufgewachsen, war früh schon Mitglied der Falken, und im Ostermarsch aktiv. Sie hat an der Protestbewegung der späten 60er Jahre teilgenommen, zu der sie aber ein eher distanziertes Verhältnis hatte. Das Gespräch stellt eine Genossin vor, die ganz anders politisch sozialisiert wurde als die meisten von uns.

Militärische Nutzung der Atomenergie

Seite 21

Abrüstungsfragen sind heute überwiegend eine Sache für Experten. In den fünfziger Jahren dagegen hat die militärische Nutzung der Atomenergie im Ostermarsch eine Massenbewegung entstehen lassen, während sich der Widerstand heute vor allem gegen die Atomkraftwerke richtet. Eva Senghaas-Knobloch versucht in ihrem Beitrag die gegenwärtigen Bemühungen um Rüstungsbeschränkungen zu erläutern und zeigt dabei, daß Widerstand gegen die Abschreckungslogik mehr denn je notwendig ist.

SB-Aktivitäten

Seite 28

In der nächsten Zeit haben die Arbeitsfelder und Projektgruppen des SB verschiedene Veranstaltungen geplant: eine Sommerschule, den Lehrertag, eine Tagung über Arbeitskämpfe gegen Rationalisierung und eine offene Arbeitsgruppentagung zum Thema: „Realer Sozialismus". Der Beitrag informiert über diese Aktivitäten und kündigt außerdem die Tournee des Mobilen Rhein Main Theaters an.

Inhaltsverzeichnis

Editorial 2

Kleinanzeigen 4

Rainer Stange:
Harrisburg 5

Volkhard Brandes:
Demonstration
in Hannover 7

Jan Thing:
Gorleben-Hearing 9

Gespräch mit
einer Genossin 11

Peter Dudek:
Hakenkreuze in der Schule 14

Jens Huhn:
Zum Tod von Alfred
Kantorowicz 17

P.P. Zahl:
Haftstatus normalisiert –
Vollzugsplan in Kraft 19

Eva Senghaas-Knobloch:
(Psycho)-Logik
der Abschreckung 21

Peter Grohmann:
Arbeiterjugendtreffen
Pfingsten 1979 25

Günter Pabst:
Baustelle
Mobiles Jugendtheater 26

SB-Aktivitäten 28

Jürgen Hentze:
Tagung Behinderte –
Nicht-Behinderte 30

Dieter Hooge:
Hilfe für Quebradas! 32

anabas

Am Unteren Hardthof · 6300 Gießen

Neuerscheinungen

Hinz/ Mittig/ Schäche/ Schönberger (Hrsg.)

Die Dekoration der Gewalt

Kunst und visuelle Medien im Faschismus

20 Autoren versuchen in ihren mit zahlreichen Bildbeispielen und Faksimiles versehenen Beiträgen des visuelle ‚Argumentations'-System des Faschismus und seine gesellschaftliche Verflechtung weiter zu entschlüsseln. Der Band liefert Grundlagen für die Arbeit in allen Bildungsinstitutionen und Anregungen für die aktuelle Diskussion. ca.400 S., ca.250 Abbildungen, ca. DM 34,– (Juni 79)

DietgerPforte

„Von unten auf"

Studie zur literarischen Bildungsarbeit der frühen deutschen Sozialdemokratie und zum Verhältnis von Literatur und Arbeiterklasse

Pb., ca. 330 S., ca. 35 DM (Mai)

Arbeiterjugendbewegung

in Frankfurt 1904-1945. Material zu einer verschütteten Kulturgeschichte.

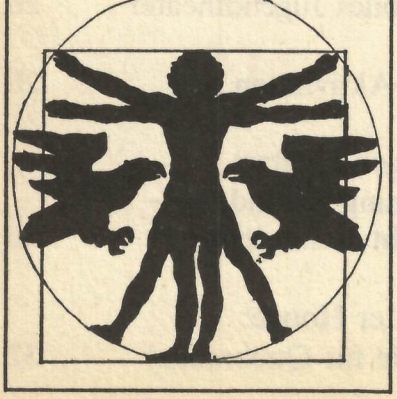
Mit einem Vorwort von Georg Stierle und einem einführenden Text von Wolfgang Abendroth. Der Band enthält eine reichhaltige Bild- und Textdokumentation, zusammengestellt von ehemaligen Mitgliedern der Arbeiterjugendbewegung.

200 Seiten, 100 Abb., DM 12,80

LEHRERKALENDER 1979/80

Von Lehrern für Lehrer gemacht: mit Gebrauchswert für die tägliche Arbeit & mit vielen Notizen zu Schule, Alltag und Erziehung; mit Karikaturen, Fotos, Gedichten; mit Daten zur langen Geschichte unserer Bespitzelung, mit einer Literaturübersicht zum Thema Faschismus und vielen praktischen Hinweisen.

Ein Politkaleidoskopo, das Spaß macht und Mut, auf Einschüchterungen wieder solidarisch und politisch zu reagieren. DM 8,50



Leserbrief

Der Neuanfang bei der "links" im Januar dieses Jahres hat mich begeistert. Denn ich glaube, daß die "links" als ein Blatt für die Undogmaten in der BRD am ehesten die Funktion einer noch vorhandenen oder wiederherzustellenden Verbindung der vielen wichtigen, autonomen und dezentralen Basisinitiativen erfüllen kann.

Doch hat nicht trotz undogmatischem Ansatz die "links" sich ein abgeschirmtes Bild nach außen mehr und mehr aufgebaut? Hat sie nicht durch Länge und Stil der Artikel (übrigens immer noch!) einen großen Teil der basisbewegten Leser abgeschreckt? Hat sie nicht durch die z.T. oberlehrerhafte Schreibweise die Art eines Zentralorgans scheinbar angenommen?

Ich weiß, daß solche Tendenzen und Eindrücke ganz und gar nicht die politischen Intentionen der Redakteure und Verfasser widerspiegeln. Aber ihnen hat wahrscheinlich in den letzten Jahren eine Rückkoppelung von Lesern oder sagen wir besser Dampf von unten gefehlt. Damit wurden allerdings die besten Voraussetzungen für eingefahrene Strukturen und vielleicht auch eine langweilige Zeitung geschaffen. Meiner Ansicht nach muß eine Veränderung und Aktivierung in mindestens zweierlei Hinsicht erfolgen:

1) Der eingeschlagene Weg der bildlichen und textlichen Auflockerung (kurz, brisant, übersichtlich) muß weitergetrieben werden. Denn noch immer überwiegen lange und globale Riemen. Noch immer trauen sich wenig Gruppen, wichtige Informationen, tolle Fotos und kurze Einschätzungen oder Leserbriefe an die "links" zu schicken. Stattdessen wenden sich all jene Informanten zunehmend an den ID, die Alternativpresse oder an die Tageszeitung (die für meine Einschätzung immer noch eine sehr trügerische Hoffnung darstellt).

Um nicht mißverstanden zu werden: ich habe ganz und gar nichts gegen den ID und andere, im Gegenteil glaube ich, daß nur er diese umfassendere Informationsfunktion erfüllen kann. Aber – und dieses aber erlangt zunehmend Bedeutung – damit wird kaum eine Unterstützung entwickelt bei der Suche nach politischer Orientierung und stabilen Zusammenhängen, allerhöchstens ein Gefühl von Zugehörigkeit. Diese Situation ändert sich auch keineswegs durch die Tageszeitung, die diesen Anspruch nicht erfüllen kann, weil es sich vor allem um ein Informationsorgan handelt, das politisch-organisatorische Strukturen nur zum Herstellen der Zeitung benötigt, was den Kreis der Einbezogenen längerfristig notwendigerweise sehr einschränkt.

Doch zurück zur "links", von der ich meine, daß sie in mühseliger Kleinarbeit das Vertrauen ihrer "eigentlich breiteren Basis und Leserschaft gewi nen muß, d.h. die Leser kommen nic von alleine. Damit sind vor allem Ju gendliche oder jüngere Genossinne und Genossen gemeint. Ich selbst ke ne eine ganze Reihe, die mehr m der "links" und dem SB zu tun habe möchten, wenn sie nur die Möglich keiten sähen.

2) Eine linke Zeitung lebt nicht nu durch den Inhalt und die Sprache. S lebt in Kneipen, an Kiosken, in Wo nungen und in Kommunikationszen tren. Dort kann sie allerdings nur "l ben", wenn sie auch da ist.

Doch wo gibt es z.B. Plakate, die au die "links" hinweisen? Wo gibt e Kneipen, die sich für den "links"-Ve kauf engagieren? Wo gibt es Weite verkäufer, die eine Verbindung zw schen Schreibern und Lesern herste len könnten?

Gut, für die lokale Alternativpress mag das einfacher sein, weil man di Schreiberlinge kennt, weil man eine unmittelbaren Beitrag leisten kan usw. Doch ich glaube, eine gut vorbe reitete Kampagne zur Verbreitung de "links" an Kiosken, in Kneipen, übe Weiterverkäufer (mit Unterstützun von Plakaten, "... in neuer Aufma chung, mit neuen Inhalten") könnte d einiges bewirken. Denn es gibt ein Be dürfnis nach Orientierung!

Ich glaube, mehr denn je!

ACHIM SCHRÖDER
FRANKFUR

Kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(5/1) **Ökologie**

● **Umweltmagazin** bbu aktuell, Ausgabe März/ April – Nachrichten und Berichte z.B. zu Ökologie und Antimilitarismus, Gorleben, Widerstandsaktionen, Verkehrspolitik; 60 S./DM 2,--. Bezug: bbu aktuell, Lorenzstr. 16/17, 1 Berlin 45

● **Information zu Energie und Umwelt** Nr. 2. Diskussion über die Atomenergie in der Gewerkschaftszeitung "Metall", 80 S.; Nr. 3 – Stellungnahme für das Expertengespräch Reaktorsicherheitsforschung in Bonn am 31.8./1.9.78 von Prof. Dr. Diter v. Ehrenstein, 6 S.; Bezug: Uni Bremen, Presse- und Informationsamt, Postfach 330440, 28 Bremen

● **Atom Express** – Zeitung der Initiative gegen Atomenergie Nr. 13 berichtet über den Treck nach Hannover, Widerstandsaktionen, Grohnde etc. 24 S./DM 1,--. Bezug: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 34 Göttingen

(5/2) **Dritte Welt/Entwicklungspolitik**

● **Dritte Welt-Öffentlichkeitsarbeit als Lernprozeß.** Zur politischen und pädagogischen Praxis von Aktionsgruppen (A. Holzbrecher, Dissertation, 480 S./DM 29,80) bei: Haag und Herchen, Fichardstr. 30, 6 Frankfurt

● M. Massarrat: **Asiatische Produktionsweise in Iran**, in Geographische Hochschulmanuskripte 4; zu beziehen über: Gesellschaft zur Förderung regional-wissenschaftlicher Erkenntnisse e.V. Postfach 1940, 29 Oldenburg (zusammen mit einem Artikel über Indien, 300 Seiten, DM 9,--)

● **Kauft keine Früchte der Apartheid** – Informationen über die Boykottaktionen sind bei der Ev. Frauenarbeit e.V., Unterlindau 80, 6 Frankfurt zu beziehen

● **Zeitschrift für Entwicklungspädagogik**: entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung, ökologische Pädagogik u.a. im Abo DM 11,80 über Arbeitskreis Dritte Welt, Lederstr. 34, 741 Reutlingen. Probeheft gegen Voreinsendung von DM 2,-- zu beziehen

● **Maghreb Informationen** – regelmäßig erscheinende Monatszeitschrift, die vom Maghreb-Komitee, Blücherstr. 26, 53 Bonn herausgegeben wird. Abonnement DM 12,-- plus Porto

● **Ost-Timor Informationen** Nr. 9, herausgegeben vom Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors; Bezug gegen Voreinsendung von DM 1,50 über Raimar Wehr, Engelbertstr. 19, 5 Köln 1

● Blätter des IZ3W Nr. 76 mit dem Schwerpunktthema **"UNCTAD V – Entwicklung für wen? – Strategie der Industrieländer**; Bezug: IZ3W, Postfach 5328, 78 Freiburg

(5/3) **Kirche**

● **Berufsverbote-Diskussion:** Drei Bemerkungen zum "Bericht der Kammer für öffentliche Verantwortung an den Rat der EKD zur Frage der Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst". Sie wurde von T. Dreessen, HD. Hütmann, T. Wilsdorf im Auftrag der Ev. Studentenpfarrerkonferenz verfaßt. Bezug: ESG, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

● Zeichen Nr. 1 – Mitteilungen der Aktion Sühnezeichen mit dem Schwerpunktthema **Holocaust** – eine neue Phase der Vergangenheitsbewältigung? Bezug: Aktion Sühnezeichen, Jebenstr. 1, 1 Berlin 12

(5/4) **Etcetera – sozialistische Hochschulzeitung** berichtet regelmäßig über die Diskussion der Hochschullinken, aktuelle Probleme sozialistischer Politik und kommunale Entwicklung. Schwerpunkte der letzten Nummern u.a.: Alternativen, Basisgruppenbewegung, Recht auf Arbeit, §§ 88a, Ökologie. In der neuen Nr. 7 u.a.: Gorleben, Fünfziger Jahre, Studienreform, Tagebuch Hambach, Cooper-Diskussion. Bestellungen an: Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5 Köln 41

(5/5) **Longwy – eine Region soll sterben.** Berichte, Erfahrungen. Gegen DM 1,-- in Briefmarken vom SZ, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(5/6) **Karl Radek** – 3 Aufsätze über Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches; 90 S./DM 7,--; Gegen Voreinsendung (Briefmarken/Scheck) bei SZ, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(5/7) **Trotzdem – Verlag**, Ob. Weibermarktstr. 3, 741 Reutlingen

● Wozu noch die Parlamente? enthält Texte von R. Rocker, Dr. R. Friedeberg, Beitrag zu Grünen und Bunten (88 S./DM 5,--);

● W. Haug: Erich Mühsam (152 S./DM 9,--).

(5/8) **Sozialarbeit**

● Neue Pädagogische Zeitschrift "Die Lupe" – Schwerpunktthema "Aggressives Verhalten", 20 S./DM 2,20; Bezug: Spiel & Lernzentrum, Bruchtorwall 1-3, 33 Braunschweig

● Das neue **Programm der Nürnberger Volksschule** e.V. ist zu beziehen über Verein für politische und kulturelle Bildung, Dallingerstr. 16, 85 Nürnberg

● **Erzieher-Zeitung** Nr. 18 berichtet über die Landesfachschülerkonferenz, die Erzieher-Ausbildung, Analyse des Arbeitsplatzwechsels von Erziehern, 40 S./DM 2,--. Bezug: Peter Schenk-Zeitschriftenverlag, Heinrich-Fuchs-Str. 3, 6900 Heidelberg

● **"Rabatz" – Frankfurter Zeitung gegen Heimerziehung** Nr. 1 berichtet über Konflikte in Heimen, 20 S. Gegen Voreinsendung von DM 1,-- bei Markus Lehnert, Rohrbachstr. 25, 6 Frankfurt zu beziehen

FILM/THEATER/KULTUR

(5/10) Die **Film/Video Coop** baut einen eigene **Verleih** auf, in dem die Hersteller ihre Filme se ber einsetzen und auswerten. Für die bisher pr duzierten 15 Filme ist jetzt ein Katalog erschiene Bezug: Film/Video Coop, Fuggerstr. 18, 1 Berlin 3

(5/11) **Video Verleih Programm** (1/2 Zoll Jape Standard Norm 1) zu den Bereichen Medien, Ku tur, Theater, Umwelt, Alternativen, Politik, Kinde Schule. Bezug: Video Werkstatt Bornheim, Ge maniastr. 89, 6 Frankfurt 60

(5/12) **Zelluloid** Nr. 7 berichtet schwerpunktmäß über: Dokumentarfilme, Gewerkschaften und Fil und Holocaust; gegen Voreinsendung von DM 2, zu beziehen über Redaktion Zelluloid, Dassels 35, 5 Köln 1

(5/13) **Geländewagen 1** – eine halbjährlich Revue nimmt ihre Arbeit auf. Er durchstreift z erst Berlin und lädt auf: Lyrik, Prosa, Essays, B dende Kunst, Fotografie, Theaterarbeit mit üb 200 Abbildungen und 176 Seiten. DM 28,--, Ve lag Ästhetik und Kommunikation, Fuggerstr. 1 1 Berlin 30

In diesem Verlag erscheint auch monatlich d Zeitschrift Ästhetik und Kommunikation. Das He Nr. 35 behandelt den Schwerpunkt **"Kultur selbe machen – Kulturarbeit – Animation.**

STELLENANGEBOTE

(5/14) SJD-Die Falken – OV Ulm/Neu-Ulm suc ab 1.8. oder 1.9.79 eine(n) **Praktikanten(**i für die verbandliche außerschulische Jugendarbe Bewerbung an: Bruno Bakalovic, Augsburgers 51, 791 Neu-Ulm

WOHN-/ARBEITS-/ FREIZEITKONTAKTE

(5/15) Ich suche **alte Leute**, die noch Spaß a Leben haben, nicht allein leben wollen und auc vom Schrottplatz für Alte, dem Altersheim nich halten. Ziel: **Wohngemeinschaft** mit meinem V ter. Horst-Dieter Zahn, Im Frankfurter Grund 1 605 Offenbach, Tel. 0611/ 892841

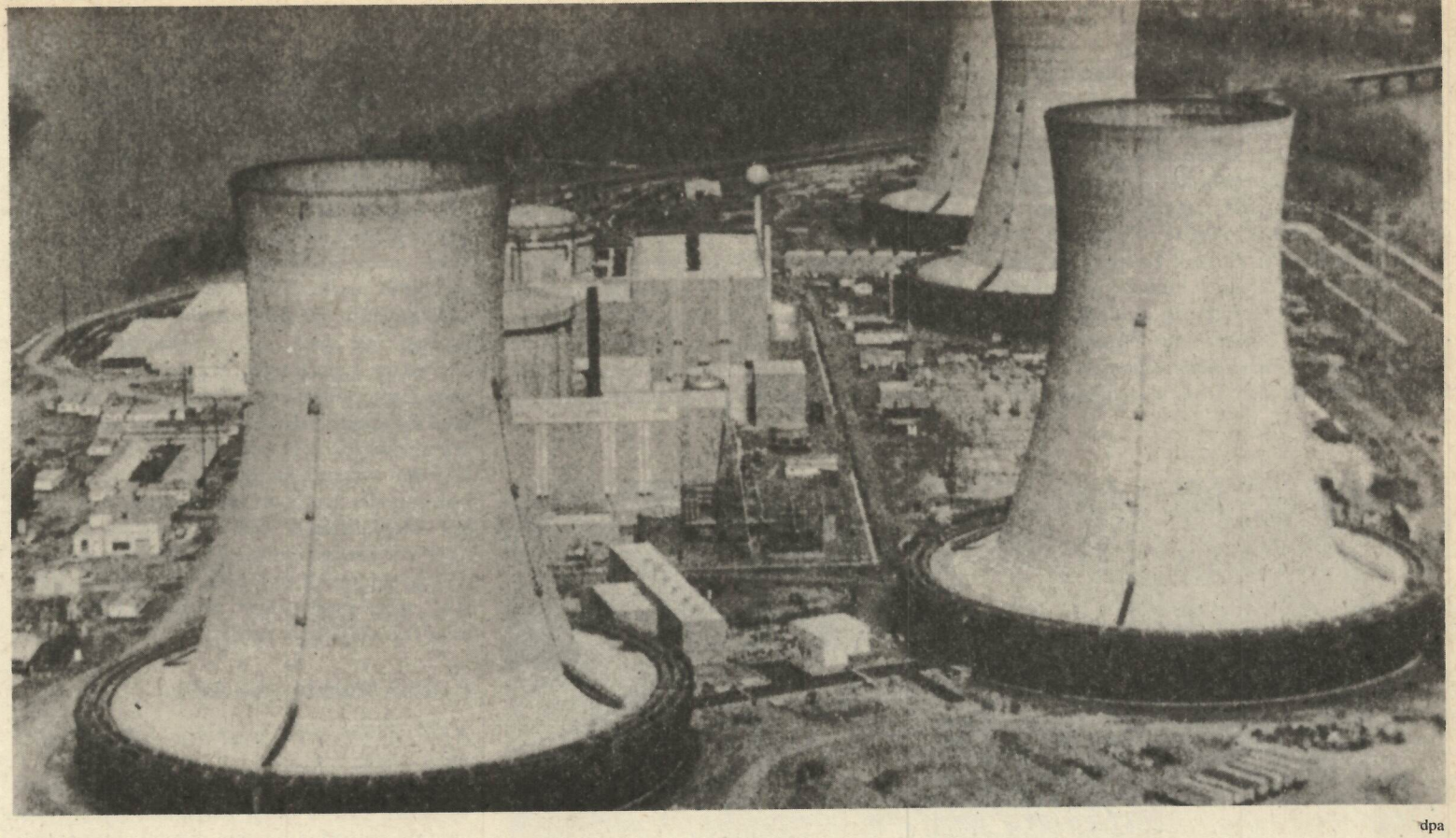
(5/14) **WG in Lüneburg** gesucht oder Leute, d Lust haben, eine zu gründen. Ich (24 J) ziehe Sommer nach Lüneburg und werde in einem Kleins heim als Berufspraktikantin arbeiten. Elvira Wa ner, Crufterostr. 1a, 6239 Kriftel

(5/17) Wer hat Schwierigkeiten mit seinem **Pr motionsvorhaben**? Wer hat Interesse an ein selbstorganisierten Gruppe, die außerhalb d angebotenen Colloquien arbeitet – Diskussio Hilfestellung, Kontakte etc. vermitteln. Walter Koc Theaterstr. 13, 3 Hannover 1, Tel. 12443

(5/18) Suche dringend Kontakte und Erfahrung berichte von **Eltern-Kind-Gruppen** (Kinderläden da wir selbst eine gründen wollen. Mutgard Dros Schülerstr. 17, 493 Detmold

(5/19) Suche Informationen zum Aufbau ein **Arbeitslosen-Selbsthilfe**. M. Grundhöffer, Ise burgstr. 15, 54 Koblenz

(5/20) Schreibe eine Examensarbeit über **Pop kultur** als Element bei der Identitätsbildung b Jugendlichen. Wer hat oder kennt Material daz (z.B. Rezeption von Popmusik, Jugendmusikze schriften, Diskothekennutzung etc.)? Bin auch a Meinungsaustausch interessiert. Wolfgang Witt Freiligrathstr. 8, 1 Berlin 61



dpa

Thesen zu Harrisburg

Wann ist das Experiment Kernenergie beendet?

Die abgedroschene Floskel vom 'Land der unbegrenzten Möglichkeiten' ist in den vergangenen Wochen auf makabre Weise aktualisiert worden: in der auf fast allen militärischen und zivilen Anwendungen führenden Nuklearmacht USA hat sich auch prompt das Ereignis eingestellt, das geeignet erscheint, die Atomenergie-Diskussion und den Kampf gegen Atomenergieanlagen künftig zu bestimmen.

Ich will willkürlich versuchen, der Komplexität dieses Themas durch konkrete Thesen zu einzelnen Aspekten zu begegnen:

Massentod geprobt

KKW-Betreiber und Regierung mußten zum ersten Mal eine Reaktion auf einen möglichen Massentod vorführen.

Während mittlerweile versucht wird, die Kernenergie als weiterhin einzige Energiequelle ohne unmittelbare Todesfolgen herauszustellen, sollte immer wieder herausgestellt werden, daß die Möglichkeit eines Massentodes unkalkulierbar nahe war. Die Regierung des Staates Pennsylvanien war auf die 'Evakuierung' einer 240-Personen-Elite in einen strahlensicheren Bunker in der Nähe des Capitols in Harrisburg vorbereitet (nach New York Herald Tribune vom Montag, dem 2.4.79), während die Verschiebung von rund einer Million Bewohnern verschleppt wurde.

Erster Grund: eine staatlich angeordnete Evakuierung mit allen Folgekosten, durch keine Versicherung gedeckt, hätte zumindest Pennsylvanien an den Rand des Ruins gebracht. Zweitens: Selbst im bestmotorisierten Land der Welt, bei einer Besiedlungsdichte unter der in Westeuropa üblichen, hätte eine derartige Aktion im Chaos geendet. Die 'Evakuierung in Eigeninitiative' von rund 300.000 Menschen, die durch die Aufforderung an Schwangere und Kinder ausgelöst werden sollte, bereitete über mehrere Tage verteilt schon erhebliche Verkehrsprobleme. Der Zynismus der Situation bestand darin, daß die Verantwortlichen sich über Zeitpunkt und Warnzeitraum für eine Explosion der Gasblase überhaupt keine Vorstellung machen konnten, dennoch im Ernstfall die sofortige Evakuierung in Windrichtung durchzuführen versprachen.

Die Schuldfrage

Die Diskussion über die Schuldfrage bestätigt die Kritik an der 'Sicherheitsphilosophie'.

Entsprechend den Interessen, die durch den Unfall beeinträchtigt werden, will man die Schuldfrage gelöst sehen. Zunächst bietet sich natürlich, wie meist auch bei Zugunglücken oder Tankerhavarien, das steuernde Individuum im Kommandostand an. Der nur wenige Minuten dauernde entscheidende Teil der Auseinandersetzung mit dem Störfall zeigt jedoch mittlerweile, daß den beiden Verantwortlichen anscheinend keine falsche Reaktion nachgewiesen werden kann. Der Eingriff in die Notkühlung, der anfangs immer als letztliche Unfallursache bemüht wurde, erfolgte von ihrer Seite als korrekte Reaktion auf falsche Druck- und Temperaturwerte. Die Theorie vom menschlichen Versagen wurde auch nicht allzu intensiv weiter verfolgt, stützt sie doch eine massive Kritik an allen Sicherheitsüberlegungen in westlichen Reaktorsystemen, die hierzu letzten Endes keinen wahrscheinlichkeitstheoretisch quantifizierbaren Ansatz kennen. Das Lehrstück von Browns Ferry 1975, die Beinahe-Katastrophe durch die Kerze im Kabelschacht, ist recht erfolgreich aus der Diskussion verbannt worden.

Der Betreiber selbst, die Metropolitan Edison Company, trat die Flucht nach vorn an und ließ seinen Vize-Präsidenten Herbein verkünden, der Unfall sei 'nicht außerhalb des Gewöhnlichen für diesen Typ von Reaktor. Er war nicht unvorhergesehen' (nach TIME, 9. April 1979). Damit erübrigt sich natürlich auch die weitere Suche nach Schlampereien. Ganz so naiv gibt sich die restliche Welt natürlich nicht, sie bemühte sich vor allem, die Besonderheiten des Kraftwerks 'Three-Mile-Island' der Firma Babcock & Wilcox und des amerikanischen Sicherheits- und Genehmigungsdenkens insgesamt herauszustellen. Dabei vermied man jedoch eine massive Kritik an US-Behörden und -Unternehmen im KKW-Bereich, bemühte vielmehr die deutsche Wertarbeit für entscheidende Komponenten des typenähnlichen Babcock-Reaktors in Mühlheim-Kärlich oder betonte wie die KWU konzeptionelle und konstruktive Differenzen zu Babcock. Die Situation ist fast ödipal, denn fast die gesamte Technologie und Sicherheitsphilosophie für die in Westeuropa gebauten wie geplanten Leichtwasserreaktoren stammt aus den USA. In der Sicherheitsdiskussion wird immer wieder auf die mehreren hundert Reaktorbetriebsjahre ohne unmittelbare Todesfolgen verwiesen, die jedoch zu über 70% in

den USA erbracht worden sind. Die Bibel der Risiko-Rechenstrategen, die sogenannte Rasmussen-Studie, ist praktisch nur von US-Fachleuten unter Berücksichtigung der dortigen technologischen Standards erstellt worden. Es mutet wie Ironie des Schicksals an, daß die Kernenergiebehörde Nuclear Regulatory Commission (NRC), aufgeweckt durch eine kritische Begutachtung der Gutachter, den Lenis-Bericht, sich Anfang Febraur von den Schlußfolgerungen der Studie weitgehend distanzierte. Die geforderte Schließung von 16 KKWs wurde später unter Hinweis auf eine mögliche Erdbebengefährdung an 5 Werken im Westen der USA durchgesetzt. Es

bleibt zu erwarten, daß die für dieses Frühjahr in Aussicht gestellte Kleinausgabe der Rasmussen-Studie für deutsche Verhältnisse überhaupt nicht auf grundsätzlich anderen Sicherheitsüberlegungen aufbauen kann. Für den Vatermord ist es eben noch entschieden zu früh, die deutsche Reaktorindustrie kann eigentlich erst mit eigenen Entwicklungen wie dem Hochtemperaturreaktor erwachsen werden.

Gasblase nicht erwartet

Die Gasblase von Harrisburg scheint noch nie als Störfallmöglichkeit ins Auge gefaßt worden zu sein.

Unabhängig von der detailtechnischen Tüftelei um Ventile, Pumpen und Schieber scheint mir die wichtigste 'sicherheitsphilosophische' Konsequenz aus Harrisburg darin zu liegen, daß das hochkomplexe und tausendmal durchdachte System Kernkraftwerk die Fachwelt mit einem ganz einfachen Effekt genarrt hat: eine potentiell explosive Freisetzung von Wasserstoffgas im Druckgefäß ist offensichtlich **noch nie** in Betracht gezogen worden, sie machte die korrekte Einordnung des Unfalls in GAU oder Super-GAU unmöglich. Die aus dem Chemie-Unterricht wohlvertraute Knallgasreaktion (explosive Oxidation von Wasserstoff zu Wasser) hätte alle bisherigen Überlegungen über Freisetzung des radioaktiven Inventars bei einem Super-GAU in den Schatten gestellt, weil nämlich die ungekühlten Brennelemente sozusagen ins Freie gestellt worden wären.

Mir ist übrigens nicht bekannt, daß jemals KKW-Kritiker an eine solche Möglichkeit gedacht haben, obwohl die Freisetzung von Wasserstoff aus Wasser unter Bestrahlung ein seit den Gründerzeiten der Strahlenforschung bekannter Effekt ist. Es beweist eigentlich aufs Neue, wie willkürlich die Störfallphilosophie nur versuchen kann, das noch nie Geschehene vollständig vorherzusagen, eine Fähigkeit, die in keinem anderen wissenschaftlichen Gebiet zur obersten Pflicht wird! Die Schablone denkbarer Störfälle und der korrekten Abwehrhandlung ist gründlich angeknackst, da helfen alle Beteuerungen über die Unmöglichkeit des speziellen Ablaufs in deutschen Kernkraftwerken nicht. (Hier sei auf den ausgezeichneten Artikel von Klaus Traube in der Frankfurter Rundschau vom 9.4. verwiesen.)

Das "Experiment" Harrisburg

Harrisburg stellt das erste große soziale und politische Experiment mit außergewöhnlichen Belastungen durch Kernenergie dar.

Hieraus folgt zunächst, daß die Erfahrungen der betroffenen Bevölkerung mit diesem 'Experiment' verbreitet gehören. Hierzu werden die KKW-Gegner vermutlich einen überdurchschnittlich hohen Beitrag leisten müssen. Ich möchte mich nicht der pessimistischen These anschließen, nach der durch das unmittelbar begrenzte Ausmaß der Katastrophe ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Gewöhnung an größere Katastrophen begangen ist. Wir sollten in der Öffentlichkeit darauf bestehen, daß hier bereits einige hunderttausend Menschen ein Trauma erfahren haben. Zum ersten Mal müssen übrigens Menschen physisch und psychisch unter Kernenergie leiden, die nicht ein vorsortiertes Kollektiv aus grünen Spinnern und Steinzeitanhängern darstellen, nein, sie sind mindestens ebenso unbeteiligt und unbefragt traktiert worden, wie die sonst so oft bemühten Passagiere im Lufthansa-Jet im Herbst 1977.

Die reale Demonstration dieses Effektes wird Konsequenzen für die Siedlungsstruktur in den USA und vielleicht auch bei uns haben. Der SPIEGEL zeigte gleich sehr drastisch, daß nach den Kriterien für eine mögliche Evakuierung in Harrisburg Hamburg bereits eingekreist ist. Die psychische Belastung, in der Nähe eines KKW zu leben, beruht seit jetzt auf einer realen Erfahrung, die natürlich den individuellen Verdrängungsmechanismen unterliegt. Sie wird aber gleichzeitig durch so wachsame Landesregierungen wie der baden-württembergischen verstärkt, die mit der prophylaktischen Ausgabe von Jod-Tabletten im unmittelbaren Umkreis "ihrer Kernkraftwerke" den ersten konsequenten Schritt zum Leben mit der Katastrophendrohung eingeleitet hat. Man erinnere sich nur, welches Gezeter noch vor wenigen Jahren erhoben wurde, wenn von geheimen Katastrophenplänen die Rede war, oder diese sogar zu Vervielfältigungszwecken entliehen wurden.

Positive Haltung zum Risiko

KKW-Befürworter gewinnen schon wieder Oberwasser.

Während die Presse durch Harrisburg ungewöhnlich tief in ihren Ansichten über Kernenergie getroffen zu sein scheint, Innenminister Baum Profilierungsversuche in Richtung Kritiker unternimmt, geht die knallharte KKW-Mafia bereits wieder in die Offensive. Es scheint, als würden die Fronten etwas klarer: diejenigen, die grundsätzlich keinen anderen Weg sehen, müssen sich jetzt direkter und positiver zum Risiko stellen. Dabei wird ihnen innerhalb der Bevölkerung ein Gutteil Schwankender abtrünnig werden. Ob die Bereitschaft zum aktiven Kampf gegen Kernenergieanlagen dadurch automatisch zunimmt, wage ich zu bezweifeln. Wenn ich mir vorstelle, in welchen Schritten historische Erfahrung zur Massenbewegung wird, graust mir vor der Ahnung, daß noch mehrere Harrisburg mit absolut ungewissem Ausgang nötig sein könnten, bis das Abenteuer Kernenergie beendet ist.

RAINER STANGE

"Fast völlig blind"

"Wir arbeiten fast völlig blind. Die Informationen des Gouverneurs sind verschwommen, ich habe überhaupt keine – ich weiß nicht, es ist, als ob ein paar blinde Männer herumstolpern und Entscheidungen treffen." *(Joseph Hendrie, Chef der US-Atomkontrollbehörde am 30 März 1979, zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 17. April 1979)*

"Das alles aber", so rechtfertigte sich die Kraftwerksfirma Metropolitan Edison, "könne dennoch nicht als 'Katastrophe' gelten; schließlich sei bei dem Reaktorzwischenfall 'kein einziges Menschenleben verlorengegangen'." *("Der Spiegel" vom 9. April 1979, S. 32)*

"Wir werden uns an Recht und Gesetz halten und keinen Reaktor abschalten" *(Der hessische Ministerpräsident Holger Börner während des Unfalls in Harrisburg, zitiert nach: Pflasterstrand 51 vom 7.-21. April 1979)*

Gorleben soll leben!

Die Demonstration von Hannover

"Friede dem Leben" stand auf einem Plakat, das an einem Traktor an der Spitze des zehn Kilometer langen Demonstrationszuges angebracht war, der sich am 31. März 1979 durch Hannover schob. 140.000 Menschen nahmen – so der vermutlich gut informierte Polizeifunk – an der bisher größten Demonstration der Anti-AKW-Bewegung in der BRD teil. Der Schluß des Zuges hatte den Kundgebungsplatz noch nicht erreicht, als dort die Abschlußkundgebung bereits beendet war. Doch nicht allein in der zahlenmäßigen Größe liegt die Bedeutung dieser Demonstration.

"Geht uns vom Acker – Strahlenkacker!"

Begonnen hatte die Demonstration eine Woche zuvor mit einem Treck der von der geplanten Atomfabrik bedrohten Bauern aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg in die niedersächsische Landeshauptstadt. Radfahrer und Fußgänger begleiteten die Traktoren der Bauern.

Parallel dazu liefen Solidaritätsaktionen in zahlreichen Orten der BRD. In Hannover wollten die Bauern – gestützt auf eine breite Mobilisierung von Bürgerinitiativen – anläßlich des von der niedersächsischen Landesregierung veranstalteten "Gorleben-Hearing" gegen die geplante Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage und der unterirdischen Atommülldeponie in Gorleben protestieren. Bauern standen also – unterstützt von großen Teilen der Bevölkerung jener Gebiete, durch die der Treck eine Woche lang zog – an der Spitze der Bewegung. Diese Verbreiterung der Bewegung veranlaßte die niedersächsische Landesregierung – wie bereits einige Jahre zuvor die baden-württembergische Landesregierung gegenüber den Wyhler Bauern – zu einem vorsichtigen Verhalten: sie versuchte, sich als gesprächs- und kompromißbereit zu präsentieren, sie versuchte zu beruhigen und zu integrieren. Die Politiker traten in den Vordergrund, die Polizei blieb dieses Mal im Hintergrund. Die wenigen in Hannover sichtbar werdenden Polizisten ließen sich Frühlingsblumen in die Hand drücken.

Der Beinahe-GAU von Harrisburg, der sich in den Tagen des Trecks auf Hannover in den USA ereignete, zwang die Atomlobby zu noch defensiverem Vorgehen. Was nach ihren Wahrscheinlichkeitsrechnungen frühestens in vielen Jahrtausenden der Fall sein sollte, war von einem auf den anderen Tag Wirklichkeit geworden. Vor diesem Hintergrund erreichte am Morgen des 31. März ein endlos erscheinender Strom von Demonstranten aus allen Teilen der BRD und aus dem Ausland Hannover.

Trotz der Kälte und des ununterbrochen fallenden Regens herrschte entlang der Demonstrationsstrecke Volksfeststimmung: stundenlang zogen aus dem Hauptbahnhof Tausende mit Sonderzügen angereiste Demonstranten dem aus dem Norden Hannovers kommenden Treck entgegen, um sich mit ihm auf der Strekke zu vereinigen; aus den geöffneten Fenstern von Wohnungen und Wohngemeinschaften wurden die Vorbeiziehenden mit Musik begrüßt; Transparente hingen über den Straßen und an Hauswänden; Straßenschilder waren überklebt: "Gorleben ist überall"; von Traktoren wurden Blumen unter die Fußgänger geworfen; zahllose Demonstranten hatten sich bemalt und verkleidet. Immer wieder geriet der stockende Zug in Bewegung: die Demonstranten hüpften und tanzten und erfreuten sich an immer neuen bissigen Parolen: "Albrecht und die DWK, werden enden wie der Schah!", "Ordnungshüter in den schnellen Brüter", "In Harrisburg, in USA ist Strahlung jetzt für alle da!". Besonders drohend aber manche Bauern: "Albrecht, wenn Dir 50.000 Demonstranten nicht reichen, müssen wir zu den Waffen greifen!"

"Hopp, hopp, hopp, Gorleben stopp!"

Dies war alles andere als ein Trauermarsch – trotz Harrisburg. Die Demonstration zeigte nicht nur, wogegen der Kampf sich richtet: gegen den Atomstaat und seine Lobby und sein Prestigeobjekt – Gorleben. Sie zeigte auch, wofür der Kampf geführt wird: für das Leben. Die Spontaneität, Kreativität und Begeisterung dieses Tages war Ausdruck dieses gemeinsamen Zieles. Weder die aus der Bewegung hervorgegangenen Versuche, sie für Wahlen zu instrumentalisieren, noch alle Versuche des Zugriffs bürgerlicher Parteien haben bisher daran etwas ändern können. Auch nicht die Versuche neofaschistischer Gruppen, sie für eine neue Blut- und Boden-Ideologie zu gewinnen. Ebensowenig aber auch jene exotisch wirkende Militanz, die der KBW in Hannover einmal mehr zu Schau stellte. In diesem Kontrast zeigte sich deutlich die Stärke der Bewegung: alles andere als geronnen und versteinert, von oben kontrolliert und diszipliniert zu sein.

Die Fröhlichkeit und Ausgelassenheit dieser Demonstration hatte aber noch eine andere Konsequenz: wie selten zuvor in der Geschichte der BRD war die in der Regel feindselige Distanz der Bevölkerung gegenüber Demonstranten weithin aufgebrochen. Alte Frauen winkten dem Zug mit Blumen zu. Menschen, die nie in ihrem Leben daran gedacht hatten, einmal zu demonstrieren, zogen mit. Überflüssig schienen die Sprechchöre vieler Jahre zu sein: "Bürger, laßt das Gaffen sein. Bürger, kommt und reiht Euch ein!"

Der Schock von Harrisburg saß tief, öffnete die Bevölkerung für die Ziele der Demonstranten. Notwendig dafür war aber auch der Charakter der Demonstration selbst: die von Anfang an ungewöhnlich breite Beteiligung der sonst schweigenden Mehrheit; statt Parolen und Appelle an die Bevölkerung eine offene Kommunikation zwischen Demonstranten und Bevölkerung; Blumen statt Brecheisen, Kapuzen gegen den Regen, statt Helme gegen Polizeiknüppel. Die Schlacht mit der Macht fand nicht statt – und damit fehlte auch ein Anlaß, der sonst in der Bevölkerung weithin Ängste und Entsolidarisierungstendenzen provoziert und es den Herrschenden leicht gemacht hat, die Anti-AKW-Bewegung zu isolieren, zu kriminalisieren und zu unterdrükken.

So erfolgreich war offensichtlich diese Art friedlich-ausgelassener Demonstration, die Hannover für einen Tag den Demonstranten gehören ließ, daß die Atomlobby und ihre Medien sehr bald eine neue Strategie durchzusetzen versuchten: wo das Kriminalisieren und Isolieren nicht mehr möglich waren, wurde versucht, die Demonstration möglichst totzuschweigen. Und – so merkwürdig das vielleicht sein mag – die Katastrophe von Harrisburg war der Anlaß, um von dem abzulenken, was in Hannover geschah.

"Wir sind der Sand in der Maschine der Großen ..."

Hinter der in Hannover sichtbar gewordenen Breite der Bewegung waren aber zweifellos auch tiefgreifende unterschiedliche politische Auffassungen und Vorstellungen verborgen. Einig waren sich mehr oder weniger alle in den unmittelbaren Zielen: keine Atomfabrik in Gorleben und auch nicht anderswo; Stillegung aller Atomanlagen in der BRD – und nicht nur dort. Überall war dahinter auch die Bereitschaft spürbar, für das Leben und Überleben zu kämpfen. Doch wie dieses Leben aussehen soll, darüber gingen die Vorstellungen sicher weit – z.T. vielleicht sogar grundsätzlich – auseinander.

Ermutigend war für viele der nach Hannover Gekommenen das Beispiel der Bauern; sie kämpfen nicht nur um ihren Hof und ihre berufliche Existenz; sie kämpfen auch gegen eine lebensfeindliche Technologie, die uns alle bedroht. Daß damit unterschiedliche Interessenlagen nicht aufgehoben sind, liegt auf der Hand. Daß – trotz positiver betrieblicher und gewerkschaftlicher Entwicklungen wie dem "Aktionskreis Leben" – die Angst um den Arbeitsplatz noch immer vielerorts gegenüber langfristigen und übergreifenden Lebens- und Überlebensinteressen ausspielbar ist, wurde auch in der Zusammensetzung der Hannoveraner Demonstration deutlich: was hier stattfand, war – von der sozialen Zusammensetzung her – alles andere als eine "klassische" Arbeiterdemonstration.

Trotz aller notwendigen Skepsis und Einschränkungen scheint in großen Teilen der Bewegung etwas übergreifend Gemeinsames und Verbindendes im Entstehen zu sein, dessen Umrisse sich heute erst aus der praktischen Negation der vorherrschenden Entwicklung abzuzeichnen beginnen – Andeutungen von Alternativen und von konkreter Utopie im Hinblick auf technologische Alternativen ebenso wie im Hinblick auf sich verändernde Formen menschlicher Kommunikation.

Die Reden der Bauern und Bürgerinitiativler auf der Abschlußkundgebung am Klagesmarkt drückten nicht nur Entschlossenheit zum Widerstand aus. In ihnen wurde auch Hoffnung sichtbar: Ausdruck der Erfahrung, daß Solidarität wieder mehr sein kann als ein Schlagwort für Festreden. Derart gestärkt fuhren dann auch einige hundert Bauern mit ihren Traktoren zum niedersächsischen Ministerpräsidenten: "Albrecht, wir kommen!" Die Brüchigkeit und Fragwürdigkeit der offiziellen Argumentationen, die bereits beim Hearing der Landesregierung – aller Regie zum Trotz – unübersehbar geworden war, wurde hier von Albrecht hinter einem Schleier von Arroganz noch einmal – für alle Beobachter sichtbar – demonstriert.

Zehntausende verließen am späten Samstagnachmittag wieder die Stadt. Tausende blieben noch: sie feierten im Pavillon am Raschplatz, im Jugendzentrum Kornstraße und anderswo. Zehntausend kamen noch am Abend zum Hearing kritischer Wissenschaftler in die Eilenriedehalle.

"... und diese Maschine werden wir zum Stillstand bringen"

Dieser Tag hat gezeigt, daß die letzte Entscheidung um die Wiederaufbereitungsanlage und die Atommülldeponie in den Gorlebener Salzstöcken als Herzstück des westdeutschen Atomprogramms noch nicht gefallen sein muß. Allzu brüchig waren die "Gutachten" der Atomlobbyisten und ihrer gekauften Experten im Gorleben-Hearing. Harrisburg ist eine – auch die westdeutsche Anti-AKW-Bewegung erneut mobilisierende – schreckliche Warnung: Harrisburg kann morgen auch in der BRD Wirklichkeit sein.

Die in Hannover sichtbar gewordene Breite der Widerstandsbewegung ist eine unüberhörbare Warnung für die um ihre Wählerpotentiale besorgten etablierten Parteien. Allzu gern möchten sich CDU-Albrecht und SPD/FDP-Bundesregierung gegenseitig die Verantwortung über die Gorleben-Entscheidung auflasten. Aber wenn's so weiter geht wie in Hannover, werden vielleicht eines Tages beide die Verantwortung nicht mehr zu tragen haben, weil in ihrer Richtung nichts mehr läuft. "Albrecht von der Leine, an die Leine, in die Leine, nicht alleine: Schmidt muß mit!", hieß es in Hannover. Das letzte Wort muß über Gorleben noch nicht gesprochen sein, wenn auch die Gefahr groß ist, daß Albrecht, Schmidt & Co. mit Salamitaktik, Spaltungsmanövern und Augenwischerei noch zu ihrem Ziel kommen werden: die deutsche Atomindustrie, koste es, was es wolle, über dem Abgrund zu halten.

Deshalb kann unsere Aufmerksamkeit auch nicht nur auf das Atomprojekt Gorleben gerichtet sein. Das Atomprogramm hat viele Gesichter. Und wenn sich seine Betreiber heute vielleicht auch an Gorleben festzubeißen scheinen, so mögen sie zugleich hoffen, andernorts stillschweigend und unbemerkt vollendete Tatsachen schaffen zu können. Deshalb muß auch der Widerstand – dezentral – überall dort geführt werden, wo sich der Atomstaat – offen oder verdeckt – zu etablieren versucht: noch schwimmt der Atomkrake, wenn ihm auch das eigene Wasser schon weniger behagt.

VOLKHARD BRANDES

Stromzahlungsboykott in Hamburg

Seit dem 1. Oktober 1977 behalten inzwischen über 400 Hamburger Haushalte 10% ihrer Strompauschale auf einem Treuhandkonto ein.
Mit dieser Aktion wollen wir sehr deutlich ausdrükken, daß wir nicht bereit sind, über den Strompreis den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken mitzufinanzieren. Wir können es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, die Hamburger Elektrizitätswerke bei der Anwendung einer Technologie zu unterstützen:
1. die für alles Leben jetzt und in Zukunft eine unabsehbare Gefährdung bedeutet;
2. deren Betrieb nur durch ständige Überwachung gesichert werden kann, was zwangsläufig die Einschränkung unserer Grundrechte zur Folge haben wird;
3. die das Gesetz des wirtschaftlichen Wachstums festschreibt, dabei jedoch die ökologischen Grenzen unserer Erde mißachtet.
Die Hamburger Elektrizitätswerke antworteten bisher nur mit dem Versuch der Einschüchterung, indem sie ca. 40 Boykotteure durch Klagen vor dem Amtsgericht zwingen will, das einbehaltene Geld zu bezahlen. Hiermit reduziert die Hamburger Elektrizitätswerke das Anliegen des Stromzahlungsboykotts auf die rein juristische Auseinandersetzung. Über den Verwaltungs- und Gerichtsweg können die Hamburger Elektrizitätswerke weder das Problem abschütteln, noch unseren berechtigten Protest abwürgen.
Auch der Hamburger Senat hat es bisher nicht für nötig befunden, auf den Stromzahlungsboykott zu reagieren, obwohl er Mehrheitsaktionär der Hamburger Elektrizitätswerke ist.
Wir fordern deshalb: EINSTELLUNG ALLER PROZESSE GEGEN STROMZAHLUNGSBOYKOTTEURE.

Initiative Stromzahlungsboykott Hamburg
Maren u. Torsten Wulf,
Tannenkamp 37, 2 Hamburg 67
Ähnliche Initiativen gibt es inzwischen in zahlreichen Städten der Bundesrepublik. Unterstützt bereits vorhandene Initiativen! Startet neue!

Foto: dpa

Das Gorleben-Hearing

Von der Landesregierung, die auszog, die Wahrheit zu finden

Vom 28.3. bis 3.4.1979 fand in Hannover das Gorleben-Hearing statt. Vor 250 Zuschauern (ganze 3 davon durften von den Bürgerinitiativen gestellt werden) diskutierten 6 Tage lang 20 ausländische und 5 deutsche Wissenschaftler, die der Atommüllfabrik kritisch gesonnen sind, mit Befürwortern der Anlage. Die kritischsten deutschen Wissenschaftler waren von der Teilnahme an der Veranstaltung ausgeschlossen. Ministerpräsident Albrecht und eine Reihe von Landtagsabgeordneten saßen die ganze Zeit dabei, hatten sie das Hearing doch anberaumt, um Anfang Juli die Grundsatzentscheidung über das Projekt Gorleben fällen zu können.

Aussagen des Hearings

Grundlage der gesamten Veranstaltung war ein über 2.000 Seiten dickes Gutachten der 25 Wissenschaftler, welches von der Landesregierung bisher geheim gehalten wird. Nur die Befürworter der Anlage (beim Hearing Gegenkritiker genannt) kannten den Text und versuchten mit recht geringem Erfolg, ihn zu widerlegen. Das Gutachten beruht auf dem von der die Anlage planenden Firma DWK vorgelegten ca. 3.000 Seiten starken Sicherheitsbericht für die Atommüllfabrik. Die Kritiker kommen einstimmig zu folgender Aussage: **"Auf Grund der uns zur Verfügung gestellten amtlichen Dokumente ist das in Gorleben geplante 'Entsorgungszentrum' grundsätzlich nicht realisierbar!"** Sie weisen im einzelnen nach, daß

- das gesamte Konzept der Wiederaufbereitung technisch noch völlig unausgereift ist,
- das Atommüllproblem in keiner Weise gelöst ist,
- die Anlage ein riesiges Gefahrenpotential darstellt.

Während des Hearings wurde der Sicherheitsbericht von der DWK weitgehend zurückgezogen. Der Bericht sei ein erster Entwurf gewesen, der selbstverständlich in den nächsten Jahren bis zum Bau der Anlage verbessert würde. Überhaupt gab es an so mancher Stelle Rückzugserscheinungen. War es bis zu Beginn der Veranstaltung immer ein **Gorleben**-Hearing, so betonte Albrecht später immer wieder, es gehe gar nicht um das Projekt Gorleben, sondern ganz allgemein um die Frage, ob eine Atommüllfabrik überhaupt realisierbar sei. Und außerdem sei die Entscheidung über den Standort ja sowieso völlig offen – als habe es gar keine Probebohrungen und Landkäufe der DWK in Lüchow-Dannenberg gegeben. Auch spricht man jetzt davon, Wiederaufbereitungsanlage und Endlagerstätte zu entkoppeln. Man baut die WAA in Gorleben und, falls sich in den nächsten 10 Jahren zeigt, daß der Salzstock für hochaktives Material ungeeignet ist, dann transportiert man dieses später eben woanders hin.

Hilfe oder Farce?

Eine Antwort auf diese Frage muß unter verschiedenen Gesichtspunkten gegeben werden. Für eine Regierungsentscheidung über das Projekt Gorleben war das Hearing sicher überflüssig. Die vielen Argumente, die den Wahnsinn aufzeigen, sind seit langem bekannt und hätten im Gutachten selbst nachgelesen werden können. Außerdem fällt die Entscheidung über die Atommüllfabrik sowieso nicht durch die besseren Argumente. Die Anlage wird auf Grund gewaltiger Kapitalinteressen gebaut, wenn sie nicht durch den Druck eines breiten Protestes in der Bevölkerung verhindert wird. Auch deshalb war der gleichzeitige Protest der über 100.000 AKW-Gegner in Hannover so wichtig. Besonders deutlich wurde der Farce-Charakter des Hearings, wenn sich Experten darüber stritten, ob ein bestimmter Unfall einmal in 1.000 Jahren oder in 100.000 Jahren eintritt, wenn 2 Tage zuvor Harrisburg passiert ist und der diskutierte Unfall die Gefahr des Strahlentodes für Tausende Menschen enthält.

Doch das Hearing hatte auch positive Aspekte. Niemals zuvor sind die Argumente der Kritiker der Atommüllfabrik so ausführlich zu Wort gekommen. Radio und Fernsehen in Norddeutschland übertrugen täglich ca. 1 Stunde vom Hearing, und die Bedenken in der Bevölkerung sind mit Sicherheit gestiegen. (Natürlich verstärkt durch Harrisburg). Auch ist es eine positive Entwicklung, wenn erstmals im Vorfeld eines verwaltungsrechtlichen Verfahrens ausdrücklich kritische Wissenschaftler zu Wort kamen. Dies hilft bei kommenden Verfahren, den Nimbus des unabhängigen Gutachters (der dann meist im Namen der AKW-Betreiberseite spricht), zu zerstören.

Gefahren des Hearings

Hauptsächlich wurden 2 Gefahren deutlich. Erstens gab das Verfahren der Landesregierung eine Menge Argumentationshilfen. Man

Hinten darf man alles bei der Post

Die Lübecker Bürgerinitiative "Alternativer Förderkreis Umweltschutz" verschickte 9.000 Briefe in Umschlägen, auf denen neben der Anschrift die Anti-Atom-Sonne lachte: "Atomkraft? – Nein Danke!". Vom Postamt 1 in Lübeck erhielt sie die gesamte Sendung zurück: politische Aussagen befördere die Post nicht, wenn sie auf der Vorderseite eines Briefumschlages gemacht werden. Hinten aber dürfe man alles. So wolle es der § 13 der Postordnung.

Doch wer will wissen, wann eine Aussage politisch ist und wann nicht? Unpolitisch findet es die Hamburger Oberpostdirektion, wenn das Bundesinnenministerium eine Postkarte mit dem Aufdruck "Umweltschutz – mitmachen" verschickt. Politisch aber findet sie es, wenn auf einem Umschlag steht: "Atomkraft? – Nein Danke". Dies ließ sich die Post sogar vor dem Verwaltungsgericht bestätigen. Die Anti-Atom-Sonne könne womöglich Postbedienstete indoktrinieren, hielt die Post der "Alternative Förderkreis Umweltschutz" vor Gericht entgegen.

Andernorts scheint die Indoktrination bereits erfolgreich gewesen zu sein. In Münster wurde ein Brief mit der Anti-Atom-Sonne umstandslos an den Lübecker "Alternativen Förderkreis Umweltschutz" abgeschickt. Die Lübecker Post aber ließ den Brief zurückgehen. Die Münsteraner Postkollegen schickten den Brief erneut auf die Reise. Nach sechs Wochen erreichte er den Empfänger: das Emblem war zerkratzt und beschmiert.

Um die politische Objektivität der Lübecker Post zu erproben, schmückte die Lübecker Bürgerinitiative daraufhin einen Stapel Briefe mit dem Aufdruck "Wir brauchen Atomkraftwerke". Ungehindert erreichten die Briefe ihren Bestimmungsort. Listig geworden, hängten die Postbürokraten einen handgeschriebenen Zettel an den Lübecker Hauptschalter: "Alle Sendungen von Bürgerinitiative Lübeck zur Beschädigtenstelle". Doch auch der neueste Streich der Postzensoren wurde draußen bekannt. Mal seh'n, was den wackeren Streitern gegen die freundlich lächelnde Sonne als nächstes einfällt.

H.E. BRAND

hat ja nun auch die Kritiker gehört und wird einzelne technische Details sicher im Zuge der weiteren Planung verbessern. Die positive Entscheidung über das Projekt muß nun leider in staatsmännischer Pflicht für die Energieversorgung der Bevölkerung unter Berücksichtigung einiger Kritiker-Standpunkte getroffen werden. Zweitens wurde von den kritischen Wissenschaftlern immer wieder betont, daß es ja Alternativen zur Wiederaufbereitung gibt: langfristige Zwischenlagerung bis zur technischen Vervollkommnung der WAA und Endlagerung ohne Wiederaufbereitung. Über den Sinn bzw. Unsinn des gesamten Projekts wurde kaum gesprochen. Von den meisten Kritikern wurde die Atomkraft insgesamt überhaupt nicht in Frage gestellt.

Wie geht es weiter?

Die **Landesregierung** wird ihre Entscheidung etwa im Juni fällen. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß sie ungefähr wie folgt ausfällt: Wiederaufbereitung und Endlagerung ist grundsätzlich realisierbar (Persilschein für weitere Atomkraftwerke mit noch mehr Atommüll), wenn auch noch einige Details verbessert werden müssen. Das Hearing hat uns gezeigt, daß kein Zeitdruck besteht und noch mindestens 5-10 Jahre bis zur 1. Teilerrichtungsgenehmigung vergehen werden. Die endgültige Entscheidung wird erst dann auf Grund ausgereifterer Pläne der DWK gefällt werden. Das Hearing hat außerdem gezeigt, daß der Salzstock in Gorleben erst noch sorgfältig untersucht werden muß, ehe über den Verbleib des hochaktiven Mülls entschieden werden kann. Aber aus Umweltschutzgründen muß doch schließlich irgendwo der Atommüll bleiben. Also fangen wir bald mit den Tiefbohrungen an.

Unser weiteres Vorgehen wird folgendes berücksichtigen müssen:

1. Wir müssen mit dem Beginn der Tiefbohrungen rechnen und klären, wie wir darauf reagieren wollen. Die Flachbohrungen zur Baugrunduntersuchung gehen schon weiter (dezent während des Hearings unterbrochen!). Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der Landesregierung haben PTB und DWK klargestellt, daß auf jeden Fall gebaut wird (Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle, Eingangslager eventuell als Zwischenlager).
2. Wir müssen die Ergebnisse der kritischen Gutachten weit verbreiten, Risiken, Schäden, technische Nichtmachbarkeit der WAA, Nichtnotwendigkeit ... Die Gutachten werden auf jeden Fall veröffentlicht, die Wortprotokolle bestellen beim Niedersächsischen Sozialminister, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2, 3000 Hannover
3. Der Anti-AKW-Kampf darf sich nicht ausschließlich auf die Atommüllfabrik zuspitzen. Die Betreiberseite kann es sich notfalls leisten, den Bau, bzw. die Entscheidung für den Bau der Anlage hinauszuzögern, ohne daß das Atomprogramm darüber zu Fall kommt. Größere Schwierigkeiten entstehen, wenn wir jetzt den Bau von Zwischenlagern wie in Ahaus und von Kompaktlagern bei den einzelnen AKWs verhindern können, die jeweils mit großen Risiken verbunden sind.
4. Gegen alle Versuche (so DGB, Dezember 1978, Ökoinstitut, amerikanische Vorschläge "Das Veto"), Zwischen- oder Endlagerung uns als notwendige Maßnahme, eventuell sogar als Umweltschutzmaßnahme zu verkaufen, müssen wir an der Vorbedingung festhalten: Beendigung der Erzeugung von Atommüll, erst dann sind solche Alternativen und Vorschläge ernsthafte Beiträge in der Umweltschutz- und Anti-AKW-Bewegung. Die Katastrophe von Harrisburg macht das Motto deutlich:

STOPP DEM ATOMPROGRAMM –
ATOMKRAFT NEIN DANKE!

JAN THING

Dokumentation zum Hearing

Während des Gorleber Hearings hat sich ein "Informationszentrum Kritische Wissenschaft" gebildet, in dem Wissenschaftler und andere Bürgerinitiativler u.a. aus Bremen, Hamburg, Heidelberg und Hannover zusammenarbeiten. Eine Dokumentation enthalten die von ihnen während des Hearings an die anwesenden Journalisten verteilten Materialien. Grundlage für die Arbeit war das bisher von der Landesregierung geheimgehaltene Gorleben-Gutachten von 25 kritischen internationalen Wissenschaftlern. (Angeblich sollen die 2.000 Seiten und das Hearing-Protokoll später veröffentlicht werden! Anforderungen an: Sozialministerium Niedersachsen, 3 Hannover 1)
Die Dokumentation (ca. 130 Seiten, Preis pro Ex. DM 4,–, ab 10 Ex. DM 3,–) ist nach Überweisung des entsprechenden Betrages auf das Postscheckkonto Hamburg Nr. 114398-203, H. Mönninghoff, Haasemannstr. 11, 3000 Hannover 91 (Absender unbedingt deutlich schreiben!) zu erhalten.

Unterschriftensammlung
Für den Stopp aller Atomanlagen!

Eine Unterschriftensammlung, die die Breite des Protestes in der Bevölkerung gegen alle Atomanlagen dokumentieren soll, ist unter dem Eindruck der Atomkatastrophe von Harrisburg gestartet worden. Unterzeichnerlisten und weitere Informationen sind zu enthalten bei: BBU-Geschäftsstelle, Hellbergstr. 6, 7500 Karlsruhe 21, Tel. 0721/574248

MARXISMUS UND NATURBEHERRSCHUNG

Beiträge zu den Ersten Ernst-Bloch-Tagen Tübingen 1978

Verlag 2000 10,– DM

Bezug: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Auszüge aus der Rede von Yves Lenoir

Der Franzose Yves Lenoir war einer der wenigen kritischen Gutachter, die beim Hearing eine kompromißlose Haltung gegen die Atomenergie vertreten haben. Unter Protest hat er als Einziger am letzten Tag des Hearings seine Teilnahme abgebrochen. Auf der Schlußveranstaltung der Gorleben-Demonstration vom 31.3.79 sagte er u.a.:

Liebe Freunde!

Das Europa der Technokraten-Clique ist eine Tatsache. Ich habe mit Frankreich telefoniert. Wie bei Euch hier, sind die Presse und das Fernsehen bemüht, den schweren Reaktorunfall herunterzuspielen, zu relativieren und mit Zwecklügen zu umkleiden, der sich letzten Mittwoch in der Nähe von Harrisburg ereignet hat. Das Hearing lief fast so ab, als ob nichts passiert wäre. Schwerwiegende akademische Diskussionen über die Technik, das geltende Recht, die Wahrscheinlichkeit von Krieg, alles das, damit Herr Albrecht den Eindruck vermittelt, Bescheid zu wissen, damit seine Entscheidung legitimiert wird durch umfassendes, abgeklärtes Wissen, was der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist. Das scheint es, wozu vor allem die Arbeit der Gorleben International Review dient. Ich sehe uns als die Söldner von Herrn Albrecht, die feinsinnig, aber bestimmt von Herrn Weizsäcker an der Leine geführt werden, dem Philosophen, der sich immer nach dem Tagesgeschmack richtete.

Betrachten wir erneut das Hearing, und da sehe ich nun unseren Streit auf der Ebene der Herrschenden ablaufen. Trotz der vielen Ungereimtheiten, die einem vielleicht Spaß machen zu analysieren, sind es doch eigentlich zwei Entwicklungsvorstellungen, zwei Weltanschauungen, die aufeinander stoßen und es ist notwendig, denn wenn der Konflikt nicht auf dieser Ebene stattfindet (technokratische, juristische, politische Ebene), würden die Dinosaurier, die ihre Entwicklung mit der Atomenergie abschließen, jedes Leben auf der Erde unerträgliche machen. Man darf sich nicht ködern lassen, die herrschende Klasse entsteht immer wieder von neuem. Es ist besser, es klar vor Augen zu haben, um genauer bestimmen zu können, was man will und von Anstößen das aufzugreifen, aus dem die Zukunft aufgebaut werden kann.

Deutscher Geist dürstet nach dem Absoluten. Technisch führte das zum Entsorgungszentrum, politisch zum Nazismus oder zum hochrationalisierten Funktionalismus der Sozialdemokratie. Aber die Gesellschaft ist nicht etwas Absolutes, kann es nicht sein, oder aber das soziale Leben würde aufhören. Kapieren wir das, streben wir es an, machen wir das und spielen wir das Kräfteverhältnis aus. Wir wollen eine Zukunft ohne Atomkraft, denn wir wollen eine Zukunft, wo die Verantwortung dezentralisiert ist und nicht zerbröckelt. Denn die Verantwortlichkeit ist im Begriff zu zerbröckeln, atomisiert zu werden, und die Gesellschaft verlöre sich notwendigerweise in einem Konsens, der das Gegenteil von Demokratie ist. Das Entwicklungsmodell, das wir zurückweisen, hat Schritt für Schritt die Symbole der Macht und die Produktionsmittel zusammengefaßt. Atomenergie ist hiervon der fortgeschrittenste Ausdruck.

Heute bezieht sich die Verweigerung auf Gorleben, Gorleben ist der Schauplatz einer gesellschaftlichen Schlacht. Ich schließe hier und sage: wir werden gewinnen.

Gespräch mit einer Genossin

Fragen an Sonja Tesch

In diesem Gespräch wird eine Genossin vorgestellt, deren politische Entwicklung ganz anders verlaufen ist, als die der meisten von uns. Sie ist aufgewachsen in der Tradition der organisierten Arbeiterbewegung. Den mühseligen Ablösungsprozeß aus der unpolitischen deutschen Familie der Nachkriegszeit hat es bei ihr nicht gegeben. Die Protestbewegung der späten 60er Jahre hat sie zwar beeinflußt, sie hat sich dort aber nicht heimisch gefühlt. Sonja Tesch berichtet im Gespräch mit Christine Huth über einige ihrer Erfahrungen.

In einer anderen Tradition

Christine Huth: *Sehr viele der jetzt Mitte-30-jährigen haben sich gegen ihr Elternhaus politisiert, indem sie versuchten, gegen die autoritären Strukturen anzugehen, die ihnen im Elternhaus, in der Schule und an der Universität begegneten. Die Familie Tesch, wenn wir uns ihre Chronik ansehen, steht da in einer anderen Tradition.*

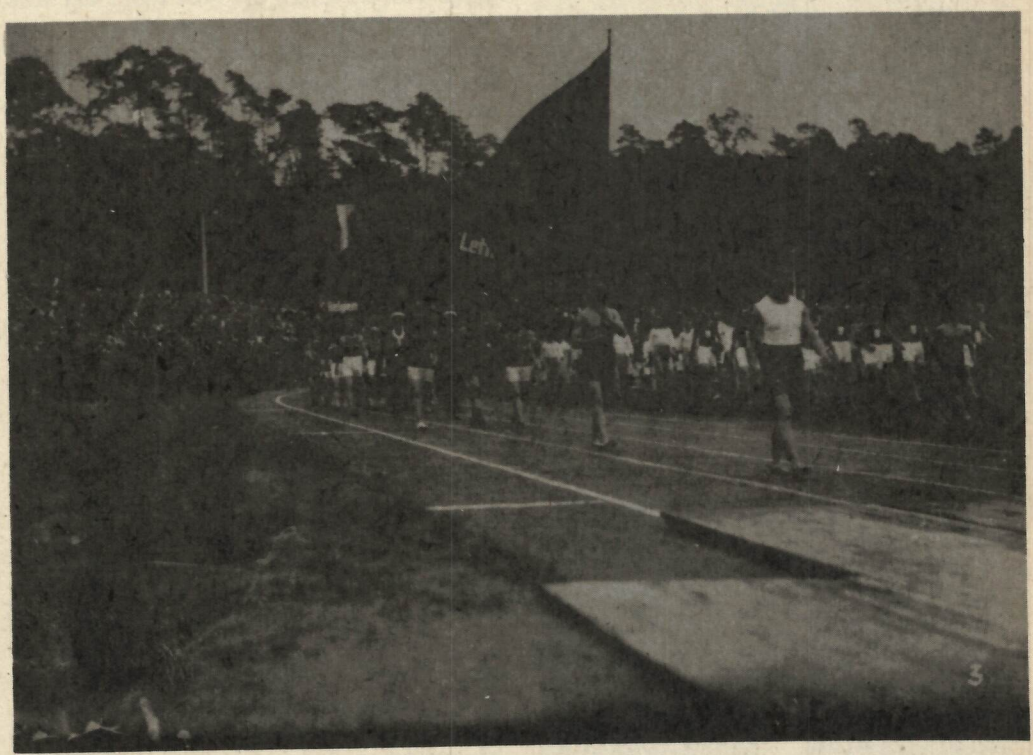
Inwieweit glaubst Du, hat Dein Elternhaus oder Deine Großmutter Einfluß gehabt auf Deine eigene politische Biographie, die ja anders ausgesehen hat als bei vielen Deiner Altersgenossinnen, die sich zur Zeit der Studentenbewegung politisiert haben.

Sonja Tesch: Meine Großmutter kenne ich ja nur aus Erzählungen. Sie wurde 1918, nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, als Abgeordnete in die Weimarer Nationalversammlung gesandt; die Parteitage der SPD wählten sie bis zur Zerschlagung der Organisation durch die Nazis in den Hauptvorstand. Außerdem war sie eine der führenden Frauen in der damaligen Frauenbewegung. Auch nach 1933 arbeitete sie mit ihren alten Genossen weiter und hielt Kontakt mit der Widerstandsgruppe in St. Gallen, wohin mein Vater emigriert war. Nach dem Attentat auf Hitler 1944 wurde sie verhaftet und in das Konzentrationslager Ravensbrück eingeliefert, in dem sie im März 1945 umgekommen ist. Mein Elternhaus hat natürlich einen größen Einfluß auf mich ausgeübt, obwohl ich sagen muß, daß meine Eltern nie versucht haben, mich direkt zu beeinflussen.

Als mein Vater 1917 Schnittmacher-Lehrling bei der Firma Voigt und Häffner wurde, trat er gleichzeitig in die Arbeiterjugend ein, wo er später Sekretär wurde. Hier widmete er sich von Anfang an seinem Hobby, der Literatur und dem Theater. 1926 ist er einer der ersten Studierenden an der in Frankfurt gegründeten Akademie der Arbeit. Dann ging er nach Berlin zu dem damaligen "Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter", der heutigen ÖTV. 1933 wurde er von den Nazis fristlos entlassen und schlug sich dann als Abonnementenwerber für das damalige jüdisch geleitete Neue Theater durch. Er nutzte diese Tätigkeit, um illegale Kontakte zu den alten SPD-Mitgliedern herzustellen. Als 1935 ein großer Teil der illegalen Frankfurter SPD-Gruppe aufflog, flüchtete mein Vater zu den in St. Gallen lebenden Frankfurter Genossen. Hier arbeitete er, bis 1940 der größte Teil dieser Widerstandsgruppe verhaftet wurde, gemeinsam mit deutschen emigrierten Genossen zusammen, die vorher der SPD, SAP, KPD und der Gewerkschaft angehört hatten. Im September 1945 konnte er aus der Emigration zurückkehren, und hier fangen auch meine frühesten Erinnerungen an. Er wurde dann Leiter des Bundes für Volksbildung und trat nach dreijähriger KPD-Mitgliedschaft – von 1945 bis 1948 – 1950 wieder in die SPD ein.

Ich bin also, im Unterschied zu denen, die sich gegen das Elternhaus politisiert haben, in einem relativ fortschrittlichen Elternhaus groß geworden, das mir von vornherein den vorurteilsfreien Umgang mit Menschen sehr erleichtert hat. Durch den Bund für Volksbildung – zu dem dann die Volkshochschule, ein Theater (das Theater am Turm) und eine Theaterabonnementenvereinigung gehörten – sind oft Besucher, unter ihnen auch viele Ausländer, zu uns ins Haus gekommen, und durch die dauernden Diskussionen bekam ich einiges über die politischen Vorgänge in unserem Lande mit; wenn da über den Adenauer geschmipft wurde, das habe ich mir schon gemerkt.

Schwierig wurde es dann in der Schule, mein bisheriges Wissen mit dem zu vereinbaren, was dort gelehrt wurde. Ich weiß noch, wie irritiert ich war, als ich das erste Mal im Geschichtsunterricht von der "traditionellen deutsch-französischen Feindschaft" gehört habe. Ich konnte einfach nicht verstehen, wie man Menschen gegenüber, nur weil sie in einem anderen Land leben, feindlich gesinnt sein kann, zumal es bei uns zu Hause ziemlich irrelevant gewesen ist, ob man nun Deutscher oder Ausländer war.



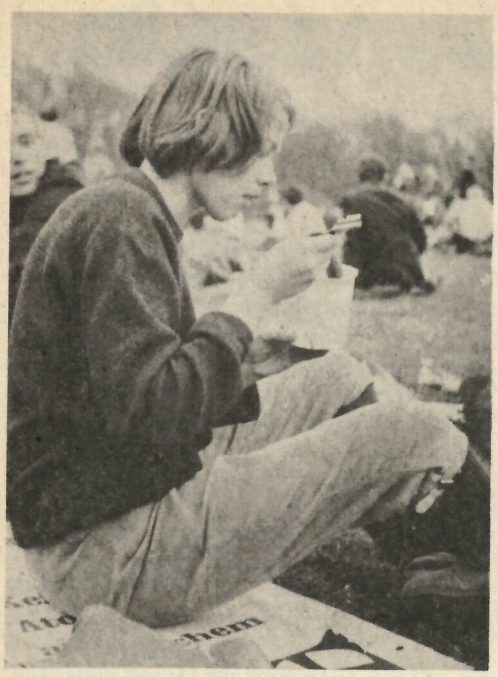
1. Internationale Arbeiterolympiade, Frankfurt 1925

Christine Huth: *Obwohl Deine Mutter auch selber politisch aktiv gewesen ist, hast Du Dich besonders stark mit Deinem Vater identifiziert. Ist das so geblieben, oder gab es Punkte, an denen politische Differenzen zu ihm auftraten?*

Sonja Tesch: Ich habe mich ziemlich stark an meinem Vater orientiert; erst Jahre später fing ich an, eigene Vorstellungen zu entwikkeln. Mein Vater war ein überzeugter Pazifist und das bin ich eigentlich während meiner ganzen Kindheit auch gewesen; ich hätte nie eine Waffe in die Hand genommen. Ich würde mich zwar heute auch noch als Pazifistin bezeichnen, habe jedoch im Laufe der Jahre durch verschiedene Befreiungsbewegungen ein anderes Verhältnis zur Gewalt entwickelt. Die erste große Auseinandersetzung über dieses Problem hatte ich mit meinem Vater nach dem 6-Tage-Krieg zwischen Israel und Ägypten im Juni 1967. Geprägt durch seine Erfahrungen im Hitlerfaschismus nahm er die Position der Israelis ein, während ich die Sache der Palästinenser vertrat. Wir sind damals im Zorn auseinandergegangen. Zwei Jahre später jedoch kam er von einem Israelbesuch zurück und erzählte mir, daß er mit seinen Freunden Streit wegen ihres Verhältnisses zu den Palästinensern hatte.

Pazifismus und "Gewalt gegen Sachen"

Im großen und ganzen hat mein Vater aber meine Entwicklung akzeptiert. Er hat zwar später zur Zeit der Studentenrevolte, als die Diskussion um "Gewalt gegen Sachen" anfing, den Kopf geschüttelt, aber als ich ihn daraufhin fragte, wie das denn Ende der zwanziger und dreißiger Jahre gewesen ist, schwieg er nur.



Ostermarsch 1965:

Offenbach, Rosenhöhe

Ausflug mit den Falken

Bei dem Camp der International Union of Socialist Youth

Christine Huth: *Du bist ziemlich früh Mitglied der "Falken" geworden.*

Sonja Tesch: Anfang der 50er Jahre, mit zehn oder elf Jahren; ja, man kann fast sagen, daß ich bei den Falken groß geworden bin. In den fünfziger Jahren, zur Zeit des Kalten Krieges, waren die Falken und die Naturfreunde eine Art Sammelpunkt für linke Arbeiterjugendliche. Die Älteren waren meist bei den Naturfreunden und die Jüngeren in beiden Organisationen.

Natürlich konnte man auch damals nicht von einer einheitlichen Linken sprechen; die heftigen Fraktionen, die hat es schon alle gegeben, nur arbeitete man damals – notgedrungen – viel enger zusammen. Ich kann mich noch entsinnen, daß die Stuttgarter und die Frankfurter Falken linke Positionen einnahmen; aber es gab unter ihnen auch ausgesprochene rechtssozialdemokratische Gruppen. Damals war ich jedoch noch viel zu jung, um die Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Fraktionen verstehen zu können. überhaupt, von den eigentlich politischen Fragen – ich denke da an mein erstes Seminar bei den Falken über den Mehrwert, als ich gerade elf Jahre alt war – habe ich damals nur Bruchstücke verstanden, und erst viel später haben sie sich zu einem Bild zusammengefügt.

Ich glaube, daß die politischen Jugendgruppen – auch wenn bei den Seminaren noch nicht gleich alles verstanden wird – für die persönliche Entwicklung von Jugendlichen sehr wichtig sind, da man lernt, solidarisch miteinander umzugehen, und da die Falken und Naturfreunde gemischte Gruppen sind, kann man ein viel selbstverständlicheres Verhältnis zum anderen Geschlecht entwickeln. Einfluß auf meine politische Entwicklung hat auch das Frankfurter Studententheater gehabt, das sehr experimentierfreudig war. 1963 gab es z.B. Brecht-Abende; das war für die damalige Zeit schon außergewöhnlich. Zu den Studententheaterfestivals bin ich dann mitgefahren, obwohl ich nie selber gespielt habe – nur einmal bin ich als Statistin eingesprungen. Am wichtigsten waren für mich die Diskussionen, die am Rande liefen, über die politische Funktion des Theaters.

Christine Huth: *1963, da war die Ostermarschbewegung schon in vollem Gange ...*

Sonja Tesch: ... ja stimmt, deswegen sind wir bei den Falken rausgeflogen! Der Bundesvorstand der Falken hatte damals den Beschluß gefaßt, daß es zwar erlaubt sei, bei den Märschen mitzulaufen, man dürfe sich aber nicht an den organisatorischen Vorbereitungen beteiligen, da diese Bewegung kommunistisch unterwandert sei. Wir haben in Frankfurt auf einer Delegiertenversammlung beschlossen, uns nicht an diesen Beschluß zu halten und wurden daraufhin kurzerhand rausgeschmissen.

"Heimatlose Linke"

Nun waren wir so eine Art heimatlose Linke. Zuerst trafen wir uns noch im Haus der Jugend, bis schließlich Heiner Halberstadt auf die Idee kam, den Club Voltaire zu gründen, was uns auch mit einer Portion Naivität, trotz großer Anfangsschwierigkeiten, gelang.

Über den Club habe ich auch den ersten Kontakt zum SDS und damit auch zu den Studenten bekommen. Das ist dann auch das einzige Mal in meinem Leben gewesen, daß ich wirklich Schwierigkeiten mit mir selber hatte. Ich entwickelte einen regelrechten Komplex, kein Abitur zu haben. Ich bin dann, als alle anfingen von Adorno und Habermas zu reden, ebenfalls in deren Vorlesungen gegangen, wobei ich kein Wort verstand und mich todunglücklich fühlte. Danach fing ich intensiv zu lesen an, und dabei konnte es mir passieren, daß ich zwei Bücher, die sich widersprachen, in sich schlüssig fand, so daß sie mich beide überzeugten. Ich hatte keinerlei Kriterien an der Hand, wonach ich die beiden Texte hätte beurteilen können.

Aber abends im Club, als H.-J. Krahl ein Fremdwort gebrauchte, das ich wirklich noch nie gehört hatte, und es wagte, nach der Bedeutung zu fragen, bekam ich nur zu hören, wenn ich das nicht wüßte, wozu ich dann bei ihnen säße. Die Folge war, daß ich mich lange Zeit nicht mehr traute, meinen Mund aufzumachen.

Christine Huth: *Du bist doch bestimmt nicht die Einzige gewesen, der es so gegangen ist. Die Frauen haben damals als Reaktion auf die chauvinistischen Verhaltensweisen der SDS-Genossen den Weiberrat gegründet. War das oder hätte das nicht eine Alternative sein können?*

Frankfurt, 29. Februar 1968

Sonja Tesch: Nein! Anfangs war ich schon ein paarmal beim Weiberrat. Doch das habe ich ganz schnell wieder sein lassen. Da haben sich die gleichen Strukturen reproduziert wie im SDS. Die Frauen, die sich einigermaßen im SDS durchsetzen konnten, hatten auch im Weiberrat das Sagen. Und noch eine andere Sache ist mir unangenehm aufgefallen. Es gab im Weiberrat eine ganze Gruppe wohlhabender Studentinnen, die sehr dominierte und die anderen, die kein oder wenig Geld hatten, ahmten sie nach, ob das im Nachschneidern der neuesten Mode geschah oder im Nachahmen von Verhaltensweisen. Nein, der Weiberrat war auf keinen Fall eine Alternative, in der gelernt werden konnte, solidarischer miteinander umzugehen.

Christine Huth: *Du machst auf mich einen sehr selbstbewußten Eindruck. Auf Dauer hast Du Dich also nicht einschüchtern lassen.*

Sonja Tesch: Das hat sich geändert, als Politik für mich aufhörte, nur Freizeitarbeit zu sein. Wo ich bislang als Dekorateurin gearbeitet hatte, gab es keine Gewerkschaftsarbeit. Erst als ich 1968 anfing, bei der Post zu arbeiten, bin ich in die Gewerkschaftsarbeit eingestiegen. Aufgrund meiner eigenen Arbeitsbedingungen und der Situation im gesamten Betrieb, konnte ich Kriterien benennen, warum Einschätzungen realistisch waren oder warum sie völlig daneben lagen, und das hat mir eine große Menge an Sicherheit gegeben. Damals habe ich auch weiterhin im SDS, vor allem in dessen Betriebsprojektgruppen mitgemacht. Das war noch vor der Bildung der ML-Gruppen; da hatten Teile des SDS auch schon die Arbeiterklasse entdeckt. Ich fand das manchmal direkt peinlich. Jemand konnte den größten Schwachsinn erzählen, Hauptsache er war Arbeiter. In dieser Betriebsprojektgruppe gab es schon fast alle Fraktionen: die späteren Marxisten-Leninisten, die KP-Orientierten, mit denen es heftige Auseinandersetzungen gab, und die Trotzkisten. Dort habe ich die Auseinandersetzungen um die verschiedenen Richtungen erstmals bewußt mitgekriegt, war aber oft ziemlich sprachlos, da es meist um Sachen ging, die ich für die konkrete Arbeit ziemlich irrelevant fand.

"Ich kann mich keinem fertigen Programm unterordnen"

Christine Huth: *Warum bist Du eigentlich damals nicht, wie so viele, in eine der ML-Organisationen eingetreten?*

Sonja Tesch: Da hat mir wieder meine Erfahrung bei der Post geholfen, durch die ich erkennen konnte, ob Diskussionen in der Projektgruppe für mich relevant waren oder nicht. Zudem habe ich damals mit einigen Gründern der ML, der ehemaligen "Lederjackenfraktion" des SDS, in einer Wohngemeinschaft zusammengewohnt und dadurch die sogenannte Lehrlingsarbeit ziemlich hautnah mitbekommen: Lehrlinge, nachdem sie im Betrieb "proletarische Aktionen" organisiert hatten, flogen raus und waren anschließend so isoliert, daß sie kaputtgingen. Diese Erfahrungen allein haben mich schon davor bewahrt, bei den Marxisten-Leninisten mitzumachen.

Nach dem Zerfall der Studentenbewegung gab es dann wieder eine Phase, wo man so ziemlich heimatlos in der Luft hing. Denn bei allem Aktionismus, den man dem SDS wirklich nicht absprechen konnte, hatte es doch immer kontinuierliche Diskussionszusammenhänge gegeben.

Plötzlich gab es das alles nicht mehr. Die einen waren bei der DKP gelandet, die anderen zu den K-Gruppen gestoßen, und die Spontibewegung entstand. Man hat überhaupt nicht mehr miteinander kommuniziert; jede Gruppe hatte ihre eigene Stammkneipe und schottete sich nach außen hin ab. Auch die politischen Veranstaltungen waren eher von einem Gegen- als von einem Miteinanderreden geprägt. Obwohl ich damals bei der Post schon in den Personalrat gewählt worden war und auch ziemlich überraschend Gewerkschaftsvorsitzende bei uns im Amt geworden bin, habe ich das Fehlen der alten Diskussionszusammenhänge doch sehr bedauert.

Christine Huth: *Da hat es doch schon den "Offenbacher Kreis" gegeben, zu dem Du gestoßen bist.*

Sonja Tesch: Ich habe auf einem Lehrgang der Postgewerkschaft einen Genossen wiedergetroffen, der unseren Kurs als Teamer betreute, und der hat mich mit nach Offenbach genommen. Dort ist damals nicht nur die "links" und die "Sozialistische Betriebskorrespondenz" gemacht worden, es gab darüber hinaus einen kontinuierlichen Diskussionskreis.

In diesem Zusammenhang habe ich mich sehr wohl gefühlt. Das war keine rigide Gruppe mit einem festen Programm, sondern wir haben alle gemeinsam bestimmt, welche Politik wir machen wollten. Gerade das ist für mich besonders wichtig, da ich niemand bin, der sich einem fertigen Programm unterordnen kann.

Olle und Wolter

Die blinde Macht

Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik

Theo Pirker

Olle & Wolter

Das Standardwerk zur Gewerkschaftsbewegung im Deutschland der Nachkriegszeit!

Teil 1: 1945-52. Teil 2: 1953-60

je 340 Seiten, DM 22,80

zusammen DM 39,80

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion Nr. 20

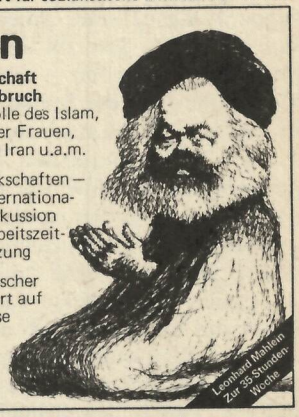
Iran

Gesellschaft im Umbruch

Zur Rolle des Islam, Lage der Frauen, BRD – Iran u.a.m.

Gewerkschaften – zur internationalen Diskussion um Arbeitszeitverkürzung

H. Fleischer Antwort auf Marcuse



Verlag Olle & Wolter 7 DM / im Abo 6 DM

Rolle des Islam; Frauen im Iran; Iran-BRD; Mahlein-Interview; 35-Stunden-Woche; Stahlstreik; Opposition im Ostblock; Antwort auf Marcuse, u.v.a. Abos (4 Nrn.) incl. Porto DM 27,–

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

Verlag Olle & Wolter
Postfach 4310, 1 Berlin 30

Hakenkreuze in der Schule

Lernprozesse im Umgang mit rechtsradikalen Schülern

Am 15.2.79 schrieb die FR über eine Frankfurter Schule: "Neonazistische Erscheinungen gehören an der OTTO-HAHN-Schule offensichtlich zum Alltag". Ist hier durch Zufall eine Hochburg neonazistischer Aktivitäten entdeckt worden? Anonyme Drohungen gegen den Schulleiter, den Verbindungslehrer und den Verfasser des folgenden Beitrags, der selbst Lehrer an dieser Schule ist. Was in den letzten Monaten an dieser Schule geschehen ist, kann heute oder morgen an jeder anderen Schule ebenso aufbrechen.

Chronologie der Ereignisse

Am 12.2.1979 beschloß die Gesamtkonferenz einstimmig, den Schüler N.N. mit sofortiger Wirkung der Schule zu verweisen, da er seit geraumer Zeit in brutaler Weise insbesondere ausländische Mitschüler mißhandelte, sie derartig bedrohte, daß einige Schüler aus Angst nicht mehr zur Schule kamen. Eine Empfehlung auf vorzeitige Ausschulung dieses Schülers erging schon im November 1978 an das Staatliche Schulamt. In einer langen Reihe von Begründungen für den Schulverweis wurde nach kontroverser Diskussion in der Gesamtkonferenz der Punkt aufgenommen, N.N. habe gegenüber einer Kollegin geäußert, "Leute wie Sie wären im Dritten Reich entweder im KZ gelandet oder an die Wand gestellt worden". Mit oder ohne diese Begründung, der Schulverweis wäre auf alle Fälle ausgesprochen worden.

Seit der Holocaust-Serie erschienen in der Schule je ein Flugblatt der "Deutsch-Völkischen-Gesellschaft", Sitz: Karlsruhe, und der NSDAP/AO sowie verschiedene Aufkleber dieser Organisation der Art "Rotfront verrekke" und "Kauft nicht bei Juden. NSDAP/AO" Bekannt war, daß sich N.N. einer neofaschistischen Organisation angeschlossen hatte, die sich vor ungefähr einem halben Jahr im benachbarten Bonames konstituierte.

Am 14.2.1979 erschienen gegen 11.25 Uhr drei Mitglieder der WIKING-Jugend, Untergruppe Rodgau, unter ihnen die WIKING-Funktionäre M. Satorski und St. Wagner, in schwarzen Uniformen – versehen mit der Odals-Rune – in der Schule, verlangten nach mir und versuchten, mich zur Rede zu stellen, weil ich "bekanntermaßen Kommunist" sei und angeblich verantwortlich sei, "daß einer unserer Leute gefeuert wurde". Vor der Schule wurden die Autos einzelner Kollegen fotografiert. Drohungen wie "dem D. wird bald was passieren", die einen Tag später von der Mutter des N.N. öffentlich als ernst zu nehmend bestätigt wurden, folgten, ebenso wie anonyme Drohbriefe und faschistische Hetzschriften. Durch den Schulleiter wurde der Staatsschutz, durch den SV-Verbindungslehrer die Presse informiert. Damit kam die ganze Kampagne ins Rollen: Statements, Resolutionen, Vollversammlungen, Gesamtkonferenzen, Dementis etc. etc.

Zur neofaschistischen Gruppe

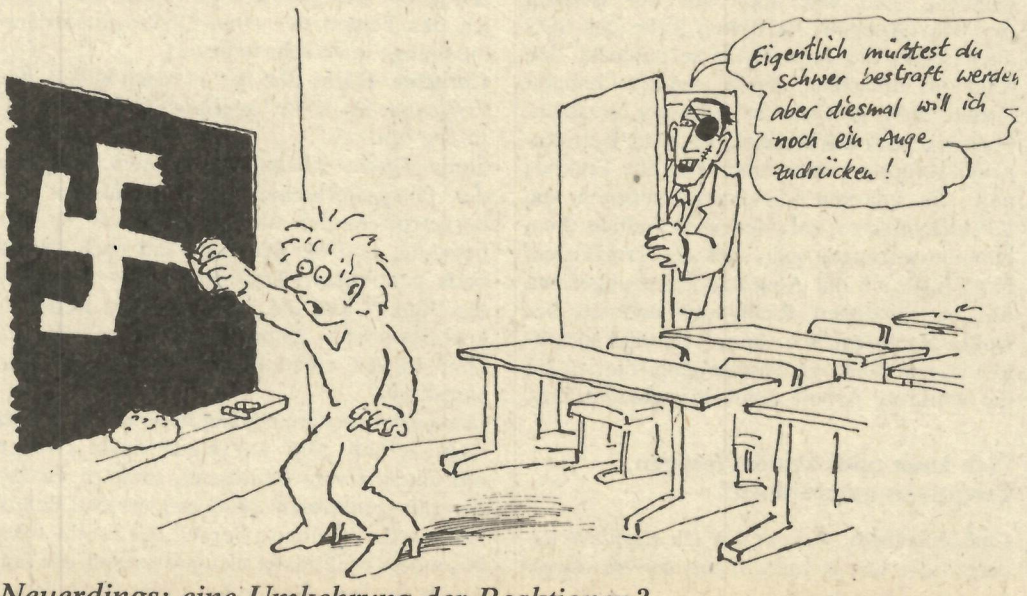
Nach meinen Informationen, die in erster Linie von Leuten aus der rechten Szene stammen, handelt es sich um eine aus ca. 15 bis 20 Mann bestehende Gruppe, der auch fünf Schüler der Otto-Hahn-Schule angehören, von denen einer eine zentralere Rolle spielt. Spiritus rector der Gruppe ist Erwin Schönborn vom Kampfbund Deutscher Soldaten, gleichzeitig Spitzenkandidat des Aktionskomitees Nationales Europa (ANE) zur Europa-Wahl. Die Gruppe selbst versteht sich der NSDAP/AO zugehörig. Querverbindungen in Form von intensiven oder loseren Kontakten bestehen zur Wehrsportgruppe Hoffmann, Sturm 7 und zur Aktionsfront Nationaler Sozialisten; die Gruppe ist bewaffnet. Ein Insider schätzt das Potential der gesamten bewaffneten Rechten Frankfurts auf ca. 120 Mann. Für den 1. Mai ist mit dem Auftreten der Frankfurter militanten Rechten auf den Mai-Kundgebungen zu rechnen.

Zur Arbeit der Schülerverwaltung

Die Schülerverwaltung begann sich schon vor dem Schulverweis des N.N. mit dem Problem Neofaschismus auseinanderzusetzen. Aufgeschreckt von den obengenannten Flugblättern und den Gewalttätigkeiten, besonders ausländischen Schülern gegenüber, wie sie zwar an jeder Schule vorkommen, von der SV der Otto-Hahn-Schule jedoch in einem politischen Zusammenhang gesehen und aufgegriffen wurden, legte der SV-Vorstand eine Resolution vor, die den Zusammenhang von Hetze gegen Minderheiten (Ausländer, Juden, Kommunisten) und faschistischem Gedankengut in prägnanter Weise darlegte. Kern der Resolution waren die Sätze: "Wir distanzieren uns voller Empörung von allen faschistischen Aktivitäten. Wir verurteilen sie und werden mit allen uns zu Hilfe stehenden Kräften jeder faschistischen Hetze **gerade auch gegen unsere ausländischen Mitschüler** entgegentreten." Diese Resolution wurde von der Klassensprecher-SV und der Vollversammlung der Klassen 7 - 10, trotz Einschüchterungen des durch die Presseveröffentlichungen verunsicherten Schulleiters – speziell gegen die Schulsprecherin und den Verbindungslehrer – verabschiedet und der Presse weitergeleitet. Das Verhalten des Schulleiters führte zu einer Spaltung der SV und bewirkte eine weitere Emotionalisierung innerhalb der Schülerschaft, die vom eigentlichen Problem zeitweise völlig ablenkte. Der Klassensprecher einer 10. Klasse deshalb u.a. in einem offenen Brief an den Schulleiter: "Polemiken und gehässig-aggressive Zwischenrufe waren neben Paragraphenjongliererei, die v.a. die Klassensprecher der unteren Jahrgangsstufen aus Unverständnis ratlos den Kopf schütteln ließ, Hauptbestandteil Ihres eines Demokraten unwürdigen Diskussionsstils, dessen logische Konsequenz in der Verschärfung der Konflikte besteht. Und das in einer Zeit, in der u.E. ein geeintes antifaschistisches Vorgehen der Schulleitung und Schülerschaft vonnöten wäre."

Die Formen des Agierens des Schulleiters gegenüber der SV und einzelner ihrer Vorstandsmitglieder, mit dem Ziel, die Vorfälle möglichst nicht in einer ihm nicht genehmen Form an die außerschulische Öffentlichkeit dringen zu lassen und das Problem des Neofaschismus insgesamt zu bagatellisieren, zog neue Konfliktdimensionen mit der GEW-Gruppe und Teilen des Kollegiums nach sich. Dies aber nur am Rande.

Auffallend und aufschlußreich war die Reaktion der Schülerschaft auf den Resolutionsentwurf der SV, der in allen Klassen während den SV-Stunden zum Teil mehrmals diskutiert und teilweise verändert wurde. Neben der breiten Zustimmung zur SV-Resolution solidarisierten sich eine Reihe von Schülern, überlagert durch den Schulverweis von N.N., in der Ablehnung der Resolution gegen die Institution Schule und ihrer Ordnungsmaßnahme "Schulverweis", mit dessen Hilfe – in ihren Augen – ein Mitschüler wegen seiner politischen Überzeugung der Schule verwiesen wurde. Ein dritter Teil der Schülerschaft weigerte sich, fast schon beharrlich, zum Inhalt und zur politischen Zielsetzung der Resolution Stellung zu nehmen ("nichts gehört"; "keine Informationen"; "kann mir keine Meinung bilden" etc.); dies waren durchgängig jene Schüler, die auch in der Frage der Ausländer in kleineren Diskussionskreisen latente bis offene Ausländerfeindlichkeit demonstrierten und offensichtlich sich durch den von der SV auch thematisierten "alltäglichen Faschismus", der nicht in faschistisch ausgewiesenen Parolen



Neuerdings: eine Umkehrung der Reaktionen?

kulminiert, betroffen bzw. bedroht fühlten. Es ist das Verdienst der SV, aufgezeigt zu haben, daß es neben den wenigen Neonazis (auch an unserer Schule) ein breiteres Terrain faschistoider Gesinnung und Verhaltenspraxis gibt, das in vielfältiger Weise durch schulische und außerschulische Sozialisationsprozesse mitvermittelt wird.

Zu einigen Entstehungsbedingungen des Neofaschismus

Im Zusammenhang mit der Holocaust-Diskussion wurde von der SV und der GEW-Gruppe die Durchführung eines Projekts zur Thematik "Neofaschismus/Jugendreligionen/Drogenabhängigkeit" diskutiert. Dieser thematische Vorschlag ging von der gemeinsamen Einschätzung aus, daß Rechtsradikalismus nur eine von mehreren Haltungen und Verhaltensdispositionen ist, mit denen Jugendliche in unserer Gesellschaft auf eine für sie oft perspektivlose Situation reagieren, in der die bisher üblichen (auch linken) Wert- und Normsetzungen für diese Jugendlichen realiter nicht mehr greifen. Denn eine Gesellschaft, die zunehmend unfähiger wird, **zentrale Sinnfragen der Jugend** zu beantworten, die soziale Unsicherheit, Ängste, Sinnlosigkeit und soziale Kälte produziert, schafft selbst die Basis für radikale "Lösungen" dieser Sinnfragen.

Auffallend bei den neofaschistischen Schülern unserer Schule, die alle den Hauptschulzweig besuchen, ist es, daß sie gesellschaftlichen Randgruppen entstammen, die familiäre Erziehung in fast allen Fällen der Mutter obliegt, die Familienverhältnisse als im bürgerlichen Sprachgebrauch "zerrüttet" gelten. Ihre Lebensgeschichte ist weitgehend die Geschichte gesellschaftlichen Ausgegrenztseins, des Nicht-Ernst-Genommen-Werdens, der tagtäglichen Zerstörung ihrer individuellen Identität durch Familie und Schule. Hakenkreuzschmierereien und faschistische Reizparolen bilden für diese Schüler in einer **ersten Phase** sicherlich ein Mittel sprachlosen und doch wirksamen Protestes gegen die für sie feindliche und zugleich abstrakte Umwelt, die sich für Schüler zu einem großen Teil in der Institution Schule bündelt. Nach der Liberalisierung des traditionellen Tabu-Bereiches 'Sexualität' bietet sich die Verwendung von Nazi-Symbolik als Möglichkeit gezielter Tabuverletzung geradezu an. Dennoch sollte nicht übersehen werden, daß zwischen Hakenkreuzschmierereien einzelner Schüler und neofaschistischer Überzeugung ein Unterschied klafft, der für Lehrer im Umgang mit diesen Schülern von entscheidender Bedeutung sein dürfte. Kaum mehr zu erreichen sind jene Schüler, die in der neofaschistischen Gruppe fest integriert sind und in der Person Erwin Schönborns eine Art Vaterfigur gefunden haben. Denn für diese Jugendlichen bietet die Gruppe Möglichkeiten von Identifikation, von Orientierungshilfen und Antworten: **einfache Antworten und Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme**. (N.N. beispielsweise: "Arbeitslosigkeit gibt es nicht, wenn die Kannacken raus sind"; "Unter Hitler wäre mein Vater kein Säufer geworden, da hätt' ich mehr Chancen gehabt".)

Diese Aussagen sind eine Art Schlüssel zur Erklärung der Tatsache, daß neofaschistische Organisationen derzeit verstärkten Zulauf von Jugendlichen bekommen. Denn neben oft zerrütteten Familienverhältnissen, schulischen Mißerfolgen sind weiterhin die mangelnden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt Ursachen für die Integration von Jugendlichen durch neofaschistische Gruppen. Denn diese Gruppen bieten kurzfristig alles das, was diese Jugendlichen in ihren Lebenszusammenhängen nicht finden: Geborgenheit, Zuneigung, Ernst-Genommen-Werden, Identifikation, Stärke durch Uniformierung und gemeinsames Auftreten, Gemeinsame Lagerromantik, die Faszination von Waffen, und klar hierarchisierte und durchschaubare Organisationsstrukturen (von oben nach unten) ergänzen dies.

Hinter den faschistischen Parolen und Attitüden verbirgt sich bei vielen Jugendlichen ein bestimmtes **Protestpotential**, das auf ein Defizit hinweist, welches diese Gesellschaft insbesondere bei Hauptschülern hinterläßt, ein Defizit, das durch neofaschistische Gruppierungen augenscheinlich zur Zeit eher aufgefangen wird als durch die Linke.

Als Faschist wird niemand geboren, zum Faschisten wird man gemacht. Und der Zugang der Faschisten zu bestimmten Sinnfragen, die Einlösung bestimmter Grundsehnsüchte, der Sehnsucht nach Geborgenheit, nach Identität, nach Zuwendung – verbalisiert in der Volksgemeinschafts- und Blut-und-Boden-Ideologie – funktioniert anders als bei der weitgehend rationalistisch und intellektuell verfahrenden Linken, die sich mit Sinnfragen schon immer schwer tat.

Während beispielsweise die neofaschistischen Gruppen den Jugendlichen Gewalt als essentiellen Bestandteil der Gruppe und der Lebenserfahrung anbieten, haben die Linken bislang immer nur ein instrumentelles Verhältnis zur Gewalt gehabt. Gewalt als ein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Die Gewalt der Faschisten dagegen ist andersartig; sie muß nicht legitimiert werden, sie ist da, ist Bestandteil der Lebenserfahrung dieser Jugendlichen: "Ich hau einem in die Fresse, bevor der mir eine reinhaut". Jemanden zusammenschlagen bedeutet, Herrschaft über ihn zu besitzen, bedeutet partielle Aufhebung der subjektiven Ohnmacht. Diese tägliche Gewalt braucht keine unmittelbaren Gründe, sie benötigt nicht einmal eine Ideologie. Ich habe viele linke Lehrer verständnislos reagieren sehen, wenn ein Schüler in der Pausenhalle wieder einmal "grundlos" zusammengeschlagen wurde. Faschistische Gewalt benötigt keine Gründe. Sie ist mit Einschränkung auch eine Reaktion auf die Gewalttätigkeit unserer Lebensverhältnisse; sie ist bei neonazistischen Jugendlichen eine Form der Auseinandersetzung mit ihrer Ohnmacht.

Wenn sich Neofaschismus als autoritäre politische Fluchtbewegung kennzeichnen läßt, so kann sich das Erlernen antifaschistischer Einstellungen nicht auf die Personengruppe neonazistischer Jugendlicher beschränken. Anknüpfungspunkt müßten die autoritären Sozialerfahrungen der Jugendlichen selbst sein. Denn die große Bereitschaft weiter Teile der Bevölkerung, Probleme autoritär zu lösen und sich in gesellschaftlichen Situationen, in denen die eigene Lebenserfahrung mit den gesellschaftlichen Prozessen nicht mehr sinnvoll integriert werden kann, auf einfach strukturierte Ordnungsmechanismen und Problemlösemuster zurückzuziehen, wird Jugendlichen tagtäglich vorgelebt. Solange die Wurzeln dieses anti-demokratischen Handelns nicht beseitigt sind, hält die Gefahr des Umschlagens von autoritärem Denken in faschistisches Den-

edition suhrkamp

Maurice Dobb
Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith
Eine nationalökonomische Dogmengeschichte
es 765, DM 9,–

Rossana Rossanda, Lucio Magri u.a.
Der lange Marsch durch die Krise
es 823, DM 9,–

Michael Müller
Die Verdrängung des Ornaments
Zum Verhältnis von Architektur und Lebenspraxis
es 829, DM 10,–

Russell Jacoby
Soziale Amnesie
Eine Kritik der konformistischen Psychologie von Adler bis Laing
es 859, DM 7,–

Umwälzung einer Gesellschaft
Zur Sozialgeschichte der chinesischen Revolution (1911–1949). Herausgegeben von Richard Lorenz
es 870, DM 14,–

Der hilflose Sozialstaat
Jugendarbeitslosigkeit und Politik. Herausgegeben von Gero Lenhardt
es 932, DM 14,–

D. Puls, E. P. Thompson u. a.
Wahrnehmungsformen und Protestverhalten
Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert
es 948, DM 13,–

Giuliano Scabia
Das große Theater des Marco Cavallo
Phantasiearbeit in der Psychiatrischen Klinik Triest. Vorwort von Franco Basaglia
es 970, DM 10,–

In allen Buchhandlungen.
Prospekte durch Suhrkamp Verlag, Suhrkamp Haus, 6 Frankfurt 1.

Der

Informationsdienst
südliches afrika

wird herausgegeben von der Informationsstelle Südliches Afrika e.V. und der Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und West-Berlin e.V. Er erscheint monatlich und bringt Nachrichten, Dokumente und ausführliche Analysen über die aktuellen Entwicklungen im Südlichen Afrika und die Beziehungen der BRD zu dieser Region.

Umfang monatlich 32 Seiten
Einzelpreis: DM 3.–
Abo incl. Porto: DM 30.–

Schwerpunktthemen Ende 1978
Heft 7/8 1978 Südafrika in der Schule (Unterrichtsmaterialien)
Heft 9 1978 Frontstaaten
Heft 10/11 1978 Atomgeschäft Bundesrepublik–Südafrika
Heft 12 1978 Der Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik– Südafrika

Schwerpunktthemen Anfang 1979
Heft 1/2 1979 Südafrika–Iran: Versiegt der Ölstrom?
Heft 3 1978 Krügerrand

Der gesamte Jahrgang 1978 des Informationsdienstes ist übrigens im Rückabo zum Sonderpreis erhältlich. Statt für DM 30.– sind die 10 Hefte für nur DM 25.– erhältlich (zzgl. Porto).

ISSA publiziert und vertreibt außerdem umfangreiche andere Literatur zum Südlichen Afrika. Fordern Sie unsere Bücher- und Materialliste an, wenn Sie mehr darüber wissen wollen.

Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA)
Blücherstr. 14, 5300 BONN
Tel.: 02221/ 21 32 88

Projekt: Kooperative Bremen

In Bremen besteht seit einiger Zeit eine Kooperative, die sich folgende Ziele gesetzt hat:
- **Kurse zur Jugendbetreuung anzubieten**
- **Lehrlinge auszubilden und**
- **alternative Produkte herzustellen – als einen Teil der Lehrlingsausbildung – die zur Reproduktion der dort arbeitenden Leute dienen sollen.**

Die Kooperative hat einen Nutzungsvertrag mit der Stadt Bremen über Gebäude mit einer Grundfläche von ca. 1.500 qm.
Mittlerweile bestehen je eine Elektronik-, Metall- und Holzwerkstatt; außerdem noch ein Laden und ein im Bau befindliches Jugendcafe.
Das Projekt wird vom Jugendsenat gefördert, der bereit ist, wenn das Projekt tatsächlich läuft, ca. 80.000-100.000 DM zur Verfügung zu stellen.
Vorgesehen ist, daß dort 30 Jugendliche und 7 Erwachsene als Anleiter arbeiten. Bislang besteht aber nur eine – nach langen Auseinandersetzungen ziemlich gefestigte – fünfköpfige Gruppe.
GESUCHT WERDEN handwerklich qualifizierte Leute, die gleichzeitig Interesse an Jugendarbeit und zusätzlich didaktische Kenntnisse haben. Sehr erwünscht sind Berufsschullehrer, aber auch ausgebildete Handwerker. Laut Auskunft ist die eigene Reproduktion gesichert. Die Kooperative wird wahrscheinlich in nächster Zeit auch vom Netzwerk – Berlin mitfinanziert werden.
Unsere Kontaktadresse läuft über Ulf Peters. Er ist Elektroingenieur und Berufsschullehrer und beginnt im Herbst mit der geplanten Lehrlingsausbildung zum Elektroinstallateuer als Anleiter.
Also, wenn ihr sinnvolle Dinge produzieren wollt und euch nicht auf ein geruhsames-geregeltes Angestelltendasein festlegen laßt, dann meldet euch bei: Ulf Peters, Vierfeld 6, 28 Bremen, Tel. 0421/702289 oder 0421/73060.

ken und Handeln in gesellschaftlichen Krisensituationen unvermindert an. Können Lehrer dagegen pädagogische Strategien entwickeln, die auch in emotionaler Hinsicht antifaschistische Einstellungen ermöglichen bzw. fordern?

Neofaschismus als "pädagogisches" Problem

Der Hessische Elternverein und anonyme Briefe, die uns erreichten, strickten sehr schnell an der Argumentation, Rechtsradikalismus sei nur die Reaktion von Schülern auf die Indoktrination durch linksradikale Lehrer an unserer Schule. Nun, diese "Argumentation" stimmt nur insofern, als Hakenkreuzschmierereien und Judenwitze sich augenblicklich – und dies nicht nur an unserer Schule – als wirksame Provokationen gegenüber jenen Lehrern erwiesen haben, die sonst einen sehr integrativen und liberalen Umgang mit Schülern und deren Konflikten pflegen. Es verschafft Schülern offensichtlich ein Gefühl subjektiver Befriedigung, wenn sie Lehrer plötzlich völlig ausflippen sehen, wenn dies überdies Lehrer sind, die den Schülern durch ihren liberalen Führungsstil kaum Möglichkeiten bieten, sich über ihre Person an der Institution Schule abzuarbeiten. Diese Erfahrung war für uns neu. Und unsere Reaktion, autoritär und moralisch auf solche Provokationen zu reagieren, damit sui generis einer weiteren Tabuisierung des Faschismus-Problems Vorschub zu leisten, war nicht mehr als der Ausdruck unserer Hilflosigket. Hilflos auch deswegen, weil es verschiedentlich schwerfiel, sich mit dem Gedanken abzufinden, daß gerade "unsere" Schüler latent neofaschistischen Einstellungen zugänglich sind. Neu war auch die Erkenntnis, daß es vor allem Schüler der 7. und 8. Klassen sind, die in das Umfeld der neofaschistischen Bewegung geraten sind. Es bleibt abzuwarten, wie sich unser Versuch gegen die Rahmenrichtlinien, die die Behandlung des Faschismus nur in den 9. und 10. Klassen vorsehen, die Thematik jahrgangsspezifisch in den Klassen 5 bis 10 zu behandeln, auswirken wird. Angesichts der allgemein erkannten Wirkungslosigkeit politischer Bildung in der Schule, bleibt Skepsis angeraten; gleichzeitig bleibt die Aufforderung an die Lehrer, nach veränderten Zugängen und veränderten Methoden zur Behandlung des Themas Faschismus zu suchen. Seit Jahren setzten wir den Schülern "saubere" historisch-politische und ökonomische Ableitungen und Berge von Informationen vor und verzweifeln, wenn die Schüler sie nicht so verarbeiten, wie wir es erwarten. Das gilt für das Phänomen Neofaschismus ebenso wie für Jugendreligionen, der Faszination für bestimmte Symbolismen (Ritterkreuze, Odals-Runen, Hakenkreuze etc.), die für uns einen völlig anderen Stellenwert besitzen als für die Jugendlichen, die sie tragen. Wir überbieten uns derzeit deswegen in hilflosen Reaktionen, weil unsere traditionelle politische Begrifflichkeit ins Wanken geraten ist.
Beispielsweise habe ich fassungslos reagiert, als ich erleben mußte, daß eine Schülerin neben dem Frauenkalender Propaganda-Material der NSDAP/AO in ihrer Tasche trug und dies keineswegs als widersprüchlich empfand, sondern mir zu erklären versuchte, daß sie als Frau in ihrer neonazistischen Gruppe zum erstenmal anerkannt worden sei. PLO-Ausweise, Anti-AKW-Plaketten und Palästinenserschals, Kennzeichen von Aktionsfeldern der Linken, gehören inzwischen zum Repertoire der militanten Rechten.
Eine Analyse des Neofaschismus, die an der "offiziellen" Ideologie dieser Gruppen stehenbleibt oder sich im traditionellen Rahmen linker Faschismus-Diskussion bewegt, hilft wenig weiter. Mir stellen sich andere Fragen, auf die ich bislang keine hinreichende Antworten weiß, so zum Beispiel:
a) Wie wird jemand zum Faschisten oder Sozialisten?
b) Inwieweit unterscheidet sich der faschistische Zugang zu Sinnfragen von dem der Sozialisten?
c) Welche sozialpsychologischen Dispositionen wirken bei Jugendlichen in Richtung faschistischer Einstellungen? Wo sind Ansätze antifaschistischer Überzeugung zu suchen und was können wir Linke im schulischen und außerschulischen Bereich Jugendlichen bieten?

d) Kann man im derzeitigen schulischen Rahmen die gesellschaftlichen Ursachen von Rechtsextremismus in geeigneter Weise konterkarieren?
Schule ist im wesentlichen eine auf Selektion und Verhaltensanpassung ausgerichtete Institution. Die Frage bleibt, inwieweit man als Lehrer durch Aufbrechen der herkömmlichen Unterrichtsstruktur (Projekte, Verlängerung der schulischen Arbeit in den außerschulischen Bereich: Unterstützung von lokalen Jugendzentren etc.) bei Jugendlichen Verhaltensänderungen erzielen kann. Allein eine aufklärerisch intendierte intellektuelle Aufarbeitung jugendlicher Alltagsprobleme im schulischen Rahmen, obwohl natürlich unabdingbar, dürfte dazu nicht ausreichen. Für uns Sozialisten muß die Aufgabe, Widerstand gegen Faschismus und "alltäglichen Faschismus" an den Schulen zu organisieren und praktisch wirksam werden zu lassen, aber auch heißen, unsere politischen Theorieansätze infragezustellen und neu zu überdenken. Lösungen dieses Problems sind zur Zeit nicht in Sicht.

PETER DUDEK

★

Die verlorene Generation

Zum Tode von Alfred Kantorowicz

Kürzlich starb in Hamburg Alfred Kantorowicz. Er war KPD-Mitglied, Sekretär des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, Herausgeber des Braunbuchs über den Reichstagsbrand und einer der letzten Überlebenden der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. Er verkörperte die "verlorene Generation" der Besiegten im Weltbürgerkrieg der ersten Hälfte unsere Jahrhunderts. Von seiner Generation scheinen uns heute Welten zu trennen. Es besteht die Gefahr, daß seine Erfahrungen, die er mit großer Energie über lange Jahre aufgezeichnet hat, mit ihm verloren gehen. Zumindest waren sie in den letzten zehn Jahren nicht sonderlich gefragt. Daß sein Tod uns daran erinnern mußte, daß es ihn noch gab, ist das letzte Kapitel seiner Tragödie.

Alfred Kantorowicz ist gestorben. Sich seiner aus diesem Anlaß zu erinnern, ist so, wie wenn man einer längst verstorbenen Generation den verspäteten Nachruf hinterherschickt. Alfred Kontorowicz war einer der letzten noch lebenden Angehörigen der Internationalen Brigaden des Spanischen Bürgerkriegs. Der Bürgerkrieg war bei uns lange ein Ereignis, das man verdrängte. Zu eindeutig hieß damals die Alternative Sozialismus oder Barbarei. Die Mitglieder der Brigaden von damals waren unangenehme Zeugen. Nicht nur in der Bundesrepublik. Für viele von ihnen war der Bürgerkrieg das Ereignis, bei dem sie das erste Mal mit dem Stalinismus Erfahrungen machen konnten. Viele der Überlebenden aus den Brigaden wurden in Ost und West dazu benötigt, Teile ihres Gedächtnisses zu verlieren. Manche hat man ins Museum gesperrt, viele zum Kotau gezwungen.

Auch Kantorowicz ist auf schmerzhafte Weise in diese Verdrängungsmaschinerie geraten. Nach seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil ging er in die DDR. Als man sein spanisches Kriegstagebuch in die "Bibliothek Fortschrittlicher Deutscher Schriftsteller" aufnehmen wollte, entschied das Politbüro der SED 1951: "Man ist der Meinung, daß dieses Buch nicht in die Bibliothek Fortschrittlicher Deutscher Schriftsteller gehört. Es ist voller Schwächen und nicht das Spanienbuch, was wir brauchen. Das Buch bringt eine gute Milieuschilderung, ist aber zweifellos vom Gesichtswinkel der Intellektuellen aus geschrieben. Es läßt den Parteistandpunkt vermissen. Sowohl die Rolle der spanischen Kommunistischen Partei als auch der entscheidende Anteil und die Rolle der deutschen Kommunisten am spanischen Befreiungskampf bleiben nahezu unberücksichtigt."

Nachdem Kantorowicz 1956 in die Bundesrepublik gegangen war, schrieb er im Nachwort zum "Spanischen Bürgerkrieg" als Antwort auf die Kritik, er habe die Brigadisten zu freundlich gezeichnet:

"Als Deutscher in der Bundesrepublik, wo die triumphierenden 'Legionäre Hitlers' (er meinte die Legion Condor, die Guernica auslöschte, J.H.) sozial und materiell bevorrechtigt sind, während man die nicht mehr als acht bis zehn hier überlebenden Verteidiger der spanischen Republik aus der Sicht und mit dem Vokabular der Goebbels-Propaganda als 'Rotspanienkämpfer' bis zur Existenzvernichtung diskriminiert, fällt es mir schwer, Ungutes über meine vormaligen Kameraden der Internationalen Brigaden zu sagen ..."

Augenzeuge, nicht Kronzeuge

Es hat lange gedauert, bis man sich hier öffentlich des Spanischen Bürgerkriegs erinnerte. Die Geschichtswissenschaft nahm sich des Krieges an. Für die professionelle Leichenschau wurde Alfred Kantorowicz zur Quelle. Trotz schlimmer Erfahrungen mit einer stalinistischen Bürokratie in Spanien, hatte er sich zuvor zum antikommunistischen Kronzeugen nicht geeignet.

Trotz seiner Erbitterung hat er unerschütterlich an einer Erfahrung festgehalten, die Orwell in seinem Spanien-Buch "Mein Katalonien" zu einem Zeitpunkt, als er längst von der Gewalt des Stalinismus wußte, so formuliert hat: "Erst wenn der Krieg gewonnen war, sollten die politischen und sozialen Probleme gelöst werden, aber bis der Krieg gewonnen ist, könnte jeder Streit über diese Probleme nur die vereinte Front gegen Franco schwächen."

Kantorowicz stand dazu und schrieb 1966: "Mit der doppelten Moral, die sich hier in allen ungeklärten Fragen der belasteten Vergangenheit eingebürgert hat, würde man vor allem hören wollen, was die Internationalen pauschal verteufelt und die Intervention Hitlers rechtfertigt. Das fehlte gerade noch!"

Der Verdrängungsprozeß, durch den die spanischen Erfahrungen des Alfred Kantorowicz zum bloßen Quellenmaterial herabgebracht wurden, hat dazu geführt, daß der Journalist und Germanist, das KPD-Mitglied und der Emigrant Alfred Kantorowicz beinahe unbekannt geblieben ist. Dabei hat er wie kaum ein anderer mit äußerster Anstrengung und Disziplin versucht, seine Erlebnisse denkend durchzuarbeiten. Das Resultat sind eine Vielzahl von Zeitungsartikeln und einige Tagebücher. Es ist fast unvorstellbar, mit welcher Disziplin er sich in den schwierigsten Situationen zu Aufzeichnungen zwang und diese immer wieder vor der Vernichtung zu retten verstand.

Alfred Kantorowicz war kein großer Theoretiker. Die Erfahrungen des Augenzeugen und Akteurs im "Weltbürgerkrieg" während der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erschließen sich nur einem entfalteten historischen Bewußtsein. Ihre Verarbeitung steht also noch aus.

"Die zwei Deutschland"

Er selbst hat immer wieder die Voraussetzungen benannt, unter denen er seine Erlebnisse reflektierend zu durchdringen versuchte. Schon als er als Freiwilliger jüdischer Herkunft in den 1. Weltkrieg zog, war das Deutschland, das er zu verteidigen glaubte, das eines Goethe. Daß die deutschen Revolutionen immer nur im Kopf stattgefunden hatten, die reale Barbarei in Deutschland in immer neuen Formen bis hin zum Faschismus sich fortsetzte, hat auch später noch bei Kantorowicz zu dem Schluß geführt, es gäbe zwei Deutschland. Es war für ihn klar, daß die Herrschaft von Vernunft und Freiheit, die die deutsche Klassik, Heine oder Heinrich Mann, immer wieder gefordert hatten, in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht zu realisieren waren. Dies hat ihn zur KPD gebracht. Der Faschismus war für ihn Rückfall einer zerfallenden bürgerlichen Gesellschaft hinter die bürgerliche Revolution,

Alfred Kantorowicz
geboren 1899 in Berlin
Soldat im 1. Weltkrieg
Literaturkritiker der "Vossischen Zeitung"
1931 Eintritt in die KPD
Februar 1933 Emigration nach Frankreich
Generalsekretär des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller in Paris. Herausgeber des Braunbuchs über den Reichstagsbrand. Plan zu einer "Bibliothek der verbrannten Bücher" nach der Bücherverbrennung der Nazis.
1936 Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg
1941 Emigration in die USA aus dem besetzten Frankreich
1946 Rückkehr nach Deutschland
Gründet die Zeitschrift "Ost-West", die bald aufgelöst wurde
Professor für Neue Deutsche Literatur an der Humboldt-Universität
1957 nach dem Ungarn-Aufstand Flucht aus der DDR in die Bundesrepublik
Er hat zahlreiche Bücher verfaßt und herausgegeben (u.a. war er in der DDR Herausgeber der Werke von Heinrich Mann, seinem Vorbild)
1936 "In unserm Lager ist Deutschland"
1959/61 Deutsches Tagebuch I und II
1964 Deutsche Schicksale
1966 Spanisches Kriegstagebuch
1967 Im 2. Drittel unseres Jahrhunderts
1971 Exil in Frankreich

Besetzung des humanen Deutschland durch braune Invasionstruppen. Mit dem humanen Deutschland der Vernunft hat er sich immer verbunden gefühlt. Sein Sieg bedeutete für ihn der Sieg der Arbeiterklasse. Zugleich aber bestand er darauf, daß eine sozialistische Gesellschaft nur dann diesen Namen verdienen würde, wenn sie die Freiheitsversprechen der bürgerlichen Revolution eingelöst hatte.
Ungeist und Anti-Intellektualismus waren für Kantorowicz die widerlichsten Merkmale einer verrottenen alten Ordnung. Die schärfsten Worte gegen den Faschismus fand er anläßlich der Bücherverbrennung der Nazis. Sie hatten damit für ihn die scharfe Trennungslinie zwischen den beiden Deutschland gezogen:
"Intellektuell disziplinlosen Studenten à la Goebbels und vielen der in vierjährigen Kriegen verwahrlosten jungen Männer, die nichts erlernt hatten als das Waffenhandwerk . . ., waren die Kampfrufe Hitlers gegen die geistige Tradition Europas, sein hemmungsloser Haß gegen intellektuelle Redlichkeit (und den Intellekt schlechthin) Balsam, Selbstbestätigung und Stimulans . . . Nach dieser Logik durfte sich jeder Halbalphabet, Ignorant und Schreihals zum "Führer geboren und erwählt" fühlen. Der Demagoge diffamierte den Denker als "undeutsch". Der Stentor hetzte das Volk auf, den Mentor ins Konzentrationslager zu sperren . . ."

Mißlungenes Experiment

Es waren wohl seine bittersten Erfahrungen, als er den verhaßten Anti-Intellektualismus in der Arbeiterbewegung selbst entdecken mußte, bei ihren Funktionären.
Als er gegen die Intention stalinistischer Funktionäre die Geschichte seines spanischen Bataillons wahrheitsgetreu aufschreiben wollte, hätte ihn dies fast das Leben gekostet. Die "Lieblinge der Partei" waren nicht gebührend berücksichtigt, "trotzkistische Abweichler" zu gut weggekommen usw. Er verdankte es dem Eingreifen Togliattis, daß er in Spanien nicht kurzerhand liquidiert wurde.
Er hat lange gezögert, aus seiner Entdeckung persönlich die Konsequenz zu ziehen. Er hat seine intellektuelle Redlichkeit dabei schwersten Proben unterzogen. Er wußte etwas davon, daß die Menschen ihre Geschichte "nicht unter selbstgewählten Umständen machen". Er hat seine Erfahrungen lange als Ausdruck der "Kinderkrankheiten des Kommunismus" verstanden. Er berichtet über ein Gespräch mit Kisch: "Immer wieder fragten wir uns, kommen uns solche Gedanken nur, weil wir "kleinbürgerliche Intellektuelle" sind, über die die proletarische Revolution gnadenlos hinweggehen wird? Sind wir im Unrecht? Oder könnte nicht das, was wir aus Parteidisziplin verschweigen: Zweifel und Protest, das Wort sein, das nicht nur uns erlöst???"
Erst 1957 verließ er die DDR nach den Ereignissen in Ungarn und der Kampagne gegen Lukacz.
Es war ein langsamer Gang ins Schweigen. Ab 1968 hat er sich zu aktuellen Ereignissen öffentlich nicht mehr geäußert. 1967 hatte er resümiert, daß sein bisheriges Leben von schwerwiegenden Irrtümern bestimmt gewesen sei. Als "mißlungenes Experiment" aber stand er zu seinen Erfahrungen. Über die DDR schrieb er:
"Das Mißverhältnis zwischen dem Erlösungsgedanken im Marxismus, der auf Menschenrechte bedacht war und der die Menschlichkeit mißachtenden Autokratie Ulbrichts war so kraß, daß das Ende des Widersinns bei der jeweils nächsten Wegbiegung zu erwarten stand. Das war der eine beharrliche Irrtum, den ich erst nach dem abermaligen Rückschlag Ende 1965 preisgab." . . . "Unser Weg hat uns aus dem 'Reich der Notwendigkeit' nicht in das verheißene 'Reich der Freiheit' geführt, sondern in die Sackgasse".
Die beiden Deutschland waren ihm zunehmend zu einem geworden: "Deutschland: das ist eine Minderheit! – Der Satz steht als Motto meinem in der Mitte der zwanziger Jahre geschriebenen Studentenschauspiel "Erlangen" voran: eine tröstliche Selbstermutigung nach trübseligen Erlebnissen in der fränkischen

Spanischer Bürgerkrieg: Soldaten der faschistischen Rebellenarmee führen Republikaner ab.

Hochburg der völkischen Studentenverbindungen, die das "Dritte Reich" in nuce vorwegnahmen. Mit so einem Satz kann man lange durchhalten, sei die Minderheit klein oder groß, aber nach Jahrzehnten fragt man sich, ob diese unter den verschiedensten Regierungsformen in Deutschland immer wieder diskriminierte, verfolgte, ausgetriebene oder in die Katakomben getriebene Minderheit das gesuchte Deutschland sei ...

Dies lang verdrängte Bewußtwerden der Erkenntnis, daß Hitler so "undeutsch" nicht war, macht sich in den spärlichen Veröffentlichungen des letzten Jahrfünfts geltend. Ich mußte mir eingestehen, daß die Außerkraftsetzung der einst verbürgten Menschenrechte kein unseliger Zufall war, sondern ein Element der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Aufklärung war rückgängig gemacht worden. Die Kaschemme gegen den Geist mobilisiert. Der Hinterwald, der 1945 gelichtet schien, ist rasch nachgewachsen und wuchert erneut. Wir leben unter der Vormundschaft der Gegenaufklärung."

Überlebender einer verschollenen Epoche?

Was bedeuten für uns die Erfahrungen des Alfred Kantorowicz? Der Spanische Bürgerkrieg ist für die meisten von uns ein mythisches Ereignis ferner Tage. "Denn wir haben Lieder, die schönen Lieder, wir haben nur Lieder davon". Es gibt vieles am Leben dieses Mannes, bei dem es uns unbehaglich wird. So ließ er sich in der DDR einst zu einem Aufsatz mit dem Titel "Stalin – der Humanist" nötigen. In seiner Erbitterung sprach er später vom "Faschismus in der DDR". Kommt nicht dies einer Verharmlosung des Faschismus gleich, ebenso wie seine Auffassung von den "braunen Invasoren" aus dem Hinterwald? Hemingway, ein Freund des Alfred Kantorowicz, sprach von seiner Generation als einer "verlorenen". Kantorowicz scheint der Verlierer im "Weltbürgerkrieg" zu sein, dessen Erfahrungen kaum mehr gefragt sind.

Die Person des Mannes selbst machte es schwer, ihn anders zu sehen als einen der letzten Überlebenden einer verschollenen Epoche. Alfred Kantorowicz erschien auch in seinen Aufzeichnungen als karger, disziplinierter und ungewöhnlich ernsthafter Mann aus jener Generation linker Intellektueller, die über sich sagte: "Meine Person interessiert mich nicht" und nur dann über sich in der ersten Person sprach, wenn sie davon überzeugt war, Akteur oder Zeuge historischer Ereignisse zu sein. Erfahrung war für sie nie bloß interessantes Erlebnis.

Auf den ersten Blick bleibt von ihm allemal die Erinnerung an einen Menschen, der für seine Einsichten dramatische lebensgeschichtliche Brüche auf sich nahm und für den es immer nur die Einheit von Gedanke und Handeln gegeben hat. Vielleicht wird man aber über, den Respekt gegenüber der Person hinaus, sich auch einmal einige seiner wesentlichen Erfahrungen aneignen.

Notwendig wäre das sicherlich heute schon. Aus seinen Aufzeichnungen wird deutlich, daß der Stalinismus nicht nur die Geschichte von Gulag ist, sondern die Geschichte zahlloser Tragödien mutiger und integrer Linker, die in der schier aussichtslosen Lage waren, sich zwischen Faschismus und Stalinismus, zwischen Stalinismus und militantem Antikommunismus behaupten zu müssen.

Die Erfahrungen des Alfred Kantorowicz könnten helfen, daß in der heutigen Debatte über den "real existierenden Sozialismus" Geschichtslosigkeit und neuer (alter) Antikommunismus nicht unter der Hand unheilige Allianzen eingehen.

Kantorowicz hat mit großem Scharfsinn Formen und Folgen des Anti-Intellektualismus aufgezeichnet. Auch hier wäre dann zu lernen, wenn in der politischen Arbeit Empörung und Bedürfnis weit höher im Kurs stehen als die Anstrengung des Gedankens.

Als Kantorowicz seine Erfahrungen niederschrieb, dachte er sicher nicht daran, daß sie lediglich Appell an einzelne Individuen sein sollten. Er hoffte auf Umstände, in denen sie politisch nützlich werden könnten. Ob es die zur Zeit gibt?

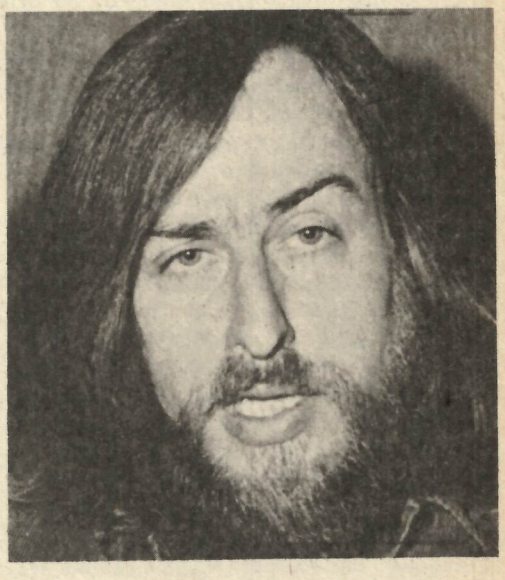
JENS HUHN

Unterstützt Hannes Heer

Das Bonner Landgericht hat Hannes Heer wegen Beteiligung an einer Demonstration gegen den japanischen Kaiser in Bonn zu einer Geldstrafe von 1.200 DM verurteilt. Die wirkliche Strafe besteht allerdings darin, daß man ihm die Prozeßkosten in Höhe von 40.000 DM auferlegt. Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros hat auf das Solidaritätskonto für Hannes Heer 1.000 DM überwiesen. Unterstützt Hannes Heer! Spenden auf das Konto Günther Dey, Deutsche Bank Bremen, Konto-Nr. 45 59 837.

Haftstatus normalisiert, Vollzugsplan in Kraft

Von Peter Paul Zahl



I. Vorgeschichte

Nachdem ich im November 1976 aus der JVA Köln-Ossendorf, ohne über eine "Zuweisungsanstalt" gelaufen zu sein, in die nicht zuständige Anstalt Werl, Westfalen, verlegt worden war, beantragte ich

- die Aufhebung der "Maßnahme der Häftlingsüberwachung", die seit dem 28.2.1975, nach der Lorenz-Entführung, vom BKA initiiert, in Kraft getreten war und vorsah, daß meine "Kontaktpersonen" (Besucher, Leute, die mir schreiben; Knackis, mit denen ich Umgang hatte) "formularmäßig" dem BKA gemeldet und mit Telefon, Handschriftenprobe, Nebenadressen, Ausweistext im BeFa 7-System im Computer PIOS landen, und daß meine Besuche durch LKA-Beamte überwacht werden. Wie sich aus den nun vorliegenden Akten ergibt, hat das BKA die Lorenz-Entführung zielstrebig benutzt, den laut Gesetz zuständigen "Herrn des Verfahrens", den Untersuchungsrichter, völlig zu entmachten – in bezug auf eine bestimmte "politisch motivierte Tätergruppe" – und die Vorherrschaft im Justizvollzug zu übernehmen.

Ferner beantragte ich

- die Erstellung des für jeden Gefangenen gesetzlich vorgeschriebenen Vollzugsplans, der nach einer Untersuchung, wie "gefährlich" oder "kriminell gefährdet" ein Häftling sei, Modalitäten abklärt wie: welche Anstalt ist zuständig?, welche schulischen, beruflichen, gesundheitlichen etc. Maßnahmen sind zu treffen, den Knacki zu "resozialisieren"?, wann kommen Vollzugslockerungen in Frage usf. Beide Anträge wurden verweigert. Ich beschritt den Rechtsweg.

II. "Maßnahmen"

Wer die Entführung des CDU-Politikers Lorenz so trefflich nutzte, Verfassung und Recht in bezug auf bestimmte Gefangene aufzuheben, wußte die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer für seine Zwecke auszunutzen. Die Entrechtung der Gefangenen wurde fortgeschrieben, ja nun Gesetz: ohne richtig informiert worden zu sein, verabschiedeten die Mitglieder des westdeutschen Bundestages das sogenannte "Kontaktsperregesetz". Die Folgen sind bekannt.

Im Anschluß an die Kontaktsperre arbeiteten die Herren des Morgengrauens, BKA und LKA, erneut daran, die Schraube anzudrehen und die Haftsituation für nunmehr fast 200 Gefangene in dieser Republik ins Unerträgliche zu steigern. Die Totalisolierung für sie wurde Norm. Ein Resultat einer derartigen Sonderbehandlung ist z.B. die ruinierte Gesundheit von Werner Hoppe. So wie die Dinge liegen, werden die drei Gefangenen im Sondertrakt der JVA Celle (darunter K.H. Dellwo) die nächsten Opfer sein. Die "Maßnahmen der Häftlingsüberwachung" traten auch für die Gefangenen in Kraft, die vom BGH nachträglich von der Kontaktsperre ausgenommen worden waren, darunter P.P. Zahl. Ein Katalog der "Maßnahmen" in Anstalten Nordrhein-Westfalens wurde von einer An-

staltsleiterkonferenz am 24.10.1977 im Justizministerium Düsseldorf erarbeitet. Er wuchs nicht auf eigenem Mist, sondern stammt aus den Schubladen des BKA. Am 6.12.1977 machte Dr. Diether Posser diese "Maßnahmen" rechtskräftig, sie wurden per "Erlaß" abgesegnet.
Dem Anstaltsleiter ist es nur in bescheidenem Rahmen möglich, einzelne "Maßnahmen" auszusetzen oder abzuändern. Er ist "weisungsgebundener Beamter", er erhält seine "Anweisungen von oben". "Oben" aber ist nur formal der Justiz-, oben ist in Wahrheit der Innenminister.
Da weder der Anstaltsleiter Werl, noch sein Vorgesetzter, der Präsident des Justizvollzugsamts Hamm, meinen Anträgen nachkam, ein Verwaltungsvorverfahren also abgeschlossen war, legte ich Widerspruch gemäß § 109 Strafvollzugsgesetz beim Landgericht Arnsberg ein. Die Erstellung eines Vollzugsplans wurde von der 7. Strafvollstreckungskammer dort abgelehnt. Mein Anwalt, RA Lutz Eisel, mußte Rechtsbeschwerde beim OLG Hamm einlegen. Dieses half der Beschwerde ab:
- mit **Beschluß vom 28. April 1978 – Az 1 Vollz (Ws) 44/77 OLG Hamm** wurde "der Leiter der JVA Werl verpflichtet, für den Beschwerdeführer einen Vollzugsplan gemäß § 7 StVollzG zu erstellen". Der "Vollzugsplan" jedoch konnte erst wirksam werden, nachdem die "Maßnahmen" gefallen oder zumindest stark eingeschränkt waren. Die Behörden kamen in Zugzwang.

III. Widerspruch

Nachdem Anstaltsleiter Werl und Vollzugsplan auch die "Maßnahmen der Häftlingsüberwachung" nicht abschafften, da an den Erlaß des Justizministers gebunden, lag der Widerspruch gemäß § 109 StVollzG zunächst monatelang, schließlich 1/2 Jahr beim LG Arnsberg herum. Ja, die Strafvollstreckungskammer sah sich gar außerstande, den Erlaß beim Justizminister anzufordern! Eine Judikative, die die Exekutive laut Verfassungsauftrag kontrolliert, gibt es in Arnsberg nicht. Da der "Erlaß" vom Justizminister stamme, sei er "Antragsgegner", zuständig mithin das Landgericht Düsseldorf. Der Berichterstatter der zuständigen Strafvollstreckungskammer dort ersuchte das Justizministerium um Stellungnahme bis Ende Februar 1979. Diese eile, schließlich stamme der Antrag aus dem Jahr 1977! Der Richter schälte den Kern der Rechtssache klar heraus: ob und wie die Polizei in den Strafvollzug dermaßen "hineinwirken" dürfe. Dies sei "angesichts der klaren Trennung" der Ressorts fraglich (mithin verfassungswidrig!).
Inzwischen schalteten sich auch Humanistische Union Berlin und die Schriftstellerkollegen ein. In seinem "Offenen Brief" ("Zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten", RoRoRo-TB) an die Justizministerin Nordrhein-Westfalen, Frau Inge Donnepp, machte der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier und das Mitglied des westdeutschen PEN-Zentrums, Bernt Engelmann, klar, man sei nicht gewillt, die pausenlose Verletzung von Rechten aus der Verfassung und dem Strafvollzugsgesetz des Kollegen Zahl hinzunehmen.
Ende 1978 erstellen die laut Gesetz zuständigen Fachdienste der JVA Werl, die Diplompsychologen und der Oberlehrer, den "Vollzugsplan". Die Frage nach der "kriminellen Gefährdung" P.P. Zahls durfte nicht offen beantwortet werden – die Beamten wurden mit "VS-Vertraulich" zum Schweigen vergattert! – fand aber eine indirekte Antwort: man plädierte dafür, die "Maßnahmen" aufzuheben und mich beruflich, d.h. schulisch zu fördern. Gutachten und Vollzugsplan scheinen beim Präsidenten des Vollzugsamtes Hamm Zustimmung gefunden zu haben. Da sie wohl aber zu "heiß" waren, wanderten sie auf die nächsthöheren Schreibtische. Bis auf den der Ministerin. Wo sie zunächst lange ruhten.

IV. Erfolg, teilweise

Am Donnerstag, 29.3.1979, wurde ich zum Leiter der JVA Werl, H. Ihle, zitiert. Ich wurde gefragt, ob ich damit einverstanden sei, in den Schultrakt der JVA verlegt zu werden. Nahezu alle "Maßnahmen" würden aufgehoben, die Besuchsüberwachung durch LKA-Beamte (u.a.) dagegen nicht. Da dies zwei verschiedene juristische Paar Stiefel waren, stimmte ich zunächst zu.
Am Freitag, 30.3.1979, mußte ich packen und wurde in die Abteilung M 4 der Anstalt verlegt. Hier befindet sich das Schul-, Förderungs- und Studienzentrum der Anstalt. Der M-Flügel unterscheidet sich erheblich von den anderen. Die Privilegien für die hier einsitzenden Gefangenen sind, gemessen am "Normalvollzug" in Werl, enorm:
- meine Zellentür ist an mehreren Stunden des Tages offen; wie jeder Gefangene hier erhielt ich ein kleines Vorhängeschloß, den Raum in meiner Abwesenheit abzuschließen;
- die Zelle ist hell und etwa 1 1/2 mal so groß wie die "normalen" mit ihren 22 cbm;
- die Anstalt stellt eine Schreibtischlampe, die auch nach 22 Uhr brennen darf;
- im Flügel befindet sich eine "Teeküche", in der jeder Gefangene sich auch mal ein Ei kochen oder braten, Kuchen backen, Bratkartoffeln brutzeln kann;
- heißes Wasser ist ständig vom Boiler auf der Abteilung zu bekommen;
- zweimal Sport in der Woche ist die Regel;
- Schüler und Studenten erhalten Ausbildungsförderungsbeihilfen, die z.Zt. bei etwa 90,-- bis 100,-- DM (für den Einkauf) und 45,-- respektive 50,-- DM (für die Rücklage) liegen;
- Gruppenteilnahme ist unbeschränkt (etwa: Italienisch, 1 x in der Woche; Englisch, dito; progressive Musik, dito; klassische Musik, Gesprächskreis mit einem Anstaltspsychologen, Basteln, Gemeindeabend etc.);
- die bisherigen Dauerfilzungen bei mir – 1 x in der Woche durch den Polizeiinspektor mit Gehilfen, 4 x in der Woche durch den Stationsbeamten, 1 x im Monat durch LKA-Beamte – mit ihren Nebenwirkungen (völliges Entkleiden im Beisein zweier Beamter in einer Leerzelle, neue Wäsche und Kleidung) entfallen;
- die Einzelvorführungen entfallen ebenso wie das zweite Gitter vorm Fenster, wie das Vorhängeschloß vor der Tür, wie die Vorhängekette an der Tür bei "Nachteinschluß" usw., usf.

In einem Wort, in der Schulabteilung der JVA Werl hat ein verschwindend geringer Teil der Gefangenen jene "Privilegien", die in moderneren Anstalten gleichen Vollzugstyps (C-Anstalt, also für "Schwerstkriminelle"), insbesondere in den Stadtstaaten, Häftlinge seit langem besitzen.
Für mich ist dies eine enorme Umstellung: bis Donnerstags, 24.00 Uhr, noch dem Haftstatus für "Terroristen" unterworfen, ab Freitag, 30.1.79, 00.00 Uhr – Privilegierter unter Privilegierten.
Zur Zeit fällt mir die Umstellung schwer. Der Kreislauf ist zerrüttet, Konzentrationsfähigkeit minimal, es kommt zu plötzlichen Herzjagden, Schweißausbrüchen, starken Kopfschmerzen, entsetzlicher Müdigkeit wie seit langem nicht mehr. Der Mensch aber ist ein erstaunliches Wesen; er vermag es, sich relativ schnell zu regenerieren.
Die Klage gegen die "Maßnahmen der Häftlingsüberwachung" läuft weiter. Zum einen muß ihre Rechtswidrigkeit festgestellt werden. Zum zweiten kann nicht länger geduldet werden, daß Beamte der Politischen Polizei immer noch die Besuche überwachen. Zum dritten ist es notwendig, die verfassungswidrige Weitergabe der Namen und Adressen meiner "Kontaktpersonen" zu unterbinden, die u.a. dazu führte, daß
- mein niederländischer Übersetzer nach einem Besuch in der JVA Werl am 16.2.1979 von MEK-Beamten überfallen wurde,
- eine Hamburger Literaturwissenschaftlerin, die 1978 ein Seminar über meine Texte leitete, mich besuchte und Gedichte lektorierte, in Frankreich (!) Opfer von Nachstellungen der französischen Politischen Polizei wurde (Febr. 1979),
- der Herausgeber einer Anthologie, an der ich mitarbeitete, an der Grenze aus dem Zug geholt wurde,
- mein Hamburger Verleger bei einer Autofahrt nach Italien in der Schweiz im Konvoi von Grenze zu Grenze begleitet wurde,
- alle Menschen, die mir schreiben, und sei es, weil sie nur meine Gedichte gelesen haben, in der "Beobachtenden Fahndung" nach "Terroristen" (BeFa 7) im BKA-Computersystem PIOS landen,
- eine Dortmunder Lehrerin, deren Schüler mir schrieben, nachdem sie ein Liebesgedicht (!) von mir gelesen und interpretiert hatte, einem Berufsverbotsverfahren unterzogen wurde,
- selbst der Vorsitzende der HU Berlin, Prof. O.K. Flechtheim, an der Grenze als "Mutmaßlicher" herausgewinkt wurde.

Angesichts des nun vorliegenden Fortschritts, von meinem Bochumer Anwalt – der für seine Arbeit in Sachen "Vollzugsplan", die einen dicken Ordner füllt, DM 47,70 "Kostenerstattung" vom OLG Hamm zuerkannt bekam – erzwungen, kann als sicher gelten, daß die Herren des Morgengrauens etwas Neues im Schilde führen. Ihre Methoden sind mittlerweile bekannt. Werden sie
- erneut einen Spitzel und Agent Provocateur auf mich ansetzen?
- erneut eine "Pressemappe" mit verlogenen Meldungen mit Hilfe ihrer journalistischen Mitarbeiter in die staatstragende Presse lancieren?
- erneut den Justizbehörden – über 6 1/4 Jahre nach meiner Verhaftung und mehr als 2 1/4 Jahre über den Zeitpunkt hinaus in der Haft, zu dem ich in erster Instanz verurteilt wurde – "klarmachen", wie "gefährlich" ich sei (vgl. Brief des BKA an das Büro Brandt, zitiert in Engelmanns Brief an die JM Donnepp)?

Bald werden wir mehr darüber wissen.
Werl, 1.4.1979

Was geht uns die (Psycho)-logik der Abschreckung an?

– Einige Anstöße –

Seit Herbert Wehner den Versuch machte, der stagnierenden Entspannungspolitik wieder auf die Sprünge zu helfen, ist die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für die herrschenden Militär- und Sicherheitspolitik, aber auch für die Bemühungen um Abrüstungen und Entspannung wieder gestiegen. Eva Senghaas-Knobloch erläutert Hintergründe und aktuelle Fragen dieser Problematik, die uns – obwohl sie teilweise recht komplizierte Formen angenommen hat – alles andere als gleichgültig sein kann.

Antimilitarismus in der APO

Der Kampf gegen die Wiedererrichtung eines Militärapparates und den Wiederaufbau einer Rüstungsindustrie war in den 50er und frühen 60er Jahren ein thematischer Brennpunkt, um den herum eine parteiunabhängige Linke in der Bundesrepublik sich sammelte, lernte und in einen Prozeß der inneren Differenzierung trat. An der Geschichte der Kampagne für Abrüstung (in der letzten Phase: Kampagne für Demokratie und Abrüstung), die unter dem zentralen Leitmotiv der Abrüstung eine der tragenden Bewegungen innerhalb der sich herausbildenden außerparlamentarischen Opposition war, läßt sich dieser Lern- und Differenzierungsprozeß ablesen. Andreas Buro hat in seinen "Anmerkungen zur Geschichte der außerparlamentarischen Opposition" die Abkehr, die die unabhängige Linke von diesem Motiv vollzog, mit der Erkenntnis begründet, daß "hinter der Frage von Rüstung und Abrüstung", "die Notwendigkeit der Änderung der Gesellschaft erkennbar geworden" war ("links" Juli/August 1977). Allerdings, so muß man heute hinzufügen, je klarer diese Erkenntnis als allgemeine sich durchsetzte, um so verschwommener wurde die je genaue Form der Verkoppelung beider Probleme.

Da Militär und Rüstung gerade die äußeren Nahtstellen eben jenes zwischenstaatlichen Konfliktes, nämlich des Ost-West-Konfliktes, waren (und sind), dessen nach innen gerichtete antikommunistische Seite es abzuwehren galt, konnte die Bedeutung von Militär und Rüstung in den Ländern des "real existierenden Sozialismus" nicht ausreichend untersucht und politisch verarbeitet werden. Ende der 60er Jahre schließlich, als die gewagten Button-Slogans der Linken ("Ich bin für die Anerkennungspartei") und die Thesen des "Katechismus zur deutschen Frage" mit der "neuen Ostpolitik" zur offiziellen Politik geworden waren, hatte sich das noch gemeinsame Leitmotiv der schon fragmentierten Linken unter dem Eindruck des Krieges der USA in Vietnam zum antimilitaristischen Kampf hin verschoben.

Unter der Notwendigkeit, dem vietnamesischen Volk zu seinem Recht auf Selbstbestimmung zu verhelfen, wurden Überlegungen über den Zusammenhang von Gesellschaftsform und Militär auch in dieser Region zurückgestellt. Darum wurde die Parole "Frieden für Vietnam" zurückgedrängt bzw. der politisch einseitigen Einvernahmung überlassen. Aber – war nicht in der Perspektive einer sozialen Revolution und des Sozialismus – wie vorsichtig und zurückhaltend auch immer gefaßt – unabdingbar auch das Element enthalten, daß zwischenstaatliche Kriege der gewöhnlichen Form aus einer solchen veränderten Gesellschaft heraus nicht mehr möglich sein würden, daß es für diese Region also gewissermaßen gälte, nur ein notwendig "letztes Gefecht" zu führen?

Pablo Picasso 1959

Neue Formen des Ost-West-Konflikts

In der Zwischenzeit hatte die global prägende militärische Konfrontation, der Ost-West-Konflikt, in der regierungsamtlichen Entspannungspolitik eine politische Zähmung erhalten, die über die ohnehin auf solche Zähmung ausgerichteten Schritte der 50er und 60er Jahre hinausging. Entspannung war gewissermaßen die neue politische Formel, die um dieser Zähmung willen formuliert wurde, während in den 50er und 60er Jahren die verschiedenen politischen Zielsetzungen sich viel stärker in Konzeptionen zur direkten Einschränkung militärischen Vernichtungsgeräts übersetzt hatten. Bezogen auf Mitteleuropa sind die verschiedenen polnischen Vorschläge für eine atomwaffenfreie Zone (Rapackiplan) von 1957 an und Gegenvorschläge des Westens (wie z.B. der Edenplan) Ausdruck dafür gewesen. Die Geschichte der Parallelität von immer neuen Abrüstungsformeln (später Rüstungskontrollformeln) und tatsächlich beispiellos ansteigender militärischer Vernichtungskraft auf beiden Seiten hatten diesen Weg als politische Sackgasse auch für die herrschende Politik aufgewiesen.

Dafür, daß Entspannung zur militärpolitischen Konzeption der NATO seit etwa 1967 gehörte, und gleicherweise Parole für die sowjetische Westpolitik wurde, ist nicht nur die Kette gescheiterter Abrüstungsformeln verantwortlich. Für beide Seiten – und daran erinnerte Herbert Wehner seit seiner Wiedereröffnung der öffentlichen Sicherheitsdebatte, Anfang Februar dieses Jahres – bedeutete Entspannung **Realpolitik** auf dem Boden des jeweils wohlverstandenen eigenen herrschaftspolitischen Interesses (vgl. Schmiederers Beitrag in "links", Mai 1978).

Streitgespräch
Negt — Semler
Menschenrechte und Avantgardepartei
Grundrechte u. soziale Emanzipation
Demokratie und Zentralismus
Mit Oskar Negt und Christian Semler
sprachen Klaus Kreimeier u. Hans-J Lenger
SPUREN
Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft
DM 5,-
Anschrift von Redaktion u.Vertrieb:
Gilbachstraße 34, 5000 Köln 1
Telefon: 0221 / 51 78 87
Bei Einzelheftbestellungen bitte DM 5,60 in Briefmarken beilegen.

Prokla
Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik
34
Ökologie und Marxismus

Oskar Negt, Zur Dialektik der Übergangsperiode in Westeuropa – Lelio Bassos Konzeption der revolutionären Transformation / Editorial, Ökologie und Marxismus / M. Massarrat, Die Ursachen des massiven Ausbaus der Kernenergie / Helmut Migge, Kapitalakkumulation, Umweltschutz und gesellschaftliche Interessen / Glaeßner/Koppl, Die alltägliche Gesundheitszerstörung im industriellen Produktionsprozeß / Gerhard Armanski, Überlegungen zum Verhältnis von Mensch, Natur und Gesellschaft / Peter Dudek, Naturwissenschaftliche Denkformen und ökonomische Struktur.
Einzelheft DM 9,–
im Abo DM 8.–
Rotbuch Verlag

Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg (Hg.)
ENTWICKLUNGSPOLITIK - HILFE ODER AUSBEUTUNG ?
Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe
320 S., mit vielen Schaubildern und Tabellen, DM 8,80
Aus dem Inhalt:
★ Zum Begriff von Entwicklung
★ Entwicklungspolitik - Kind des Kalten Krieges ?
★ Gesundheitshilfe: Westliche Medizin gegen armutsbedingte Krankheiten ?
★ Rindfleischproduktion für die Reichen in Lagos
★ "Militärhilfe" und Waffenexporte in Spannungsgebiete
★ Profitable Textilproduktion - Entwicklungshilfe für den Tschad ?
★ Hafenbau - Förderung des Raubbaus in den Wäldern der Elfenbeinküste
★ Die Außenhandelspolitik der BRD im Widerspruch zu den entwicklungspolitischen Zielen
★ Entwicklungspolitik der BRD - Politik im Dienste des Kapitals ?
★ Alternative Entwicklungspolitik: Kampf um den Abbau gesellschaftlicher Ungleichheiten
★ Was können wir in der BRD tun ?
★ im Anhang:
Erfolgsaussichten kapitalistischer Industrialisierung in der Dritten Welt
Multinationale Konzerne in Entwicklungsländern
Liste wichtiger Literatur
Begriffserläuterungen / Sachwortregister
Bestellungen an: Aktion Dritte Welt (z/3w),
Postfach 5328 78 Freiburg
(Bei Abnahme von mindestens 10 Stück 20% Rabatt)

Entspannung mit Aufrüstung – politische Folgen

Als internationales Forum zur Absicherung und Unterstreichung solcher neuen Ost-West-Beziehungen hatte der Osten erfolgreich die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) ins Leben gerufen. Der westliche Vorschlag besonderer Verhandlungen über beidseitige Truppenreduzierungen – M(B)FR – in Mitteleuropa muß als Gegenzug zu dieser östlichen Initiative verstanden werden. Aber schon über den Namen (MBFR oder MFR) und damit zugleich über die programmatische Richtung dieser Verhandlungen, konnte während der sechsjährigen Dauer keine Übereinkunft erzielt werden. Der Westen besteht auf dem B (balanced = ausgewogen) in MBFR, um seine Einschätzung der militärisch ungleichen Ausgangslage und damit seine Forderung einer stärkeren Reduzierung auf östlicher Seite anzumelden.

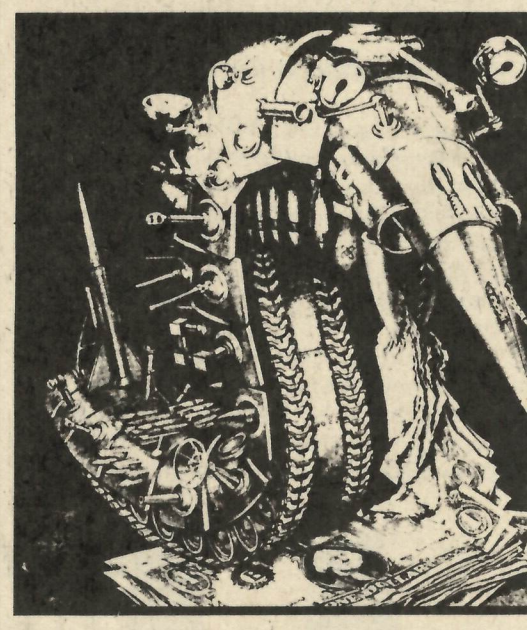
Noch ist nicht ausgemacht, ob Herbert Wehners Rüge für die bundesdeutsche Verhandlungsführung bei den Truppenreduzierungsverhandlungen in Wien die herrschende Militär- und Sicherheitspolitik als Gegenstand von Politik zurück ins öffentliche Gespräch oder wieder nur ins Gerede vor allem der "Sicherheitsexperten" gebracht hat. Wehners Vorstoß war offenbar ein Versuch, die Aufmerksamkeit wieder auf die politische Konzeption eines notwendigen Verbundes von (militärischer) "Verteidigungsfähigkeit mit Entspannungsbereitschaft" zu lenken. In letzter Zeit drohte die zweite der beiden regierungsoffiziellen Säulen der Sicherheitspolitik immer stärker ausgedünnt zu werden.

Aufgeschreckt durch die Diskussion über die Notwendigkeit einer neuen Waffengeneration auf bundesdeutschem Boden als Antwort auf Waffenmodernisierungen im Bereich der Sowjetunion hatte Wehner gewissermaßen die **eigendynamischen** Triebkräfte der **waffentechnologischen** Entwicklung entdeckt. Konzeptuell und politrhetorisch waren ja beide Dimensionen, nämlich die auf der KSZE abgesicherten Kooperationsformen (besonders wirtschaftlicher Art) und die im Rahmen der Gespräche über Truppenreduzierung (MBFR) auszuhandelnden Schritte für einen Abbau der Militarisierung Europas miteinander auf's engste verknüpft. Gemäß der These, daß Rüstung und Militärorganisation als Ausdruck und Instrument einer bestimmten politischen Situation zwischen Ost und West zu verstehen seien, wurden Fortschritte im Rahmen allgemeiner Entspannung als Druck in Richtung auf eine folgerichtige (Ab)-Rüstungskontrollpolitik begriffen.

Abschreckungspolitik und Waffenentwicklung

Kritische Analysen, die hinter Aufrüstung und Militär eine Eigendynamik sahen, die sich – auf je verschiedene Weise, aber doch gleichermaßen – aus den jeweils inneren gesellschaftlichen Herrschafts- und Interessenformen speist, fanden auch bei den wirklich Abrüstungsengagierten zunächst wenig Verständnis. Tatsächlich wurde ja auf der kontinentalstrategischen Ebene im Anti-Ballistic-Missiles-Vertrag bewußt auf den mehr als symbolischen Aufbau von Antiraketen-Raketensystemen verzichtet, und in SALT I, der ersten Gesprächsrunde über die Begrenzung strategischer Waffen, wurden die strategischen Offensivwaffen auf eine bestimmte, damals erst noch zu erreichende (!) Zahl (2.400 Interkontinentalraketen) begrenzt.

Was als Rüstungsbegrenzung unter dem Titel SALT der internationalen Öffentlichkeit in die Augen gestreut wurde, drückte indes auch bald die Anhänger der herrschenden Rüstungskontrollpolitik. Die bloß numerische Begrenzung der strategischen Offensivwaffen wirkte sich als zusätzlicher **Antrieb** für die ohnehin in West und Ost vorhandenen Anstrengungen für qualitative Modernisierung von Waffensystemen aus. Die Tatsache, daß der Anfang der 70er Jahre in SALT I abgesegnete weitere Modernisierungsschub von Waffensyste-



men Ende der 70er Jahre die Widersprüchlichkeit des Abschreckungssystems als System des gegenseitig angedrohten Terrors gefährlich zuspitzen würde, ist der Hintergrund für die neueren parlamentarischen Auseinandersetzungen zum Thema Rüstungskontrollpolitik und Entspannung.

Die **Logik** des Abschreckungssystems, das für die Bundesregierung – ebenso wie für alle anderen Staaten der NATO und der Warschauer-Pakt-Organisation auch – als ein Pfeiler der nationalen Sicherheitspolitik gilt, ist anläßlich dieser Gelegenheit noch einmal bemerkenswert deutlich nachgezeichnet worden. So heißt es beim Sicherheitsexperten Weinstein: "Im Atomzeitalter muß das politische Bewußtsein die Strategie beherrschen. Die Gewalt als Element der Politik ist auszuschalten." (FAZ 5.2.79). Was dabei konkret herauskam, wird richtig als Zustand des Nichtkrieges bezeichnet, der durch "ein fragiles Gleichgewicht des Terrors erzwungen" werde. Man könnte auch sagen, wie z.B. der frühere amerikanische Verteidigungsminister McNamara, daß beide Seiten große Teile der auf der Gegenseite angesiedelten Menschen zur Geisel genommen haben, um von einem Angriff auf die eigene Sicherheit abzuschrekken. Es gibt bei denen, die es wissen müssen, keine Scheu, die staatliche Drohung mit Terror radikal selbst als solche zu bezeichnen. Nun ist ein solches Gleichgewicht des Terrors, seitdem die Sowjetunion Kernwaffen besitzt, vorhanden gewesen. Nicht umsonst rühren aus dieser Zeit auch die umfassenden **Abrüstungs**pläne (nicht nur Rüstungskontrollpläne), in denen es jeweils darum ging, zunächst bis auf die Stufe des Minimalterrors abzurüsten. Tatsächlich sind die von westlicher oder östlicher

Seite je vorgebrachten konkreten Vorschläge dazu immer nur so lange aufrecht erhalten worden, wie sie für die **andere** Seite **un**annehmbar schienen. Eine Aufrüstung setzte ein, von der es in hilf- und sprachloser Weise heißt, daß das angesammelte Vernichtungspotential unvorstellbar sei.

Das System der Abschreckung hat seine eigene Antriebskraft, die sich militärideologisch in das Erfordernis sogenannter Glaubwürdigkeit übersetzt. Um zu funktionieren, also den Zustand des Nicht-Krieges zu erhalten, muß das Drohpotential der beiden Seiten jeweils in einem Zustand sein, daß dessen tatsächlicher Einsatz glaubwürdig angedroht werden kann. Das Erfordernis der Glaubwürdigkeit äußert sich auf der rüstungs- und militärorganisatorischen Ebene als das Prinzip der **Lükkenlosigkeit** der Droh- und Waffenpotentiale. Lücken aber werden vom jeweils erreichten Stand technologischer Möglichkeiten definiert. Oder, wie es bei Weinstein heißt: "Wer darauf verzichten will, die notwendige Modernisierung vorzunehmen, muß sich darüber im klaren sein, daß er die atlantische Abschrekkungsstrategie im Kern erschüttert. Zum Wesen dieser Strategie gehört die Eskalation. Das ist der mögliche Übergang von der klassischen zur atomartaktischen und (theoretisch) zur strategisch-nuklearen Kampfführung. Ohne diese neuen Waffensysteme hat die Eskalationsspirale einen Bruch."

Jemand, der angesichts beispielloser Vernichtungsgewalt sich nunmehr den Einsatz dieses Vernichtungspotentials nur noch als Abschreckung vorstellen kann, bleibt um der Abschreckung willen einer Logik verhaftet, die um der Glaubwürdigkeit des Angedrohten, der beidseitigen Vernichtung (MAD = assured mutual destruction) willen zur Psycho-Logik wird. (Weinstein deutet das dadurch an, daß er das Unvorstellbare, aber Angedrohte zur Theorie erklärt und in Klammer setzt.). Mit den Worten von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher: "Die Verteidigungsstrategie der NATO, bekannt als die Strategie der flexiblen Antwort, beruht auf dem Verbund der Abschreckung. Die Glaubwürdigkeit dieser Strategie setzt aber voraus, daß in diesem Verbund keine schwachen Stellen entstehen" (FR 21.2.79).

Zur aktuellen Lücke

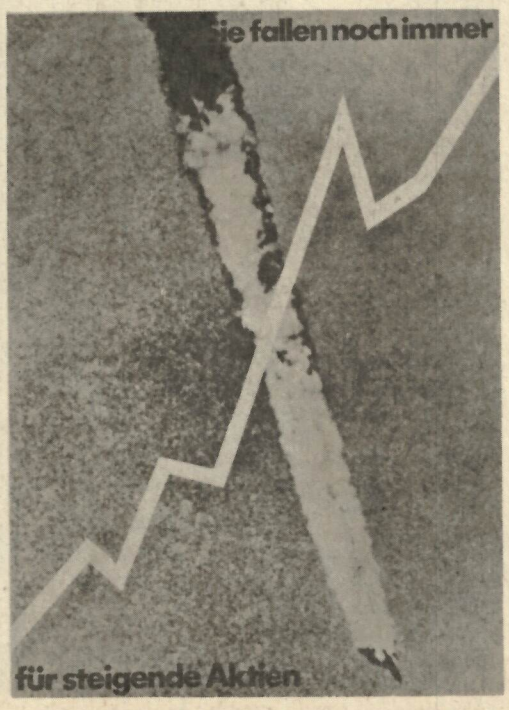
Die Lücke, von der Weinstein spricht und durch drei neue Waffensysteme der NATO gefüllt sehen will, ist eben jene Lücke im Bereich der sogenannten "Grauzonenwaffen", die nicht neu ist. Die sowjetischen Mittelstreckenraketen bedrohen westeuropäische Ziele schon seit zwei Jahrzehnten. Waren es bisher etwa 600 sogenannte SS 4- und SS 5-Raketen, so sollen die von diesen Raketen getragenen Bomben, von denen einige schon je einzeln die Sprengkraft sämtlicher Bombenabwürfe über Deutschland und Japan während des Zweiten Weltkriegs überschreiten, nun durch mobile, mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstete sogenannte SS 19 und SS 20 ersetzt werden.

Die angedeutete Art der Modernisierung der Mittelstreckenraketen von Seiten der Sowjetunion liegt ganz innerhalb des allgemeinen Trends in der waffentechnologischen Entwicklung: Schon vor SALT I ging es nicht nur um die Erhöhung und weitere Anhäufung von Sprengkraft; es ging schon damals um eine qualitative Erhöhung der Einsatzfähigkeit, also einer erhöhten Zuschreibung von Zerstörungsaufgaben an einzelne Waffensysteme, geht andererseits um ihre gleichzeitige "Härtung", also Versuche, sie weniger verwundbar zu machen, und vor allem um ihre Verfeinerung im Sinne von Treffgenauigkeit und Wirkungsdosierung.

Der Westen ist weiterhin auch in diesem Bereich des Modernisierungsrennens vorn. Er hat in diesem Waffenbereich entwickelt: sogenannte Marschflugkörper; verkleinerte Formen der Nuklearbomben, von denen die Neutronenbombe die bekannteste ist (es existiert aber auch das "Gegenstück": wenig Strahlung, hohe, jedoch dosierte Sprengkraft) sowie eine Weiterentwicklung der Pershingrakate.

Als **"Grauzonenwaffen"** werden diese Waffen angesehen, weil sie weder im Rahmen von SALT, noch von MBFR Verhandlungsgegenstand sind; vor zwei Jahren hat der Westen allerdings eine einmalige Reduzierung von 1.000 der etwa 7.000 taktisch-nuklearen Raketen angeboten (ein Angebot, das im übrigen schon der geplanten Modernisierung veralteter Anlagen wegen angeraten schien). Die Debatte kreist nun aber nicht zuallererst um die Frage, wie die "grauen Waffen" ins "Licht" bestehender Rüstungskontrollforen zu ziehen seien. Ganz im Sinne der Abschrekkungslogik wurde die Debatte weitgehend zu einem Plädoyer für die Installierung der neuen westlichen Waffensysteme bzw. einiger von ihnen auf bundesdeutschem Boden, jedenfalls solange die Sowjetunion nicht auf die SS 20 und den neuen Bomber "Backfire" verzichtet, der ebenfalls Kernwaffen tragen kann. Bundesverteidigungsminister a. D. Georg Leber hat auch den Grund dafür angegeben: "Die strategischen Waffen der Vereinigten Staaten sind nach SALT II dazu (nämlich eine Ausgewogenheit herzustellen E.S.-K.) nicht mehr in der Lage". (FAZ 15.2.79).

Diese Einschätzung unterstellt, daß durch das SALT II-Abkommen (von dessen alsbaldigem Abschluß in regelmäßigen Abständen die Rede ist) die strategischen Waffensysteme sich zwischen USA und UdSSR die Waage halten, so daß die Sowjetunion dann mit ihren



Montage: Christian Schaffernicht

präzisen neuen Mittelstreckenraketen frei wäre, Westeuropa – wenn wohl auch nicht anzugreifen –, dann doch politisch zu erpressen; nukleare Erpressung, ein altes Thema der nuklear aufgeklärten Konservativen, die – so, wie es ja auch auf beiden Seiten geübt und erprobt wird – den nuklearen Krieg für denkbar halten. Wie könnte ansonsten erpreßt werden; wer würde sich "erpressen" lassen?

Wer bestimmt das "Sicherheitsbedürfnis"?

In dieser Situation hat Herbert Wehner zwei Behauptungen aufgestellt: erstens "das, was sie (die UdSSR) hat, über das muß man sehr streiten ..., aber das ist defensiv und nicht Aggression"; zweitens entspreche es nicht der realen Lage der Bundesrepublik, "mit der vorgeblichen Notwendigkeit zusätzlicher Waffensysteme zu argumentieren und dabei die Gefahr heraufzubeschwören, daß die Bundesrepublik zum Träger solcher zusätzlicher Waffen gemacht würde, statt die Kräfte des Bündnisses in die Waagschale von Rüstungsbegrenzung und Rüstungsabbau zu bringen".

In der Einschätzung der UdSSR und des Gleichgewichtzustandes widerspricht Wehner nicht nur dem CDU-Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Manfred Wörner, sondern auch Schmidt und Apel sowie dem Bundesaußenminister von der Koalitionspartei. In Fragen der Einbettung der bundesrepublikanischen Schritte in die NATO-Politik scheint dagegen kein Widerspruch zur Regierungsauffassung zu bestehen.

Das Entscheidende, was durch Wehner zum Ausdruck kommt, ist die Einsicht, daß militärisch offensiv wirkende Waffensysteme nicht notwendigerweise als politisches Aggressionspotential gewertet werden können – ja im Grunde der Abschreckungspsychologik gemäß gar nicht dürfen, weil es für das militärische Maß, das Sicherheit herstellt, indem es bei einem Angriff vergeltende Vernichtung androht, keinen objektiven, nur einen subjektiven Maßstab geben kann.

Das bedeutet im Fall des sowjetischen neuen Waffensystems SS 20, daß jede darauf bezogene Modernisierung auf westlicher Seite politisch zu berücksichtigen hat, daß die modernisierten westlichen Systeme erstmalig eine Bedrohung der Sowjetunion durch Kernwaffen **vom Boden der Bundesrepublik aus** bedeuten würde.

Hier liegt die Erklärung für Wehners Vorstoß, der scheinbar so ganz ohne Rücksicht auf das sonst sorgsam gepflegte Koalitionsklima kam; es ist die Furcht vor einem westlichen Vorgehen, gar unter bundesrepublikanischem Vormarsch, das die ausgedünnte Säule der Entspannung zum Einstürzen bringen könnte, die Bundesrepublik dabei noch exponiert, sowie zugleich der Rüstungsspirale eine neue Kurve hinzufügt. Diese Kurve würde das Abschreckungssystem nicht nur in eine noch größere Nähe von Kapazitäten zur tatsächlichen nuklearen Kriegsführung rücken, sondern es auch durch eine mögliche Ausschaltung der "Zweitschlagskapazität", also der glaubwürdigen Drohung mit der Vernichtung des Gegners im Falle seines Angriffes, in sich selbst destabilisieren.

Militärische Sicherheitspolitik – ein neues Thema für die Linke?

Abkürzungen wie KSZE haben in der sozia-

listischen Linken nicht selten ein Gähnen ausgelöst – bis zu dem Punkt, als sich in den osteuropäischen Ländern eine selbstbewußte Opposition zu bilden begann, und es klar wurde, daß die Verfolgung komplementärer Wirtschaftsinteressen in Ost und West nicht ohne – und zwar ambivalente – Rückwirkung auf die beidseitigen politischen Herrschaftsformen sein würde. MBFR und SALT galten als Spielereien mit Buchstaben von allenfalls atmosphärischer Bedeutung im etablierten Ost-West-Verhältnis.

Der alte Kampf gegen Atomtod und eigens dazu konstruierte Waffensysteme, ist nach der Phase vorrangig antiimperialistischer Ausrichtung vom Kampf gegen eine zukunfts- und menschenfeindliche Atomenergiepolitik abgelöst worden. Die Einsicht in die quer zur Ost-West-Front verlaufende Problematik des Verhältnisses von Natur- und Menschenbeherrschung hat aber kaum den Anstoß gegeben, auch über Verbindungen zur und Schlußfolgerungen für die Ebene der nuklearen Waffensysteme nachzudenken. Es sind wohl nicht nur die treuherzige Verlogenheit der offiziellen Friedens- und Freundschaftsslogans und die stetige Aufrüstung unter dem augenzwinkernden Beifall für Rüstungskontrollvereinbarungen, die das alte antimilitaristische Engagement der Sozialisten stillgelegt hatten, so daß die Aufmerksamkeit für das Verhältnis von Militär und Gesellschaft sich höchstens noch auf Bereiche richtete, in denen sich besondere Betroffenheit artikulieren konnte: Kriegsdienstverweigerung (die nun doch ein Thema blieb), neue Wege, den Zivildienst an den Wehrdienst anzugleichen, und wohl noch Rüstungsexporte in Länder wie den Iran des Schah und Südafrika. Im übrigen wurde das Thema Gewalt allein von der Auseinandersetzung mit staatlicher, nach innen gerichteter und mit nichtinstitutioneller, vor allem terroristischer Gewalt bestimmt.

Aber just in den letzten Wochen hat sich der Bundesverband Umweltschutz erstmals zu Fragen atomarer Bewaffnung erklärt. Gibt es Keime für eine neue Zusammenfügung alter und neuer Perspektiven, die die Linke bewegt haben? Könnten die militärischen Aktionen Vietnams in Kampuchea und Chinas in Vietnam die Notwendigkeit zu einer neuen politischen Auseinandersetzung mit dem Problem des je **besonderen historischen Verhältnisses** von Militär- und Rüstungsapparates und Gesellschaft verdeutlichen?

Im September 1977 erschien in der "links" ohne erkennbare Resonanz ein Artikel von Egbert Jahn, der sich auf die 70jährige Geschichte des Verlustes grundlegender antimilitaristischer Konzeptionen in der internationalen Arbeiterbewegung bezog. In den letzten Jahren hatte die Führung der Sozialdemokratie um der inneren Geschlossenheit willen sogar jede Konzession – um vormalig selbst gestützter Abrüstungsinhalte bei ihren Anhängern willen – eiskalt verweigert: Über die Frage, ob Jusos mit dem Komitee für Frieden, Abrüstung und Sicherheit für bestimmte Abrüstungskampagnen ein Bündnis eingehen dürfen, fiel der damalige Juso-Vorsitzende. Die aktive Mitarbeit in der zentralen Organisation der Kriegsdienstverweigerer (DFG/VK) setzte den Lehrer Häberlein dem Verdacht aus, daß er sich nicht genügend gegen Infektionsgefahr zu wappnen wisse; in Komitee und DFG/VK sind bekanntlich Kommunisten tätig.

SALT-Konferenz in Wien Bild: dpa

Inzwischen zeichnet sich auf dem Gebiet der Entspannung und der Rüstungskontrolle keinerlei Durchbruch ab. Die amerikanische Allianz der Entspannungsgegner, das Comitee on the present Danger (etwa: Ausschuß zur gegenwärtig drohenden Gefahr), verzögert nicht nur recht erfolgreich den Abschluß der SALT II-Verhandlungen, es hat auch beste Verbindungen zu bundesdeutschen Politikern und Journalisten. In dieser Situation kann es sich die Sozialdemokratie offenbar nicht mehr leisten, öffentlichkeitswirksame Kampagnen für Frieden und Entspannung den Kommunisten zu überlassen und die eigenen Friedensfreunde ins Abseits zu stellen. Entspannung und Abrüstung sollen vielmehr im Wahlkampf um die Europawahlen hervorragende Themen sein.

Es wird sich zeigen, ob die zur Unterstützung gegründete sozialdemokratische "Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit" nur als Erfüllungsgehilfe für die Politik des "Machbaren" fungieren wird, nur Forum für die große Ablenkung von der grundsätzlichen Problematisierung herrschender Sicherheitspolitik sein kann, wenn sie überhaupt fungiert. Auch eine Ablenkungspolitik müßte erst wieder Bewußtsein für das globale Droh- und Gewaltsystem schaffen, eine Wahrnehmungsfähigkeit, die – weil sie gegen Fügungsgewohnheiten anlaufen müßte – sich wohl nicht so einfach dosieren lassen würde. Haben wir in dieser Situation Rosa Luxemburgs Paraphrase auf Kautsky: "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch in Frieden und schneidet Euch die Gurgeln ab im Kriege!" tatsächlich nichts mehr hinzuzufügen?

EVA SENGHAAS-KNOBLOCH

Demonstration gegen Bundeswehrschau Foto: Rose

"Berlin ist eine Reise wert!"

Arbeiterjugendtag Pfingsten '79

Vom 1. bis 4. Juni 1979 wird in West-Berlin, ausgerichtet von der Sozialistischen Jugend "Die Falken", der Arbeiterjugendtag stattfinden. Es werden 5.000 bis 10.000 Teilnehmer erwartet. Peter Grohmann verbindet die Ankündigung dieser Veranstaltung mit einer grundsätzlicheren Skizzierung der "Falken".

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – "Die Falken" – ist einer der wenigen Verbände, dem es gelang, seine relative Unabhängigkeit zu erhalten. Die Existenz eines sozialistischen Jugendverbandes ist selbstverständlich nicht frei von Widersprüchen; aber die Falken haben es, was ihre Arbeit nach dem Zweiten Weltkrieg angeht, fast fertiggebracht, sich aus der Umarmung der SPD zu lösen, ohne deshalb etwa den Drang zu verspüren, an chinesischen oder sowjetischen Brüsten zu saugen; sie hatten eigene Nährmütter. Das erlaubte dem Verband, sich in seiner Geschichte stärker den Alltagsfragen zu widmen – konkreten Problemen der arbeitenden und lernenden Jugend.

Dieser wesentliche Orientierungspunkt gab dem Verband Kontinuität, ohne daß dabei Bezugspunkte der "großen" Politik verlorengingen: die sozialistische Jugend spielte (wenn auch nicht überall) eine zentrale Rolle beim Kampf gegen Wiederaufrüstung, gegen Atomwaffen oder (heute) gegen Atomkraftwerke.

Die "Falken" haben ein sehr spezifisches Arbeitsfeld – es geht "quer Beet" zu den Arbeitsfeldern des SB: Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen, Kindergärtnerinnen oder Lehrer, die bei den Falken mitarbeiten, sind dort als Helfer und Gruppenleiter tätig – aber auch Lehrlinge und Jungarbeiter oder Schüler.

Der gemeinsame Ansatz ist die Verbesserung und Veränderung der Situation der arbeitenden und lernenden Jugend: Falken trifft man in den Jugendausschüssen der Gewerkschaften ebenso wie in den Jugendvertretungen der Betriebe – hier mindestens gibt es einen konkreten Ansatz zur Zusammenarbeit. Das gilt aber auch für Veranstaltungen zum 1. Mai, zu Diskussionen um Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, wirtschaftliche Krise, im kulturellen Bereich, bei Aktionen gegen Repression und Berufsverbote, in Bürgerinitiativen.

Pfingsten 1979 wird in West-Berlin der Arbeiterjugendtag stattfinden – vom 1.-4. Juni. 5.000 bis 10.000 Teilnehmer erwarten die Falken – und die Veranstaltung richtet sich keinesfalls ausschließlich an die eigene Organisation. Dieser Arbeiterjugendtag soll kein besserer Berlin-Ausflug werden, sondern ist als Forum der Auseinandersetzung gedacht, als Möglichkeit, in vielfachen Aktionen politisches Bewußtsein zu vermitteln und Lernprozesse in Gang zu setzen.

Die Sozialistische Jugend umreißt die politische Zielsetzung des Berliner Pfingsttreffens so:

- Der Arbeiterjugendtag soll aufzeigen, wo die Probleme für die arbeitende und lernende Jugend in diesem Lande sind.
- Er will zeigen, daß die Jugend nicht bereit ist, Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, überfüllte Klassen, Verstöße gegen Jugendarbeitsschutzgesetze ohne Widerstand hinzunehmen.
- Er will zeigen, daß trotz der Propaganda, die das Gegenteil behauptet, sich die Lebenssituation der Kinder, vor allem der Arbeiterkinder, verschlechtert.
- Der Arbeiterjugendtag will aber auch ein Beitrag sein, sozialistische Argumentationen zu diskutieren und zu vermitteln.

Die Veranstaltungen beginnen mit Kundgebungen und Demonstrationen in Kreuzberg und Neukölln am 2. Juni, nachmittags sind eine Vielzahl kultureller und touristischer Angebote da; am Abend des 2. Juni stellt sich der Verband mit einer politisch-kulturellen Großveranstaltung in der "Neuen Welt" (Hasenheide) vor.

Am Sonntag, den 3. Juni, sind verschiedene Forumsveranstaltungen in der Technischen Universität vorgesehen – so unter dem Titel "75 Jahre Arbeiterjugendbewegung – was können wir davon lernen?" Neben der eigenen Geschichte sollen Formen der Zusammenarbeit mit der Bürgerrechtsbewegung, den Bürgerinitiativen und der Anti-KKW-Bewegung diskutiert werden, Probleme der Betriebsarbeit, Gefahren des Neofaschismus, des Abbaus demokratischer Rechte.

Eine zentrale Kulturveranstaltung in der Deutschlandhalle mit Udo Lindenberg, den Schmetterlingen u.a. schließt den Arbeiterjugendtag ab.

Es steht außer Frage, daß die SPD diesen "Massenaufmarsch" nutzen wird, um ihre Politik unter günstigen emotionalen Bedingungen den Jugendlichen nahezubringen. Das eigene Erfahrungs- und Praxisfeld der Falken wird dem Verband gezeigt haben, daß die Sozialdemokraten eher geneigt sind, den stärker auftretenden Widersprüchen aus dem Weg zu gehen, sie gar zu vertuschen. Konrad Gilges, der Bundesvorsitzende der Falken, stellte zu diesem Problem fest, "daß die BRD in einer politischen und wirtschaftlichen Krise steckt, daß diese Krise vorwiegend auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten, ihrer Familien ausgetragen wird". Trotz der schwierigen Ausgangslage, in der sich auch die Falken befänden, würde man nach wie vor "die Schnauze noch aufreißen und das sagen, was gesagt werden muß" ...

Das Sozialistische Büro, die verschiedenen Arbeitsfelder, die sozialistischen Zentren und Initiativen sollten die politiven Aspekte dieser Großveranstaltung wahrnehmen – nicht nur, um sie zu verstärken, sondern auch und vor allem, um einen notwendigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch einzuleiten. Der Arbeiterjugendtag 1979 in West-Berlin könnte für viele SB-Gruppen zum Beginn eines intensiveren Kontaktes, einer Zusammenarbeit, werden, bei dem man sich ergänzen kann, bei dem beide Seiten, ohne vorhandene Gegensätze zu vertuschen, profitieren können.

PETER GROHMANN

Einzelheiten über den Arbeiterjugendtag 1979, Programm, gemeinsame Anreise usw. über die Bezirks- und Landesverbände und die Ortsgruppen der Sozialistischen Jugend "Die Falken" oder über den "SJD"-Bundesvorstand, Kaiserstraße 27, 5300 Bonn 1 ★

Wie zähmt man einen Drachen?

–Baustelle Mobiles Jugendtheater–

Kinder- und Jugendtheater haben es schwer in der deutschen Kulturlandschaft. An den städtischen Bühnen führen sie ein Schattendasein und stehen an letzter Stelle in den Kulturetats. Hier ist ein Bereich, in dem sich die Linke noch stärker engagieren sollte.

Geraten die Kindertheater zudem noch in die Mühlsteine der politischen Auseinandersetzung, und dazu kommt es unweigerlich, orientiert man sich an den Interessen der Kinder und Jugendlichen, dann ist man in den Rathäusern auch nicht zimperlich, das Kind wieder loszuwerden. Aktuelles Beispiel: das Theater am Turm in Frankfurt wird nun nach dem Willen der CDU in eine reine Spielstätte umgewandelt (siehe "links" Nr. 102 + 105). Damit sind auch in Frankfurt wieder provinzielle Maßstäbe eingeführt, das bisher in der BRD größte eigenständige kommunale Kinder- und Jugendtheater wurde politisch kastriert.

Nun liegt es wieder ausschließlich bei den freien Theatergruppen, zur Entwicklung eines emanzipatorischen Kinder- und Jugendtheaters beizutragen; sind sie es doch auch gewesen, die trotz finanzieller und politischer Schwierigkeiten begonnen haben, Theater für kleine Leute zu spielen. Hier ist aber auch die Linke gefordert, stärker noch als bisher müßte sie Unterstützungsarbeit leisten, ihre Infrastruktur zur Verfügung stellen bzw. ihre Einflußmöglichkeiten in Schule, Bildungs- und Kulturzentren, Gewerkschaften etc. nutzen, um den Gruppen Spielmöglichkeiten zu eröffnen. Das kostet Engagement und natürlich auch Geld, aber es ist m.E. endlich an der Zeit, mit der schlechten Angewohnheit, "linke Sänger, Theaterspieler etc. dürfen kein Geld kosten, im Gegenteil sie sollten noch etwas für die eigene Partei- oder Organisationskasse einspielen", aufzuräumen, denn schließlich können sie sich nicht allein vom Spielen ernähren.

Eine Gruppe, die auf solche Unterstützung hofft, ist die "Baustelle – mobiles Jugendtheater Wiesbaden".

Aus Kostengründen verfügen sie über kein eigenes Theater. Sie haben aber aus der Not eine Tugend gemacht, sie sind mobil und können neben dem herkömmlichen Vorführtheater zusätzlich verschiedene Aktionsformen, wie Puppen- und Schattenspiele, Mitmachtheater, Kommunikationsspiele etc. entwikkeln, die überall auf Straßen, Spielplätzen, Jugendzentren und Schulen gespielt werden können. Baustelle, das klingt zunächst nach Verkehrsstau und Umleitungen. Ein merkwürdiger Name. Bauarbeiter sind hier Theaterspieler und Baustelle steht für Aufgabe, Wühlen, Nachforschen und Aufdecken, auch wenn es unbequem ist, und Baustelle steht für: zusammen etwas machen.

Gegründet wurde die Baustelle im April 1977 von Pädagogen, Schauspielern und Studenten. Sie wollen "gutes Kinder- und Jugendtheater" machen, das beinhaltet eben auch eine pädagogische Zielsetzung, "die Kinder und Jugendlichen müssen mit ihren Problemen im Mittelpunkt stehen, wobei sich das Theater auf ihre Bezugssysteme berufen, sie aber gleichzeitig in Frage stellen muß. Das Theater darf weiterhin nicht nur die bestehenden Sicherheiten bestärken, sondern muß Möglichkeiten zur Bewußtseinsbildung bieten. Die Arbeitsweise eines Kindertheaters soll zudem Gruppentechniken, wie eigenes Spiel der Kinder sowie Diskussionen zulassen.

Theater vermag vielleicht dann zur Lust auf Veränderung der Verhältnisse beizutragen."

Wichtigstes Element ihrer Arbeitsweise ist die enge Zusammenarbeit mit denen, für die sie spielen – eben Schüler, Lehrlinge und Kindergartenkinder. Das bedeutet in der Praxis der Bauarbeiter, daß jeder von ihnen in einer Kinder- und Schülergruppe mitarbeitet, um die Probleme der zukünftigen Theaterbesucher hautnah mitzuerleben. Aus diesen Gruppen kommen dann auch die Themen der Stücke. Insgesamt 3 Stücke hat die Baustelle bisher erarbeitet:

- Das kurze Leben der Gabi X – ein Jugendstück zum Thema Schülerselbstmord
- High Life – ein Jugendstück zum Thema Jugendalkoholismus
- Wie zähmt man einen Drachen? – für Kinder ab 6 Jahren

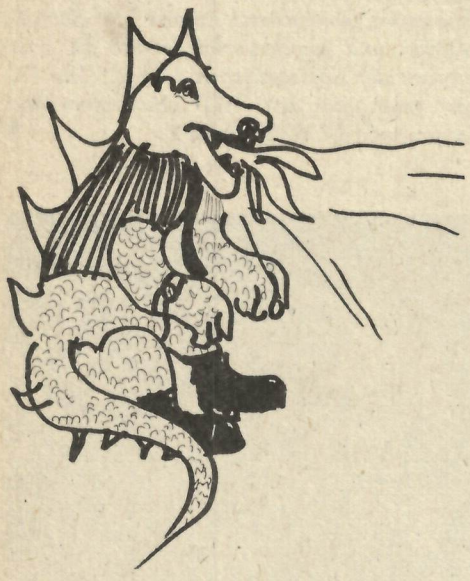
Kern des Theaterstückes ist ein altes tschechisches Puppenspiel "Wie die Leute von Hadersdorf den Drachen besiegten". Dieses Puppenspiel wiederum basiert auf dem Theaterstück "Der Drache" von Jewgeneij Schwarz, das dieser gegen den Stalinismus geschrieben hatte (Sowjetunion 1953).

Begonnen wurde damit, eine Liste von Konfliktsituationen zusammenzustellen, welche die Kinder hatten, dabei handelt es sich hauptsächlich um Streitsituationen innerhalb der Sozialisationsbereiche Familie, Schule, Freizeit. Alle weiteren Schritte wurden dann mit Schulklassen gemeinsam entwickelt. Der Inhalt des Puppenspiels kam dabei ihren Ansprüchen und Intentionen sehr entgegen, da die Geschichte auch für jüngere Kinder gut verständlich, der Inhalt spannend war und der Drache als mystische Märchenfigur sich gut in vergleichbaren Rollen aus der Realität

DRACHENZÄHMERLIED

Schaut Euch mal den Drachen an!
Wie der Drache schaffen kann!
Drachen muß man's zeigen,
sonst hat man viel zu leiden.
Bekämpfst Du ihn alleine,
macht er Dir lange Beine.
Doch wenn wir's zusammen machen,
haben Drachen nix zu lachen.

Unser Spiel ist jetzt vorbei.
Doch es kommt noch allerlei:
Ist der Drache erst bezwungen,
Dann ist zwar das Spiel gelungen.
Doch wir ham noch viel zu sagen
über andere Drachenplagen.
Drachen gibt es auch noch heute,
Die sehn aus wie alle Leute.



Im Märchen spucken Drachen Feuer,
sind grün und wilde Ungeheuer.
In echt sehn sie ganz anders aus.
Verbreiten trotzdem Angst und Graus.
Wir zeigen Euch noch solche Drachen.
Paßt auf, was wir mit ihnen machen!
Bleibt noch hier und schaut Euch an,
wie man Menschendrachen zähmen kann!

einsetzen ließ. Einfach war es nicht dem Ansatz, "Wie wehren wir uns gegen Unterdrücker", in den Spielsituationen gerecht zu werden:

Otto: Wir haben gesagt, wir bieten eine Lösung an, Du sagst, die Lösung haben wir im Kopf – Solidarität. Aber so einfach ist das mit der Solidarität nicht. Das sollte man klarmachen. Wie kriegt man Solidarität?
Heidi: Klar, Solidarität kriegst Du nur, wenn Du Dich solidarisch verhältst. Klar, daß man dafür was tun muß.
Karin: Aber wie kann man das den Kindern klarmachen, so daß sie es verstehen?
Otto: Wir müssen den Drachen hinterher persönlich benennen. Ich möchte gerne sagen, wenn der Drache z.B. der Hausmeister ist, dann wehrt Euch. Aber das geht nicht so leicht, klappt nicht beim ersten Mal. Laßt Euch nicht durch einen Rückschlag entmutigen. Probiert immer wieder. Sucht Euch Bündnispartner, die Euch helfen.
Marion: Ist das nicht trotzdem noch zu oberflächlich? Einfache Ratschläge geben, mit denen die Kinder nichts anfangen können. Die Kinder sind doch total machtlos. Wenn sie einen Vater haben, der wegen seiner beschissenen Arbeitssituation zu Hause dauernd brüllt, dann können doch die Kinder daran nichts verändern. Entweder der Vater ändert sich von alleine, oder wegen anderen Erwachsenen, oder es geht halt nicht.

Die Voraussetzung dafür, wie sie den Kindern solche Bedingungen klar machen können, ohne politische Diskussionen mit ihnen zu führen, ist ihre Fähigkeit, den Kindern den Bezug von dem Stück zu ihrer täglichen Wirklichkeit zu vermitteln. Es werden Konflikte gespielt, die Kinder nicht nur aus ihrer eigenen Lebenserfahrung kennen, sondern auf deren weitere Entwicklung auch aktiv Einfluß genommen werden kann. Im aktuellen Bezug wird erlernt, was Solidarität heißt. Kinder lernen, sich solidarisch zu verhalten und merken, daß sie dadurch mehr erreichen.
Im Gegensatz zum Märchen, das fasziniert, dem jedoch die gesellschaftliche Realitätsbezogenheit fehlt, ist im Rollenspiel die persönliche Erfahrung jedes Kindes nachvollziehbar. Das Kind kann selbst spielen, in welcher Situation es sich befindet und welche Konflikte es lösen kann. Sei es nun erst mal im Spiel, denn das Rollenspiel ist nach wie vor für Kinder gespielte Wirklichkeit. Welcher Schritt am einfachsten ist, am leichtesten durchzusetzen, das sollen die Kinder selbst erkennen. Es wird ihnen gezeigt, daß es für viele Dinge eine Lösungsmöglichkeit gibt, auch wenn es den Kindern manchmal unmöglich erscheint. Erreicht werden soll, daß sie mit ihren Problemen aus sich herausgehen, sie anderen weitervermitteln und dadurch vielleicht merken, daß andere die gleichen Probleme haben.
Das Stück bildet so mit den sich anschließenden beiden Rollenspielen eine pädagogische Einheit.
Dramaturgisch hat die Gruppe versucht, erst mal das Stück lustig zu gestalten, indem sie die Kernstory zu einem Klamaukstück machte, in dem alles erlaubt ist, was Spaß macht und dem Inhalt nicht zuwiderläuft. Auch wenn es der Realität nicht haargenau entspricht. Die Lieder im Stück sind besonders wichtig. Sie sollen Geschehenes wiederholen, Unverdautes erklären, zur Auflockerung dienen und den Kindern Spaß machen.
Die Lieder sind einfach und leicht erlernbar, so daß jedes Kind sie mitsingen kann.
Mit zum Konzept gehören auch die Materialienbände zu den einzelnen Stücken. Sie dienen der Vor- und Nachbereitung für Eltern, Lehrer und Erzieher. Dort finden sich neben dem Text des Stückes Lieder, Noten, Bilder, Spielanleitungen und Theoretisches zum Thema Kindertheater, Rollenspiel usw.
Wer die Baustelle in der nächsten Zeit im Rhein-Main-Gebiet sehen und hören will, hat dazu Gelegenheit am

19. Mai 19.30 Uhr im Jugendzentrum Frankfurt-Höchst
23. Mai 16.00 Uhr vor der Peterskirche Bleichstraße in Frankfurt

Wer Lust hat, mit der Baustelle zusammenzuarbeiten, Vorstellungen in Schulen, Jugendzentren und Bürgerhäusern plant, schreibe an: Baustelle – mobiles Jugendtheater, Bahnhofstr. 40, 62 Wiesbaden, Tel. 06121/373700

GÜNTER PABST

"KINDHEIT UND LERNEN"

Kongreß vom 22.-24. Juni 1979 in Hannover

Die pädagogische und schulpolitische Diskussion innerhalb einer kritischen Öffentlichkeit ist in letzter Zeit vorwiegend durch zwei Positionen bestimmt: Einerseits ein wachsendes Interesse an Gegenschulen und anderen pädagogischen Alternativprojekten, andererseits der immer häufigere Vorwurf, hierbei handele es sich um Rückzugsbewegungen, die die notwendige Arbeit im Regelschulsystem vernachlässigten oder gar behinderten.
Unsere Frage: Inwieweit bildet sich hier – über schulpolitisch-strategische Unterschiede hinaus – eine pädagogisch-inhaltliche Kontroverse heraus? Inwieweit gibt es innerhalb einer progressiven pädagogischen Öffentlichkeit überhaupt einen "Minimalkonsens" zur Frage, was Erziehung zur Autonomie, was selbstbestimmtes Lernen sei?
Wir wollen Gelegenheit bieten, diese Frage auf einem Wochenend-Kongreß differenzierter zu diskutieren, durch Vorstellen der jeweiligen Projekte einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Mitarbeiter solcher Projekte, aber natürlich auch anderer Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter, Wissenschaftler und Eltern sowie Journalisten sind zur Teilnahme eingeladen. Wer nähere Informationen zur Fragestellung des Kongresses, zu den Themen geplanter Arbeitsgruppen und zum sonstigen vergnüglichen Ablauf erhalten möchte, schreibe bitte an:
Glocksee-Schule, Stichwort: Kongreß, Hölderlinstr. 6, 3000 Hannover 61
Bitte einen mit 80 Pfg. frankierten, adressierten Rückantwortumschlag (DIN C 4) beilegen!

★ Aktivitäten des Sozialistischen Büros ★

Sommerschule '79

Mit der Sommerschule sollen die bisher nur unzureichenden Möglichkeiten verbessert werden, einmal arbeitsfeldübergreifend und überregional mehrere Tage lang theoretisch und praktisch an einer gemeinsamen Fragestellung zu arbeiten.

Aber auf der Sommerschule wird nicht nur "politisch gearbeitet". Wir wollen dort auch leben. In die Sommerschule sollen die unterschiedlichsten kreativen Ausdrucksformen mit einbezogen werden: als Bestandteil der gemeinsamen Arbeit. Eingeladen sind nicht nur Mitglieder des SB, sondern alle, die mit ihnen gemeinsam politisch arbeiten.

Das Thema lautet in diesem Jahr: **Anders arbeiten – Anders leben**. Da geht es zum einen um die in den unterschiedlichsten Bereichen entwickelten alternativen Projekte; dabei auch um ihre Rückwirkung auf die versteinerten Institutionen und die in ihnen Arbeitenden. Mitglieder verschiedener Alternativprojekte sind eingeladen und werden ihre Arbeit vorstellen. Zum anderen steht die Frage einer alternativen, nichtkapitalistischen **Rationalität von Technik und Arbeit** zur Diskussion. Dies, soweit möglich, auf der Basis praktischer Erfahrungen, die in den letzten Jahren im In- und Ausland gemacht worden sind.

Mit dieser Thematik stellt sich auch die Frage nach unserem **Politikverständnis**. Wie ist die Abkehr von einem Politikverständnis möglich, dem es in erster Linie darum geht, sich durchzusetzen, die Führung zu übernehmen und neue Machtapparate aufzubauen, statt zu versuchen, verfestigte Autoritätsstrukturen abzubauen und zu nicht hierarchischen Beziehungen untereinander zu gelangen? Auch unter diesem Gesichtspunkt sind alternative Modelle und Projekte auf ihre Beispielhaftigkeit hin zu untersuchen. Mangel an Diskussionsstoff gibt es also nicht!

Die Sommerschule soll keine von Spezialisten beherrschte Lernfabrik sein, die dort belehrende Vorträge halten. Sie wird so gut oder schlecht sein, wie die Teilnehmer sie gemeinsam vorbereiten und gestalten. Es gibt viel zu tun. Packen wir's an!

Die Sommerschule findet – mit begrenzter Teilnehmerzahl – vom 1. bis 10. Juni 1979 in Frankfurt statt. Wer weitere Informationen wünscht, wende sich möglichst bald an:
Sommerschule '79, Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Tel.: 0611/832593

Betrieb und Gewerkschaft

Wochenendtagung des "express" 19./20.5.79
Arbeitskämpfe gegen Rationalisierung

Zwei Jahrzehnte nahezu ungebrochenen ökonomischen Aufschwungs ließen vergessen, daß der Kapitalismus auf Dauer die soziale Existenz der arbeitenden Bevölkerung nicht sichern kann. Angesichts der verschärften Rationalisierungsmaßnahmen des Kapitals mit den Folgeerscheinungen der Arbeitsplatzvernichtung, der Lohnherabgruppierung und der Arbeitsintensivierung tritt diese Einsicht wieder schmerzhaft in das Bewußtsein der lohnabhängigen Massen.

Gegen die Rationalisierungspolitik des Kapitals haben die Gewerkschaften unterschiedliche Forderungen aufgestellt:

- Besetzungsregeln und Besitzstandssicherung (IG Druck und Papier)
- Schutz gegen Herabgruppierungen (IG Metall)
- 35-Stunden-Woche (IG Metall und IG Druck und Papier).

Die IG Druck und Papier und die IG Metall haben ihre strategischen Ziele in den von ihnen geführten Streiks nicht erreicht. Damit können wir aber keineswegs das Problem beiseite schieben und uns selbstgerecht an die Kritikerbrust schlagen, daß wir es schon immer gewußt haben, was mit den westdeutschen Gewerkschaften los ist. Bei aller Kritik müssen wir uns ernsthaft mit den Ergebnissen auseinandersetzen und fragen, welche Bedeutung sie für die künftige Politik der Gewerkschaften und für die Politik der Betriebsräte und Vertrauensleute auf betrieblicher Ebene haben. Insbesondere ist es notwendig, die sich daraus ergebenden Ansatzpunkte und Perspektiven für den weiteren Kampf gegen kapitalistische Rationalisierung zu erarbeiten.

Neben diesen Fragen wollen wir uns in einem zweiten Themenkomplex mit jenen Problemen beschäftigen, die in den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen über Streikorganisation und Arbeitskampfaktivitäten während und nach dem Streik von Vertrauensleuten und aktiven Kollegen aufgeworfen wurden. Wir wollen diese Diskussion über innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen an konkreten Beispielen führen: an Hand der Basisaktivitäten während der Streiks und der Erfahrungen, die die streikenden Kollegen mit der Streikleitung und den Entscheidungsprozessen in abgehobenen Gremien gemacht haben. Die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen sollen Perspektiven für die innerorganisatorische Veränderung aufzeigen.

Anmeldung bis zum 7. Mai an die "express"-Redaktion, Adalbertstr. 18, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/771020. Zur Bestreitung der Kosten bitten wir alle Teilnehmer, einen Beitrag von DM 10,– (Briefmarken/Scheck) beizulegen. Mit den Vorbereitungsmaterialien wird eine Broschüre zu den Streiks 1978/79 zugesandt.

★ Aktivitäten des Sozialistischen Büros ★

Bildungsarbeit:

Das Arbeitsfeld Bildungsarbeit im Sozialistischen Büro veranstaltet vom **3.-10. Juni 1979** in der Burg Ludwigstein in Nordhessen eine Tagung zum Thema:

"Geschichte und Erfahrung in der Jugendarbeit"

Die Didaktik der Jugendbildungsarbeit wird heute intensiv diskutiert. Um dazu geschichtliche Erfahrungen einbeziehen zu können, reicht es nicht, die Geschichte von Organisationen, Zielsetzungen und spektakulären Einzelaktivitäten zu kennen. Zentrale Fragestellung ist daher, wie Jugendbildungsarbeit in der Vergangenheit, insbesondere in der Arbeiterjugendbewegung in der Weimarer Republik, geleistet wurde (welche Inhalte, Methoden, Arbeitsformen, Zusammenhänge zu anderen Lebensbereichen u.a.). Das Seminar wendet sich an Praktiker in der Jugendarbeit. An dem Seminar werden Genossinnen und Genossen mitarbeiten, die aus unmittelbarer Erfahrung berichten können und/oder sich ausführlich damit beschäftigt haben, u.a. Arno Klönne.

Wir bitten all diejenigen, die sich anmelden möchten, 10 DM in Briefmarken oder als Geldschein anzuzahlen, damit wir entsprechend eine Belegung buchen lassen können.

Ende April gibt es weitere Informationen zur Vorbereitung im nächsten Arbeitsfeldrundbrief.

Alle Anmeldungen bis zum 15. Mai an: Arbeitsfeld Bildungsarbeit im Sozialistischen Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Schule:

Frankfurter Lehrertag
4.-5. Mai 1979

Veranstalter: Arbeitsfeld Schule im Sozialistischen Büro

Freitag, 4.5., 19.30 Uhr Volksbildungsheim Diskussionsveranstaltung: Vom Reformeifer zur Alternativpädagogik? u.a. mit Oskar Negt (Glocksee), Thomas Ziehe (Glocksee/Autor von "Pubertät und Narzißmus"), Adalbert Rang und Brita Rang; Dudzik (Autoren des Argument-Artikels "Die Alternativlosigkeit der westdeutschen Alternativschulkonzepte").

Samstag, 5.5., 10 Uhr, Fachhochschule für Sozialarbeit, Nordwestzentrum

Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

1. Was ist los mit der GEW?
Standesverein? SPD-Klüngel? Hick-Hack von Polit-Sekten? GEW-Mündigkeit?
2. Narziß – ein neuer Sozialisationstyp?
Wächst die heutige Jugend anders heran? Motivationsverlust und Leistungsverweigerung? Faschistische Tendenzen?
3. Alternative Pädagogik
Möglichkeiten innerhalb und außerhalb der öffentlichen Schulen? Flucht? Elitäre Inselbildung?
4. Gebrochene Lehrerrolle?
Krise des "linken Subjektes als Beziehungsarbeiter"? Therapieboom? Die alltägliche Lehrerflucht?

20 Uhr Fest in der Aula der Fachhochschule (es spielt die Frankfurter City Blues Band)

Lehrertreffen in der Schweiz

In Salecina/Schweiz vom 26.8.-2.9.1979.

Je nach Interessen der Teilnehmer (max. 40) besteht die Möglichkeit zu Erfahrungsaustausch, Entwicklung von Perspektiven für Schul- und Gewerkschaftsarbeit, gemeinsamer Freizeitgestaltung sowie Organisation des Zusammenlebens usw. Initiiert wird das Treffen von Lehrern im Sozialistischen Zentrum Stuttgart.

Anfragen/Anmeldung bis 1.6.79: Sozialistisches Zentrum, c/o Uta Probst, Neckarstraße 178, 7000 Stuttgart 1.

Offene Arbeitsgruppentagung des SB DDR-BRD/Westliche Linke und "Realer Sozialismus", 16./17. Juni im Gustav-Siegle-Haus, Stuttgart

In letzter Zeit hat es, angeregt durch die Entstehung von Oppositionsbewegungen in Osteuropa und nicht zuletzt durch theoretische Beiträge wie Rudolf Bahros Buch "Die Alternative", einen neuen Anfang in der Diskussion über den "Realen Sozialismus" gegeben. Die offene Arbeitsgruppentagung am 16./17. Juni soll Informationen über Realität in den "Sozialistischen Ländern" geben. Sie soll vor allem aber auch ein Schritt dazu sein, unser politisches Verhältnis zu diesen Gesellschaften genauer zu bestimmen und damit unsere Selbstverständigungsdiskussion weiterzuführen. Insofern sind gerade nicht nur Osteuropa-Experten eingeladen, sondern alle Genossinnen und Genossen innerhalb bzw. im Umfeld des SB. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die DDR, die die politischen Möglichkeiten sozialistischer Arbeit in der Bundesrepublik am unmittelbarsten beeinflußt hat, gerichtet werden.

Zur Vorbereitung der Veranstaltung erscheinen Thesen im nächsten Informations-Rundbrief des SB. Materialien und Aufsätze, die für die Veranstaltung wichtig sind, enthält auch der in Kürze erscheinende Internationalismus-Rundbrief Nr. 5 "Politische Opposition in Osteuropa" (Voraussichtlich wieder DM 4,–/in Briefmarken zuzusenden). Hinzuziehbar ist auch der bereits erschienene Internationalismus-Rundbrief Nr. 4 ("Realer Sozialismus").

Theatertournee "Gearbeitet wird, was auf den Tisch kommt" mit der Mobilen Rhein Main Theater GmbH

Ja nehmen die Linken überhaupt nichts mehr ernst? Nun auch noch ein "Lustspiel" zur Arbeitslosigkeit? Was wird denn da gespielt?

Nun, da kommt ein Arbeitsloser auf die Bühne, der gar nicht Theaterspielen will, sondern lieber über seine Situation berichten möchte. Der Showmaster aber möchte seine Show retten und versucht, diesen in die Show einzubauen. Der Arbeitslose, mit der blödsinnigen Situation konfrontiert, sich an einen Tisch zu setzen, der gar nicht da ist, macht sich zunehmend selbständiger, indem er soviel von der Wirklichkeit des Arbeitslosendaseins erzählt, daß der Spaßmacher am Ende nicht mehr weiß, ob er eben ein Showmaster ist oder der Schauspieler oder gleichfalls ein Arbeitsloser – er findet sich nämlich plötzlich im Arbeitsamt einer unnachsichtigen Sachbearbeiterin gegenüber, und, während en passant über die neuesten Bonner Arbeitslosen-Erlasse informiert wird, sinkt der Showmaster, der seine bewegliche Fettleibigkeit eben noch per Hechtrolle lässig über die Stuhllehne katapultierte, weil die Show halt lebendig sein muß, immer mehr in sich zusammen und füllt schließlich selbst den Arbeitslosenerfassungsbogen aus.

Der Arbeitslose funktioniert – ohne böse Absicht – Zug um Zug das ganze Theaterstück um, bis man ihn mit Polizeigewalt von der Bühne holen will, nur weil er darauf besteht, von seinen Erfahrungen so zu erzählen, wie man sie ihm aufgezwungen hat.

Mit diesem Stück soll ein Stück traurige Wirklichkeit der BRD auf die Bühne geholt werden, um sich mit ihr auseinanderzusetzen. Aber nicht, indem der Alltag als bedrückende Angelegenheit dargestellt wird, in der es allen auf ihre Weise dreckig geht. Gezeigt werden sollen die großen und kleinen Alltagsprobleme, aber auch die Stärken; Stärken, die verschüttet sind und Ungeahntes in Bewegung setzen können, sind sie erst einmal entdeckt. So ernst kann die Lage auch gar nicht sein, als daß es nicht etwas zu lachen gäbe. Lachen macht frei, zum Beispiel den Kopf für's Denken.

Wer also mehr über das Stück erfahren, das Mobile Rhein Main Theater sehen und sich mit seiner Arbeit auseinandersetzen, wer mal wieder lachen und zudem den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds unterstützen will, hat in 17 Städten der BRD dazu Gelegenheit.

Vom 6.-30. Juni befindet sich die Mobile Rhein Main Theater GmbH auf ihrer 1. Deutschlandtournee. Veranstaltet wird das Ganze vom Sozialistischen Büro in Zusammenarbeit mit lokalen Kulturzentren, Stadtzeitungen, Jugendverbänden etc.

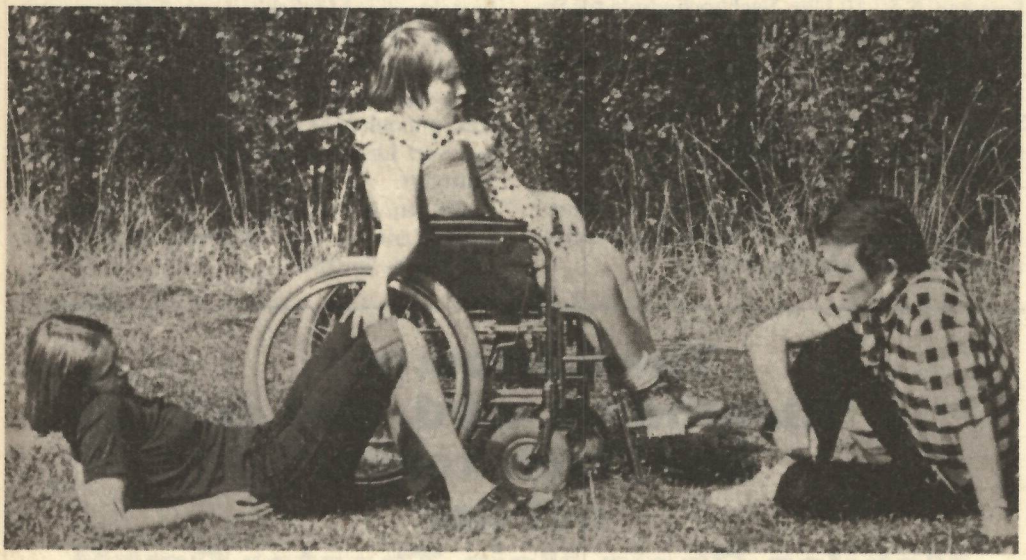
Wer uns durch Plakataushängen, Flugblattverteilen (in Betrieben, Schulen, Jugendzentren, Kneipen etc.), Kontakte zu Zeitungen etc. unterstützen will, um die Tournee bekanntzumachen, schreibe an: Sozialistisches Büro c/o Günter Pabst, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Terminplan:
6.6. Hamburg ● 7.6. Oldenburg ● 8.6. Bremen ● 12.6. Bielefeld ● 13.6. Münster ● 14.6. Osnabrück ● 16.6. Göttingen ● 17.6. Marburg ● 20.6. Heidelberg ● 21.6. Stuttgart ● 22.6. Tübingen ● 23.6. Schorndorf ● 26.6. Augsburg ● 27.6. München ● 28.6. Nürnberg ● 29.6. Bamberg ● 30.6. Würzburg

"Wir lassen uns nicht abschieben"

Tagung: Behinderte – Nichtbehinderte

Vom 16.-18. März 1979 veranstaltete das Arbeitsfeld Sozialarbeit im Sozialistischen Büro, eine überregionale Tagung "Behinderte – Nichtbehinderte" in Frankfurt.
Über 100 behinderte und nichtbehinderte Teilnehmer äußerten sich sehr engagiert, und es ist vorwegzunehmen, daß die Tagung mit dem Vorhaben beendet wurde, diese Arbeit fortzuführen, sorgfältiger geplant von den Beteiligten und thematisch differenzierter nach Auswertung der vorliegenden Erfahrungen dieser Tagung.



Neue Erfahrungen mußten alle miteinander machen. Denn dem gutgemeinten Plenumsvorschlag der Vorbereitungsgruppe dieser Tagung, Arbeitsgruppen nach beinahe "klassisch" zu nennenden Problembereichen der Behinderten zu bilden, also z.B. Arbeiten, Wohnen, Freizeit, Sexualität, polit. Tendenzen etc. begegneten einige Teilnehmer, indem sie ein scharfes Geschütz auffuhren: "Die Nichtbehinderten", so ihre Herausforderung, "sind es, die Behinderte unfrei machen, mit ihrer Pädagogisierung unterdrücken". Und noch radikaler: "Die Nichtbehinderten sollten sich – am Beispiel der Sexualität – mit ihren eigenen Schwierigkeiten beschäftigen und nicht glauben, es gäbe für sie eine Berechtigung, die Sexualität Behinderter zu reglementieren. Behinderte müssen ihre Probleme selber in die Hand nehmen und müssen ihre Sache in der Gesellschaft selber vertreten." Diese Herausforderung gelang.

Die Befangenheit im Plenum war außerordentlich groß, denn es waren Behinderte, die sich hier artikulierten. Es wurde für die Nichtbehinderten praktisch erlebbar, daß sich Menschen mit sehr verschiedenen Arten schwerer Behinderung sehr wohl vertreten können. Die Teilnehmer mußten sich im Verlauf der Diskussion auch der gegenseitigen Solidarität versichern, bevor eine detailliertere Aufarbeitung der Kritik möglich wurde.

Der größte Teil der Behinderten bildete eine eigene Arbeitsgruppe und trug daraus später die Vorstellung vor, daß die Nichtbehinderten generell Instrument für die Behinderten zu sein hätten. Dies würde etwa auf einer Behindertentagung zu erproben sein, die für den Sommer dieses Jahres angestrebt wird.

Dieser Gruppe Behinderter gegenüber konnten sich gerade die sich als fortschrittlich verstehenden nichtbehinderten Sozialarbeiter/Sozialpädagogen zunehmend artikulieren – diejenigen vor allem, die zunächst einmal total betroffen auf die beschriebene Herausforderung reagiert hatten und sich als Konsequenz in einer Arbeitsgruppe "Sexualität" zusammenfanden, in der keine behinderten Teilnehmer waren.

Es wurde problematisiert, daß die Ansätze einer emanzipatorischen Pädagogik, wie sie in den Jahren der Studentenbewegung formuliert und ansatzweise praktiziert wurden, auch heute noch als Denkmodell und Anspruch an eine sich anwaltschaftlich und solidarisch verstehende Sozialarbeit Gültigkeit haben und auch gerade für den Bereich der Arbeit mit geistig Behinderten zu reflektieren sind. Lernziel einer sich politisch verstehenden Sozialpädagogik muß erst recht im Behindertenbereich die zunehmende Selbständigkeit der Betroffenen sein. Und dies ist und bleibt der Maßstab der Kritik an Behinderteneinrichtungen. Nicht Restverwertbarkeit der "Ware behinderte Arbeitskraft", z.B. bei geistig Behinderten wegen der "Fähigkeit", monotone Tätigkeiten in Werkstätten für Behinderte scheinbar leicht ausführen zu können, sondern sozialpädagogische Betreuung – zweifellos "teuer", weil personal- und deshalb kostenintensiv.

Auf der Tagung wurde unter dem Verständnis der Sichtweise extremer gesellschaftlicher Diskriminierung aller Behinderten mit keinem Wort das naive Leid der Integration gesungen, wie wir es zu erwarten haben, wenn es in den nächsten Jahren "in" sein wird, sich à la "Jahr der Frau" oder "Jahr des Kindes" die Plakette des Behindertenfreundlichen an die Jacke zu heften.

Gesellschaftliche Situation und Selbstzuschreibung

Diese Tagung war "heilsam" für die Beteiligten, weil hier endlich **beide** Seiten der Problematik einer immer größer werdenden Gruppe Betroffener der Sozialarbeit/-pädagogik ins Blickfeld genommen wurden: die gesamtgesellschaftliche Situation, das heißt, die gesellschaftliche Diskriminierung der Behinderten und die daraus folgenden "Selbstzuschreibungsprozesse" und die Beziehungssituation sich solidarisch verstehender Behinderter und Nichtbehinderter. Dies scheint mir insbesondere zu einem Zeitpunkt wichtig und bemerkenswert, wo wir in wechselnden Feldern von Sozialarbeit/Sozialpädagogik ohnehin die Demontage fortschrittlicher Konzeptionen durch die erstarkten repressiven Kräfte in der BRD erleben, und wir zu analysieren haben, inwieweit die "neue Innerlichkeit", d.h. hier die Psychologisierung von Problemen Symptom ist für die Ohnmacht der Betroffenen gegenüber den machtpolitischen Konstellationen in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation.

Dem Leser wird die außerordentliche Bedeutsamkeit dieser "Ebenen" spätestens dann aufgehen, wenn er sein Verhältnis zu den Behinderten reflektiert. Dabei könnte deutlich werden, daß er zwar schon im Kopf bereit ist, sie als "Menschen" zu denken, daß aber auch er mit seinem oft noch tiefgehenden Berührungsängsten seinen Beitrag zu ihrer Diskriminierung leistet, wodurch sie als Blöde, Verrückte und Krüppel weiterhin fixiert werden. Für diese Probleme zu sensibilisieren, dazu war diese Tagung ein wichtiger Beitrag.

Die Trennung zwischen Behinderten und Nichtbehinderten ein Stück weit aufzuheben, dazu trug ein Solidaritätsfest im Wohnheim für geistig behinderte Erwachsene in Frankfurt-Bonames bei. Darüber hinaus war dieses Fest besonders für die Bewohner des Heimes wichtig; sie haben die Erfahrung gemacht, daß sich auch Leute außerhalb von Frankfurt für ihre Sorgen interessieren.

Das Wohnheim ist nämlich ein Musterbeispiel für "Tendenzen im Behindertenbereich"; gegen Ende der Reformphase gegründet, mit 9 Sozialarbeitern und 27 Bewohnern, mit einer pädagogischen Konzeption, die weitestgehende Verselbständigung der Bewohner durch intensive Förderung bis hin zum Wohnen außerhalb des Heimes vorsieht, soll es jetzt zu einer Verwahranstalt gemacht werden.

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen als Finanzträger fordert eine Verminderung des Personals auf 6 Mitarbeiter, wobei lediglich der Leiter über eine pädagogische Ausbildung verfügen muß. Bewohner, Mitarbeiter und Eltern kämpfen nun gemeinsam für ein Weiterbestehen des Heimes in seiner ursprünglichen Form. (Näheres ist in der Dokumentation "Wir wollen keine Verwahranstalt", 60 S. nachzulesen, die gegen Voreinsendung von DM 4,-- Briefmarken/Scheck, über M. Kleemann, Egenolfstr. 2, 6 Frankfurt zu erhalten ist).

JÜRGEN HENTZE

(Wer sich für die Fortführung der Arbeit interessiert, kann gegen Voreinsendung von DM 2,– (Briefmarken) das Protokoll der Tagung über das Arbeitsfeld Sozialarbeit, Postfach 591, 6050 Offenbach 4 anfordern.)

Rotbuch

Vielleicht war das alles erst der Anfang

Hanna Lévy-Hass: Tagebuch aus dem KZ Bergen-Belsen 1944–1945
Ein Gespräch mit Hanna Lévy-Hass 1978
Rotbuch 191 · 112 Seiten · DM 7 (6)

Franca Rame und Dario Fo

Nur Kinder, Küche, Kirche

Dario Fo

Mamma hat den besten Shit

Zwei Stücke und ein Bericht über F. Rame
Rotbuch 202 · 192 Seiten · DM 10

Fred Halliday Iran

Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg
Rotbuch 203 · 320 Seiten · DM 16 (15)
Fred Halliday hat eine materialreiche und grundlegende Arbeit über die Geschichte des Iran seit dem 2. Weltkrieg geschrieben. Seine Untersuchung mündet in die Analyse des Zusammenbruchs der Pahlewi-Dynasti.

Erich Köhler Reise um die Erde in acht Tagen

Phantastische Erzählung
Rotbuch 204 · 160 Seiten · DM 10
Gerhard Fiebig aus Groß-Lütten (DDR) wird von Prof. Dr. Pyrrhus Peng (Emerici) eingeladen. Unterwegs erfährt er von Maine Bill, daß die Emericiner die Welt in zwei Kugeln sprengen wollen, um sich vor dem Weltkommunismus zu retten. Werden Fiebig und Maine Bill die Welt vor den Emericinern retten können?

Yaak Karsunke da zwischen

35 Gedichte & ein Stück
Rotbuch 206 · 80 Seiten · DM 8
Gedichte in drei Abteilungen: »klassen-fotos«, »kunststücke« und »gelebt wo & wie«. Außerdem »Des Colhas' letzte Nacht«, eine eigenwillige und aktuelle Version des alten Kohlhaas-Stoffs.

Peter Schneider Messer im Kopf

Drehbuch
Rotbuch 208 · 112 Seiten · DM 8
Dies ist die Autorenfassung des Films »Messer im Kopf«. Sie enthält den vollständigen Text, wie er vor der Inszenierung entstanden ist.

P. Kammerer/E. Krippendorff

Reisebuch Italien

Über das Lesen von Landschaften und Städten
Rotbuch 209 · ca. 192 Seiten · ca. DM 9 (8)
Die beiden Autoren erkunden mit Fahrrad, Schiff, Auto und zu Fuß Turin, Bologna, Venedig und Florenz, Rom, Neapel, Sizilien, die Toskana und die Po-Ebene.

Die Linke im Rechtsstaat II

Bedingungen sozialistischer Politik 1966 bis heute
Rotbuch 175 · 272 Seiten · ca. DM 12 (11)
Mit Beiträgen von: Narr/Schmiede/Tornow/Fichter, Lönnendonker / Staritz / Heimann, Müller / Bäcker, Mahler / Busch, Funk / Senese

Rotbuch Verlag
Potsdamer Str. 98 · 1000 Berlin 30

Roter Terminkalender

5. Mai (12 Uhr mittags)
Sternmarsch zum Frankfurter Römer
Das Theater am Turm wird als selbständige Bühne von der CDU geschlossen. Unter organisatorischer Leitung von GEW, Bühnengenossenschaft GDBA und Junge Presse Hessen findet eine Demonstration zum und auf dem Römer in Frankfurt statt.

"Viel Glück" –
Fotoausstellung von Manfred Stumpf
6.5.-28.6.79 Frankfurt, Seehofstr. 13

Seminar zu Lateinamerika
11.-13.5. in Melle/Bielefeld
Die Arbeitsgemeinschaft kath. Studenten- und Hochschulgemeinden veranstalten dieses Seminar zum Thema "Abhängigkeit und Befreiung: Stellenwert der Dependenz-Theorie für die Erklärung der Situation Lateinamerikas heute. Anmeldung: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn 1

Ausstellung "Der wahre Jacob – die sozialistische Karikatur der Jahrhundertwende"
17.4.-26.5. in Münster
Diese Ausstellung der Elefanten Press Galerie Münster bei L'Hippotame, Ludgeristr. 55 präsentiert über 200 Originalseiten der satirischen SPD-Zeitschrift, die 1879 gegründet und 1933 eingestellt wurde.

Theatertagung in Landshut
11.-13. Mai
Veranstaltet von der Ev. Akademie Tutzing, Postfach 227, 8132 Tutzing, mit dem Bühnenstück "Die verlorene Ehre der Katharina Blum"

5. Mainzer Mini Pressen Messe
18.-26. Mai
Auskunft: Rolf van Lessen, Zollgasse 12, 65 Mainz-Weisenau

Nichtrauchertag
19. Mai in München
Veranstaltet von "Aktive Münchner Nichtraucher, Frankenplatz 18, 8 München 45

Theatertournee zu "Südafrika"
16.-31. Mai
Das Sozialistische Zentrum Stuttgart zeigt eine "Theaterhof Priessenthal e.V. Produktion". Das Stück spielt in der Republik Südafrika und heißt "Sizwe Bansi ist tot" und wird von Martin Lüttge und Michael Leye gespielt: 16.5. Loenberg ● 20.5. München ● 21.5. Göppingen ● 22.5. Stuttgart ● 23.5. Kornwestheim ● 24.5. Stetten ● 25.5. Herrenberg ● 26.5. Heilbronn ● 27.5. Freiburg
Nähere Informationen: Peter Grohmann, Nekkarstr. 178, 7 Stuttgart 1, Tel. 0711/264345

Internationales
Kinder- und Jugendtheatertreffen
24. Mai - 4. Juni in West-Berlin
Im Rahmen der Berliner Theatertage wird dieses Treffen u.a. veranstaltet vom Grips-Theater, Altonaer-Str. 22

Internationales
Theaterfestival der freien Gruppen
26. Mai - 10. Juni in München
Neben einem Workshop-, Spielstraßen- und Abendprogramm gibt es ein Nachmittagsprogramm im Olympiagelände. Teilnehmen werden in- und ausländische Gruppe wie Eyes und Ears, Grace, Piro, Erdzirkus/Schweden, Natural Theatre/England, Das bewegliche Theater/Zürich, Die drei Tornados, das sog. linksradikale Blasorchester. Am 2. Juni findet ein großer Rocktag mit Missus Beastly, Checkpoint Charly und Käptn Sperrmüll statt.
Informationen/Programm gibt's über das Theaterfestival '79, Regerplatz 2, 8 München 90, Tel. 089/4485767

6. Festival der Friedensdienste
1.-4. Juni (Pfingsten) in Beienrode/Helmstedt
Dieses von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste veranstaltete Festival steht unter dem Thema "Die Zukunft hat Vergangenheit – durch Solidarität zum Frieden". Informationen: ASF, Jebenstr. 1, 1 Berlin 12

Ingelheimer Folkfestival
1.-4. Juni
Ein Themenschwerpunkt z.B. am Samstag ist "Alternatives Leben": Workshops-Selbstdarstellungen – Theater. Nähere Informationen: Angela Gotzmer, Fr. Bodelschwinghstr. 25, 6507 Ingelheim

Fahrraddemonstrations-Sternfahrt
3./4. Juni nach Erlangen
Informationen: Günter Stiller, Liebfrauenstr. 50, 637 Oberursel

Chile-Woche
9.-15. Juni in Langenselbold
Die Jugendinitiative veranstaltet zusammen mit einer Gruppe Exilchilenen und dem DGB-Ortskartell diese Woche
9.6. 19.00 Uhr Eröffnung: Folklore, Filme, Referate, Theater – Chilenische Spezialitäten ● 10.6. 14.00 Uhr Deutsch-chilenisches Kinderfest, anschließend Diskussionsveranstaltung der "Kinderhilfe Chile" ● 11.6., 14.00 Uhr Film von Christian Ziewer "Aus der Ferne sehe ich dieses Land" ● 12.6., 19.00 Uhr Referate und Arbeitsgruppen zur Situation in Chile ● 13.6., 20.00 Uhr Pfarrer Anatol Feid zur gegenwärtigen Lage in Chile ● 14.6., 15.00 Uhr: Dichterlesung mit musikalischem Rahmenprogramm; 19.00 Uhr Referate und Filme zum Thema Widerstand ● 15.6., 19.30 Uhr Großes Abschlußfest mit der chilenischen Folkloregruppe "Victor Jara".
Informationen: Jugendinitiative Langenselbold, Im Schloß, 6456 Langenselbold

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 ● Redaktions "links" zur Zeit: Helmut Burgwinkel, Roland Roth, Hanfried Scherer (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Jürgen Schmidt, Gudrun Witte ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 ●Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Druck: hbo-druck, Einhausen ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospekt Campus Studium '79"; Prospekt "Verlag Neue Kritik"; Prospekt "Willi Münzenberg Buchversand"; Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!".

Hilfe für Quebradas!

Oktober 1978: Eine Gruppe mit Vertretern verschiedener hessischer Institutionen der Erwachsenenbildung hielt sich in Portugal auf, um Partner für gemeinsame Projekte bei Studienaufenthalten zu suchen. Niemand zeigte sich kompetent. Gegen Ende des Programms, das von staatlichen Stellen vorbereitet worden war, sollte eine Cooperative besucht werden. Kurzfristig wurde jedoch mitgeteilt, daß dies nicht möglich sei. Man könne zur Zeit schlecht in eine solche Einrichtung. Die Bauern hätten was dagegen. Heute wissen wir, daß seinerzeit im verstärkten Maße Cooperativen mit militärischer Gewalt "geräumt" wurden.

Von Gewerkschaftern in der Gruppe wurde der Vorschlag gemacht die Cooperative Quebradas zu besuchen. Ein Anruf in das Dorf genügte. Die Bauern waren sofort bereit, die Einrichtungen zu zeigen und über ihre Arbeit zu diskutieren.

Diese Cooperative liegt nicht im Alentejo, sondern 80 km nördlich von Lissabon. Bauern besetzten nach der Revolution das Gelände eines Großgrundbesitzers. Jahrzehntelang waren sie seiner Willkür ausgesetzt gewesen. Sie konnten nur Land von ihm pachten. Die Miete wurde willkürlich erhöht oder die Pacht wurde von heute auf morgen gekündigt. Armut, Arbeitslosigkeit kennzeichneten das perspektivlose Dasein der Menschen von Quebradas. Zahlreiche Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen spendeten in den vergangenen Jahren zum Aufbau dieser Cooperative.

Die Situation in Quebradas im Oktober 1978 stellte sich wie folgt da:

Große Flächen wurden gerodet und in landwirtschaftliche Nutzfläche umgewandelt. Wo früher durch Eukalyptus-Monokulturen der Boden zerstört wurde, ist Wein angebaut worden. Man hofft, daß im Jahr 1979 größere Überschüsse möglich sind. Allerdings waren zwei Wochen vor dem Besuch zwei Traktoren ausgefallen. Die Reparatur sollte 6.000 DM kosten. Dies Geld war aber nicht vorhanden. Mit einer Restspende von 1.400 DM einer Initiative hessischer Gewerkschafter konnte durch die Gruppe eine kleinere Hilfe gegeben werden.

Das Zentrum der Cooperative ist nicht an das öffentliche Stromnetz angeschlossen, ein Brunnen muß neu gebohrt werden und ferner ist die Anschaffung von Pflanzen und Saatgut erforderlich. Außerdem sind noch Kredite zurückzuzahlen. 800.000 bis 1.000.000 Excudos würden gebraucht. Das sind 40.000,-- bis 50.000,-- DM.

Im November wurde von einigen Gewerkschaftskollegen und von Vertretern der evangelischen Kirche Hessen und Nassau ein Spendenkonto gegrünet. "Aktion '78" Spende für Quebradas. Bis April 1979 sind 10.000,-- DM eingegangen.

Im März überlegte man, wie man am schnellsten und sichersten den Betrag nach Quebradas bringen kann. Doch in diese Situation platzte ein Telegramm aus der Cooperative. Am 27.3.79 um 9.00 Uhr besetzten 200 Soldaten der Guarda Nacional Republicana (GNR) Quebradas.

Sehr geehrter Herr Minister!

Wir protestieren entschieden gegen die Tatsache, daß die Landkooperative Quebradas Ende März 1979 von paramilitärischen Einheiten besetzt worden ist. Die Bauern werden – den uns vorliegenden Informationen aus Quebradas zufolge – daran gehindert, ihre Felder zu bestellen, wodurch die Existenz der Landkooperative Quebradas unmittelbar bedroht wird.

Doch was noch schwerer wiegt, ist die Tatsache, daß seitens Ihres Ministeriums die Absicht bestehen soll, die Kooperative Quebradas ihren ehemaligen Ausbeutern zurückzugeben. Dies würde nicht nur die Wiederherstellung erdrückender Abhängigkeit der genossenschaftlich organisierten Bauern von ihren ehemaligen Herren bedeuten, sondern auch die gewaltsame Zerschlagung eines beispielhaften Experiments und einen weiteren Schritt rückwärts in der Entwicklung Portugals.

Wir haben in den vergangenen Jahren durch Spendensammlungen und Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen, die wir in unserem Land gemacht haben, die Landkooperative Quebradas nachhaltig unterstützt. Es besteht eine solidarische Verbindung zwischen den Bauern von Quebradas und vielen Gewerkschaftern und anderen fortschrittlichen Kräften hierzulande. Wir fordern Sie als zuständiger Minister mit aller Entschiedenheit auf, die Besetzung der Kooperative Quebradas durch Polizeieinheiten unverzüglich aufzuheben, den Bauern die Bestellung ihrer Felder zu ermöglichen, alle Reprivatisierungsabsichten aufzugeben und den Fortbestand der Kooperative zu garantieren. Das Land gehört denen, die es bearbeiten!

Wir hoffen, daß dieser Brief dazu beiträgt, eine Änderung der Politik ihres Ministeriums hinsichtlich eines Experiments zu bewirken, das in ganz Europa zum Symbol revolutionärer Entwicklung in Portugal nach der Beseitigung des Faschismus geworden war.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Sozialistisches Büro
Arbeitsausschuß

i.A. Klaus Vack

Sie handelten im Auftrag des Gouverneurs der Region. Es wurde behauptet, daß die Cooperative nicht im Gebiet der Agrar-Reform liegt und deswegen illegal sei. Die GNR versuchte das Gebiet dem früheren Großgrundbesitzer zurückzugeben.

Seit dem 27.3.79 ist die Cooperative nun besetzt. Manchmal ziehen sich die Soldaten scheinbar zurück. Sie kommen aber immer wieder zurück, wenn die Bauern das Gelände betreten. Mit der Androhung von Waffengewalt wird zur Zeit verhindert, daß das Land bestellt werden kann. Ein großes Problem, denn in Portugal ist für die Landwirtschaft die Zeit, in der gesät und gepflanzt wird.

Seit einigen Tagen hat sich der Revolutionsrat in Lissabon eingeschaltet. Ein Beamter des Präsidialamtes von Staatspräsident Eanes ist den Bauern als Verbindungsmann benannt worden. Man hofft, daß es ihm gelingt, daß sich die portugiesische Regierung mit Quebradas beschäftigt.

Ein bekannter und guter Anwalt hat im Auftrag der Cooperative den Gouverneur der Region verklagt. Es wird nun zu einem Prozeß kommen, dessen Zeitpunkt allerdings noch nicht fest liegt.

DIETER HOOGE

Das Sozialistische Büro hat zur Unterstützung von Quebradas 3.000,– DM überwiesen. Weitere Spenden sind dringend erforderlich. Bitte auf das Konto "Spenden für Quebradas" Hooge/Heil, Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt, Konto-Nr. 22 5001 8900 einzahlen.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1.1.1979 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1979 DM 28,-- (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresende gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift